

Balkanstaaten werden durch den ersten großen Erfolg natürlich angefeuert und zu weiteren Kräfteanstrengungen hingerissen werden. Auf die türkischen Truppen, die von den strategischen Schwächen ihrer Führer blutwenig verstehen, wird aber die fortwährende Rückwärtskonzentration deprimierend wirken. Eine weitere Folge wird sein, daß die Verbitterung auf beiden Seiten größer, die Kämpfe desto blutiger werden. Da kein unberufenes Auge bis jetzt die Kämpfe bei Kirkilisse usw. beobachten konnte, kann über die Höhe der Verluste keine zuverlässige Angabe gemacht werden. Daß die Zahl der Schlachtopfer aber sehr hoch ist, muß ohne weiteres angenommen werden.

Vor allem hat der Fall von Kirkilisse aber den Nimbus zerstört, den die öffentliche Meinung der türkischen Heeresleitung gewoben hatte, und der anscheinend durch die Taten eines Enver bei und anderer Offiziere in Tripolis gerechtfertigt wurde. Deutsche Zeitungen und deutsche Militärschriftsteller waren es vor allem, die der Welt nicht genug von der Tüchtigkeit türkischer Generale und Offiziere, die angeblich alle Feinheiten moderner Kriegskunst beherrschten, erzählen konnten. Der Oberbefehlshaber der türkischen Armee von Kirkilisse, General Mahmud Mukhtar Pascha hat in seinem militärischen Bildungsgange ganz unter deutschem Einfluß gestanden. Er war ein Schüler des General von der Goltz, hat die deutsche Kriegsschule besucht und hat im Generalstab und im 2. preussischen Garderegiment Dienst getan. Unsere sarkastisierenden Offiziere wußten viel Nüchternes von ihm zu berichten, vor allem betonten sie seine rückwärtslose Energie. Der Ausgang der Kämpfe um Kirkilisse spricht aber gegen ihn. Allerdings zeugt eine Niederlage noch nicht gegen die Fähigkeiten eines Feldherrn; Mahmud Mukhtar Pascha mag sich Schwierigkeiten gegenüber gesehen haben, die zu Überwinden über die menschliche Kraft ging. Nichtsdestoweniger ist sein Mißerfolg dazu angetan, daß die öffentliche Meinung den Respekt vor dem Glorienschein türkischer Feldherrnkunst verliert. Und ein Teil dieser moralischen Einbuße kommt auch auf das Konto des deutschen Militarismus. Schon hat die deutsche Diplomatie am Bosphorus abgewirtschaftet, wird dort jetzt auch das militärische Renommee des deutschen Lehrmeisters in die Brüche gehen? Man hat es dem General von der Goltz dort vor einem Jahre schon übel vermehrt, daß er zur militärischen Entblößung von Tripolis geraten hatte, was seiner weltpolitischen Einsicht kein glänzendes Zeugnis ausstellt; weitere Mißerfolge der Türken würden seine Autorität erst recht in Frage stellen.

Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß es im türkischen Heere nicht zum besten aussieht. Auf die Schwierigkeiten, unter denen Mobilisation und Aufmarsch zu leiden hatten, haben wir wiederholt hingewiesen. Wie steht es aber mit der Einheitlichkeit des Offizierskorps? Ist der politische Geist, der vor wenigen Monaten die Offiziere in zwei feindliche Lager schied, vor dem Feinde verstummt? Arbeiten Komitee-offiziere und Ligaoffiziere im Felde Hand in Hand? Ist das Verhältnis zwischen „Aghas“, d. h. Offiziere, die ohne besondere Bildung aus dem Mannschafstande hervorgegangen sind, und den „Effendis“, den gebildeten und modernisierten Offizieren in den letzten Jahren noch gespannter geworden? Ist vor allem das vererbete Bauernvolk der europäischen wie der asiatischen Türkei den Anforderungen eines modernen Krieges auf die Dauer gewachsen? Alles das sind Fragen, die durch den türkischen Mißerfolg lebendig werden und auf die die Ereignisse der nächsten Zeit Antwort geben werden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Vordringen der Bulgaren nach Süden.

Stara Zagora, 21. Oktober. Die Bulgaren haben gestern auf der Südfront die Arda überschritten und nach Einnahme der vorderen Befestigungslinie bei Marasch Adrianopel von Süden eingeschlossen. Zwei türkische Bataillone machten einen Ausfall, die Bulgaren unternahmen einen Gegenangriff, erbeuteten drei Schnellfeuerbatterien und machten 1200 Gefangene.

Privatnachrichten besagen, daß ein bulgarischer Vorposten bis nach Wiza am Annapass im Süden des Strandja Dagh angekommen ist. Wiza liegt auf dem Wege nach Konstantinopel und ist nur noch etwa 100 Kilometer von der türkischen Hauptstadt entfernt.

Die Einnahme von Kirkilisse.

Sofia, 21. Oktober. (P. G.) Der Einnahme von Kirkilisse gingen schwere Kämpfe voraus. Der Sieg ist vor allen Dingen der Ueberlegenheit der bulgarischen Artillerie zuzuschreiben, die bedeutend besser manövierte und besser geführt wurde, als die mit Geschützen schwereren Kalibers ausgerüstete türkische Artillerie. Der bulgarischen Artillerie gelang es, ihre Geschütze unbehindert von den Türken in Stellungen zu bringen, die es ihr möglich machte, die türkischen schweren Haubitzen niederzulampfen. Die bulgarische Artillerie, die an Zahl ihrer Geschütze der türkischen bedeutend überlegen war, ließ ein drartig vernichtendes Feuer auf die türkischen Verteidigungsstellungen niedergehen, daß die schweren Geschütze der Türken zeitweilig gänzlich ohne Schienung waren. In den letzten Phasen des Kampfes hatten die Türken überhaupt nicht mehr genügend ausgebildete Bedienungsmannschaften, die mit dem Mechanismus der schweren Geschütze vertraut waren, zur Verfügung.

Als die türkische Stellung durch diesen ausgezeichnet geleiteten bulgarischen Artillerieangriff, der ununterbrochen an 30 Stunden gedauert hatte, genügend erschüttert war, konnten die bulgarischen Heeresführer ihre große numerische Ueberlegenheit nach mehr zur Geltung bringen. Die Türken waren fast völlig erschöpft und vermochten nicht unter dem Feuer ihrer Artillerie vorgehenden bulgarischen Infanteriemassen nicht Gleichmütiges mehr entgegenzusetzen, da sie ihre letzten Reserven schon Stunden vorher in den Kampf geführt hatten. So blieb dem türkischen Führer nichts anderes übrig als der Rückzug. Die den Rückzug bedingenden türkischen Regimenter vermaßen dem Ansturm der Bulgaren nicht mehr zu widerstehen und gerieten in Gefangenschaft.

Die türkischen Gefangenen.

London, 25. Oktober. Der im bulgarischen Hauptquartier befindliche Kriegsberichterfasser der „Daily Mail“ meldet seinem Blatt, daß die Zahl der bei Kirkilisse gefangenen Türken höchstens 1200 betragen könne.

Angeblüche strategische Absichten der Türkei.

London, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Berichte über den Sieg der Bulgaren bei Kirkilisse werden hier als übertrieben angesehen; doch macht sich ziemlich allgemein das Gefühl bemerkbar, daß es mit der türkischen Sache nicht gut steht. So schreiben die „Times“: Wir müssen gestehen, daß die Chancen der Türken schlechter werden und sie werden möglicherweise zu ihrem Schaden finden, daß Abdulkah Pascha zu lange und zu weit weg gewartet habe.

Von türkischer Seite schied der Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel am Donnerstag 6 Uhr abends folgende Einzelheiten über den Kampf: Mittwoch rückten drei türkische Armeekorps auf der Linie Adrianopel-Kirkilisse östlich vom Flusse Tundja und nördlich von Kirkilisse vor, um die Bulgaren zu zwingen, ihre Stütze zu zeigen. In der Nähe der Grenze sei man auf die Hauptmacht der Bulgaren gestoßen, und es habe viele Stunden lang ein verzweifelter Kampf stattgefunden. Die Verluste auf beiden Seiten seien sehr groß. Die Türken seien jedoch nicht stark genug gewesen, um den Angriff fortzusetzen und haben sich daher in vollkommener Ordnung und ohne vom Feind verfolgt zu werden zurückgezogen. Es sei nun beschlossen worden, Kirkilisse zu räumen und alle Armeekorps bis auf das eine, das Adrianopel besetzt hält, auf die türkische Hauptarmee zurückzuführen, die zwischen Baba-Gözi und Lule-Burgas konzentriert sei. Das werde die Stärke der Hauptarmee auf sieben Armeekorps bringen, zusammen mit vier weiteren Armeekorps, die näher bei Konstantinopel in Bildung begriffen seien. In der starken, die Eisenbahn schützenden Stellung könne die Hauptarmee mit Vertrauen den Angriff der Bulgaren erwarten. Erfolge der Angriffe nicht, so werde die ganze Armee die Bulgaren nördlich von Adrianopel zum Kampfe zwingen. Der Rückzug von Kirkilisse sei ein rein strategischer Zug zur Konzentration der Streitkräfte Nazim Paschas und nicht die Folge des Kampfes am Mittwoch.

Das ist natürlich eine türkische Darstellung. Aber man kann, wenn man sie mit den Nachrichten aus Sofia vergleicht, die Wahrheit ziemlich erraten.

Die Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 25. Oktober. Ein gestern nachmittags veröffentlichtes Communiqué des Generalstabes hat die Ungeduld des Publikums betreffend die Kämpfe bei Adrianopel nicht befriedigt, sondern Bedenken eingefloßt, da der als Manöver bezeichnete Rückzug als endgültig angesehen wird.

Nordwestlicher Kriegsschauplatz.

Serbischer Sieg bei Rumanowo.

Belgrad, 25. Oktober. Nach einem offiziellen Bericht begann die Schlacht bei Rumanowo in der Nacht vom 23. zum 24. und dauerte gestern den ganzen Tag bis zum Abend an. Die Stärke der türkischen Truppen wird auf 25 000 geschätzt. Trotz des völlig beträchtlichen Geschützbesitzes ging die serbische Infanterie gegen die türkischen Schanzen mit einem Bajonettangriff vor; es kam wiederholt zu einem Handgemenge. Besonders erfolgreich war der Eingriff der serbischen Artillerie bei Poljica-Konjare in den Kampf, die drei zu einer Kette ausbilde türkische Schwadronen vernichtete. Die beiderseitigen Verluste sind groß, die Türken sollen 5000 Mann verloren haben. Unter anderer Kriegsbente eroberten die Serben 12 türkische Geschütze. Die Bedeutung der Schlacht bei Rumanowo liegt darin, daß Nestub von der türkischen Armee nunmehr nur von einer einzigen Position verteidigt werden kann.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Befreiung von Stutari.

Rijeka, 25. Oktober. Die montenegrinischen Truppen haben sich Stutari in nordwestlicher Richtung bis auf 10 Kilometer genähert. Die Befreiung von Stutari hat begonnen. Einige Geschütze schlugen in die Biadelle und in die türkische Stadt ein, ohne Schaden anzurichten. Mit Einbruch der Nacht wurde das Feuer eingestellt. Am gleichen Tage eröffnete General Martinowitsch mit der Südararmee von drei Seiten das Feuer gegen den von den Montenegroern umzingelten Berg Tarabosch. Besonders heftig war das Feuer vom Berge Muritschan, der vor wenigen Tagen genommen worden war. Die Türken erwiderten aus 22 Geschützen das Feuer. Nach zweistündigem Feuer wurden die türkischen Geschütze auf dem höchsten Punkte des Tarabosch zum Schweigen gebracht, worauf die montenegrinischen Infanterie zum Angriff auf die türkischen Positionen schritten. Gegen morgen waren die Türken durch die fortwährenden Angriffe ermüdet und gezwungen, die höchsten Stellungen auf dem Tarabosch zu verlassen und niedrigere Positionen aufzusuchen. General Martinowitsch forderte den Feind auf, sich zu ergeben, weil Stutari von allen Seiten umzingelt und weiteres Blutvergießen nutzlos und sinnlos sei.

Der Seekrieg.

Das Bombardement von Warna.

Konstantinopel, 25. Oktober. „Tanin“ gibt eine Beschreibung des Bombardements von Warna, die anscheinend amtlichen Ursprungs ist. Die Verfolgung der bulgarischen Torpedoboote wurde am 21. Oktober bei Tagesanbruch aufgenommen. Die türkische Flotte, die von Kowarna kam, entdeckte zwei kleine bulgarische Torpedoboote, die von Süden her mit voller Geschwindigkeit den Hafen von Warna zu erreichen suchten. Der türkische Befehlshaber eröffnete sofort aus einer Entfernung von sieben Meilen das Feuer. Ein türkischer Zerstörer erhielt den Befehl, die bulgarischen Torpedoboote an der Mündung in den Hafen zu hindern, dessen Eingang durch eine große Anzahl von Minen geschlossen ist. Ein bulgarisches Torpedoboot, das bereits einen Schornstein und den Mast verloren hatte, mußte auf den Strand auflaufen. Die Mannschaft rettete sich durch Schwimmen. Einem türkischen Torpedoboot gelang es, eine Boje, die die Linie der Unterseeminen anzeigte, fortzunehmen. Die bulgarischen Befestigungen am Eingang des Hafens und die im Buschwerk verborgenen Batterien eröffneten darauf das Feuer gegen die türkischen Schiffe, deren Feuer die Miltärmühlen und den Palast Euginograd zerstörte.

Griechische Verwaltung auf Kreta.

Athen, 25. Oktober. (Meldung der „Agence Havas“.) Der frühere Ministerpräsident Dragumis ist zum Gouverneur von Kreta ernannt worden und bereits dort eingetroffen.

Die griechische Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Brüssel, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Dem Internationalen Sozialistischen Bureau ist ein formeller Protest vom Zentralkomitee der griechischen sozialistischen Partei zugegangen, der sich gegen die im „Berliner Tageblatt“ und im „Temps“ erschiene Verleumdung richtet, wonach die griechischen Sozialisten den Krieg billigen sollen. Die betreffenden Nachrichten sind nichts weiter als ein plummes Manöver. Die griechischen Sozialisten erklären sich vielmehr solidarisch mit dem Manifest der Sozialisten des Balkans und verurteilen den durch die kapitalistischen Interessen der Mächte heraufbeschworenen Krieg.

Keine Neutralitätserklärung Russlands und Oesterreichs?

Paris, 25. Oktober. Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ will von berufener Seite erfahren haben, daß die russische Regierung keinerlei amtliche Neutralitätserklärung verlaublichen werde, da dieselbe nur dann eine Berechtigung hätte, wenn sie in doppelseitiger Form zugleich mit Wien erfolgen würde.

Ein Appell des roten Halbmonds.

Das türkische Generalkonsulat ersucht um Aufnahme folgender Bekanntmachung:

Aus allen Kreisen des edlen befreundeten deutschen Volkes laufen täglich eine große Anzahl Anfragen ein, die dem humanitären Zweck der Hilfeleistung an verwundete osmanische Soldaten gelten. Da die Zahl der Verwundeten leider außerordentlich groß ist, so hat die Zentrale des Roten Halbmonds die kaiserliche Regierung veranlaßt, die Osmanischen Konsulate zur Annahme von Spenden und Geldbeiträgen zu ermächtigen. Demgemäß ist bei dem unterzeichneten Generalkonsulat, Berlin, Behrenstr. 9/13, eine Liste eröffnet, wozu Beiträge gerichtet werden können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober 1912.

Der Zwiespalt im Zentrum.

Während die Blätter der Oppersdorff-Roeren-Kauffmann-Nieburowski-Gruppe das Zentrum von der religiösen Seite bombardieren, greift die in einem katholischen Verlage im Rheinland erscheinende Halbmonatschrift „Die Ständeordnung“ die herrschende ultramontane Richtung vom sozialwissenschaftlichen Standpunkte an. In seiner neuesten Nummer (20) beschuldigt das Blatt die Zentrumsführer, daß ihre ganze Politik den päpstlichen Absichten und Rundmachungen in schroffer Weise zuwiderlaufe. Das Zentrum treibe eine unverhüllt kapitalistische Politik. Es heißt da z. B.:

„Unsere Kirchenfürsten sind leider die Hände gebunden, und unfähig, zum Teil sogar gewissenlose Führer, die durch eine weitverzweigte Cliquenwirtschaft auf Schleichwegen das Vertrauen des Volkes ergattert haben, machen sich breit.“

Von einem „tiefreligiösen Arbeiterführer von M.-Gladbach“ berichtet der Verfasser, daß er ihm gesagt habe:

„Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere kapitalistischen Fesseln; die katholischen Kapitalisten deuten und oft noch mehr aus als die Andersgläubigen.“

Wer denkt hier nicht an die katholischen Bergherren Oberschlesiens, die Zeltfabrikanten, Tabakfabrikanten, Papierindustriellen des Westens!

Besüglich der Stellung des Zentrums zum preussischen Wahlrecht sagt die „Ständeordnung“, daß Zentrum und Konservativen nur, um das politische Geißt noch eine Weile länger in Händen behalten zu können, die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und eine gerechte Einteilung der Wahlkreise“ abgelehnt haben.

Die heilige Sozialpolitik nennt die „Ständeordnung“ unglücklich und ungerecht. Sie erklärt:

„Die bisherige Steuerpraxis birgt mancherlei antisoziale Ungerechtigkeiten in sich; vor allem muß mit dem indirekten Steuerwesen möglichst gedacht werden, weil gerade dadurch die unrenten und unrenten Stände über Verhältnis ... belastet werden.“

Gleichzeitig leidet sich die strengkatholische antisozialistische „Adner Korrespondenz“ im Anschluß an einen von ihr erwähnten Hirtenbriefen schweizerischer Bischöfe folgende niedliche Charakteristik der auf der Seite der „Adn. Korrespondenz“ kämpfenden Zentrumsblätter:

„Man kann die Blätter der Adner Richtung in drei Klassen einteilen: Da ist zuerst das Hauptorgan der schlaue n Opportunisten, die „Adnische Volkszeitung“, mit den unter ihrer Regie stehenden Organen und Verlautbarungen der M.-Gladbacher, der Windhofstunde und des Wägen Augustinervereins. Sie wissen, was sie wollen, aber ihre Methode ist außerordentlich heikel. Einerseits verfolgen sie die Ziel der Entkatholisierung unentwegt, aber mit viel Geschick und Schamheit, während sie andererseits Rom gegenüber erdrundernd auf dem Qui vive sind und ihre unfreiwilligen Verwundungen nach dem Vatikan machen müssen. Sie verfügen über einige gute Köpfe, Männer von umfassendem Wissen und weitestgehendem persönlichen Einfluß. Ihre Kenntnisse beruhen jedoch mehr auf Erfahrungen als auf einheitlicher systematischer Ausbildung. Eine eigentliche Philosophie besitzen sie nicht, weil sie Opportunisten, keine Männer von eisernen Prinzipien sind; sie wissen multa, nicht multum. Gewiegte Dogmatiker sind nicht, kann nicht nur der eine oder andere Hilfsheologe, der die Dinge theologisch zurechtstutzt.“

Die zweite Klasse besteht aus Witläufern. Oberher gehört das Gros der Augustinervereinigung zweiter bis fünfter Güte: „Augustburger Volkszeitung“, „Neisser Zeitung“, „Offener Volkszeitung“, „Trenonia“, „Kochener Volkszeitung“ usw. bis herunter zu bedeutungslosen Blättern der Dorfintelligenz. Diese Organe spielen in der Adner Richtung natürlich keine führende Rolle, größtenteils wissen sie überhaupt nicht, worum sich der Zentrumsstreit dreht, sie schimpfen aber um so kräftiger mit, weil die „Adnische Volkszeitung“ auch schimpft. Auf eine sachliche Auseinandersetzung lassen sie sich natürlich noch viel weniger ein, als die Generalführer in Adn. Sie wären dazu nicht in der Lage und sind sich dessen auch wohl bewußt. Im privaten Verkehr gelingt es jedoch bisweilen, einen „Adner“ Journalisten dieser zweiten Klasse auf die Rechnung zu stellen. Man läßt man die Diskussion nicht auf Nebenfragen abweichen, sondern hält man den Gegner beim springenden Punkte fest, dann kommt es zu recht amüsanten Situationen. ... Viele unter diesen Bestimmungshelben würden über die Wahckheiten schweigen, wenn sie dafür bezahlt wären.“

Eine dritte Klasse bilden die Limonadenblätter. Redaktionell bedeutungslose Organe, die nicht fast und nicht wert sind und es aus geschäftlichen Gründen mit niemandem verhandeln möchten. Natürlich neigen sie aber zur Adner Richtung, weil sie von dieser Seite einen größeren materiellen Vorteil erwarten und auch inhaltlich auf den Abfall aus Adner Blättern angewiesen sind. Im übrigen beziehen sie ihre geistige Nahrung von Herrn Erzberger, der einmal so und einmal so ist. Was

ihnen vorgelebt wird, das schlafen sie und man kann ihnen schon etwas zutrauen, denn sie haben einen guten Magen. Ihre „Reaktionäre“ — so nennen sich diese Quintaner — geraten manchmal in eine Augustinusbereinsammlung und bringen dann einige Kraftausdrücke gegen die „Luertreiber“ mit heim, die sie auch wohl verwenden, wenn es ihnen einmal gelingt, einen Artikel zusammenzubringen. Sonst sind sie brav und unschuldig; dafür sorgt schon der Herr Pfarrer.“

Wählungene Ausflüchte.

Die „Post“ führt als Beweis gegen die Behauptung, daß auch Freikonserervative den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, an, daß Graf Bernstorff in Lauenburg 1886 nur nationalliberaler Sammellandidat gewesen ist und daß Amtsgerichtsrat Franke vielleicht ein Nationalliberaler gewesen sei. Zunächst muß doch festgestellt werden, daß die Konservativen in Lauenburg tatsächlich Freikonserervative sind. Alle in Lauenburg gewählten konservativen Reichstagsabgeordneten schlossen sich der freikonserverativen Fraktion an. 1887 v. Bülow, 1884 Herbst Bismarck und später Graf Bernstorff. Es war diese Partei auch kein Gemisch von Nationalliberalen, Freikonserverativen und Konservativen, denn die liberalen Kandidaten, z. B. Wulff, Krüger, Dr. Hammacher und Westphal waren Nationalliberale. Und gerade in der Agitation gegen den Nationalliberalen fanden die Freikonserverativen zum ersten Male den Weg zur Sozialdemokratie. Der Abgeordnete des Kreises, der nationalliberale Finanzrat Krüger, war 1885 zum Provinzialsteuerdirektor ernannt. Am 26. Juli fand eine Nachwahl statt. Bei dieser Nachwahl erhielten Graf Bernstorff (Np.) 1755, Krüger (natl.) 1695 und Finn (Soz.) 1070 Stimmen. Vor der Stichwahl sollten im ganzen Kreise die Sozialdemokraten Stellung zur Stichwahl nehmen. Für Sonnabend war die Versammlung in Lauenburg, für Sonntag in Möhlen, Nageburg und einigen anderen Orten angesetzt. Möglich wurden das sozialdemokratische Wahlkomitee und die für Sonnabend angezeigten Redner eingeladen, am Sonnabendnachmittag im Bartsaal 2. Klasse in Büchen zu erscheinen. Dort trafen unsere Genossen den Grafen Bernstorff und eine Anzahl anderer Herren, die ihnen als Mitglieder des Wahlkomitees der Freikonserverativen vorgestellt wurden. Man sagte ihnen, daß sie doch für den Grafen Bernstorff eintreten müßten. Die Nationalliberalen seien Vertreter des Manchestertums. Wohin diese Politik führe, das habe der Gründertrakt bewiesen. Graf Bernstorff hielt dann eine sehr arbeiterfreundliche Rede. Schließlich sagte ein Herr des Komitees: „Wenn Sie für Graf Bernstorff eintreten und er gewählt wird, dann wird man Ihnen die sämtlichen Wahlkosten erliegen.“ Die Sozialdemokraten gingen nicht auf den Vorschlag ein. Man gab als Parole aus, bei der Stichwahl nur weiße Zettel abzugeben oder gegnerische Stimmzettel durch Hinzuschreiben von anderen Namen unglücklich zu machen. Es wurden dann auch circa 600 ungültige Stimmzettel abgegeben, und Graf Bernstorff, der „nationale Sammellandidat“, unterlag dem nationalliberalen Krüger.

Zwei konservative Politiker gestorben.

Der frühere konservative preussische Landtagsabgeordnete Professor Dr. Bernhard Bremer ist in Greifswald gestorben. Innerhalb 62 Jahre alt geworden. Er war bis zum Jahre 1893 Professor an dem königlichen theologischen Seminar in Berlin. Zu Beginn der Städtischen christlich-sozialen Bewegung schloß er sich dieser an, in der Hoffnung, durch sie nach oben getragen zu werden. Er wurde auch in das Berliner Stadtverordnetenkollegium gewählt und übernahm da die Führung der sogenannten Bürgerpartei, brachte es aber bald weiter als er gehofft, denn er zog nicht nur als Vertreter von Oberbarnim in den preussischen Landtag ein, er wurde 1898 sogar in das Kultusministerium gerufen, um dort eine äußerst reaktionäre Haltung einzunehmen. Dann stürzte er über die Kanalvorlage. Einer der heftigsten Heißhörner der Konservativen, stimmte er mit den Landräten gegen das Regierungsprojekt und wurde dafür zwangsweise aus dem Kultusministerium hinausgeschickt. 1906 erhielt er schließlich als einer der letzten Kanalbesitzer auch seinen Tropfen, er wurde zum Kurator der Universität Greifswald ernannt. Politisch ist er seitdem nicht mehr hervorgetreten.

Der andere konservative Politiker, den der Tod ereilte, ist der bekannte Scharfmacher im Baugewerbe, Bernhard Felsch, der als konservativer Abgeordneter auch dem preussischen Landtag angehörte. Felsch ist weniger als Politiker wie als Gegner der Arbeiter, insbesondere der Bauarbeiter, hervorgetreten. In all den großen Kämpfen, die das Baugewerbe gegen die Unternehmer auszufechten hatte, spielte Felsch insofern eine unheilvolle Rolle, als er gegen jede verständige Einigung wirkte. In den letzten Jahren war er, der 78 Jahre alt geworden ist, etwas zurückgedrängt worden, und seitdem war es auch eher möglich, Verständigungen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Baugewerbe zu treffen. Felsch vertrat im preussischen Landtag den Wahlkreis Teltow.

Der Balkankrieg vor der Bayerischen Kammer.

In der Bayerischen Kammer fand Freitag die Verhandlung der Interpellation unserer bayerischen Genossen über die Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt. Zu der Begründung führte Genosse Adolf Müller unter anderem aus:

„Die erste Meldung des Münchener Regierungsorgans, daß Herr v. Hertling bereits Schritte getan hätte, um die Einberufung des Bundesratsausschusses zu veranlassen, bestätigte sich nicht. Wir verfolgen mit anjener Interpellation lebhaft den Zweck, der Beruhigung des deutschen Volkes und der Erhaltung des Weltfriedens zu dienen. Wir erwarten, daß der Ministerpräsident jetzt, wo er in der Lage dazu ist, die Konsequenzen aus seinen früheren Handlungen zu ziehen, die geeigneten Schritte unternimmt, damit im Deutschen Reichstage vor dem ganzen Volke klarer die Lebensfrage unseres Volkes, die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens, erörtert werden kann, nachdem es nicht gelungen ist, den Ausbruch des den Weltfrieden bedrohenden und nach der Meinung der sehr bedächtig urteilenden „Königlichen Volkszeitung“ von Rußland angezettelten Balkankrieges zu verhindern. Zum mindesten hätte der Auswärtige Ausschuss einberufen werden müssen. Einem Staatsmann, der an der Spitze des zweigipfligen Bundesrates steht, kann es doch nicht genügen, aus den Berliner Telegrammen post festum zu erfahren, was durch die Zeitungen längst bekannt ist. Wenn in den Zeiten so ungeheurer politischer Spannung dieser Ausschuss seine Aufgabe nicht erfüllt, wenn in der kritischen Periode, die das Reich seit seinem Bestehen erlebt, dieses von der Reichsverfassung gewährleistete Instrument unbenuzt bleibt, dann allerdings wird die Beruhigungsbewertung der ernsthaften Presse vergebliche Mühe bleiben. Redner gibt dann Informationen wieder, die darlegen, welche schweren Schädigungen die deutsche Volkswirtschaft schon jetzt erlitten hat, unter denen zunächst die Arbeiter leiden. Die modernen organisierte Arbeiterklasse aller Kulturländer hat aus Abscheu vor dem Massenmord in der entschiedensten Weise für Erhaltung des Weltfriedens demonstriert. Unsere Freunde im österreichischen Abgeordnetenhaus verlangen schon Ausmaß, ob die Regierung geneigt sei, durch Nichtteilnahme in den Balkankrieg den Frieden für Österreich zu sichern. Redner wirft imperiale, listige und kriegerische Kräfte dem entgegen. Dankbar ist es anzuerkennen, daß der französische Staatsmann Poincaré sich mit Eifer und Geschick bemüht, an der Dämpfung der Balkanwirren mitzuwirken. Der Redner schließt: Aus der Form und dem Inhalt seiner Begründung werde man entnehmen haben, daß uns jede agitatorische Nebenabsicht bei dieser Interpellation gefehlt hat. Dies noch einmal zu betonen, wie ich für notwendig angesehen habe

den Unruhezustand und der überspannten Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie sie nun auch in Bayern Mode geworden ist. Wir haben das Recht, im Namen des Vaterlandes zu fordern, daß alles daran gesetzt wird, einen Krieg zu vermeiden, der angesichts der wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse und im Hinblick auf die durch unsere verfehlte innere Politik schon in Friedenszeiten schwierige Ernährung des deutschen Volkes zu einer ungeheuren Katastrophe führen muß.

Ministerpräsident Freiherr v. Hertling erklärte, die bayerische Regierung habe in der gegenwärtigen Zeit, in der äußerste Zurückhaltung geboten sei, keinen Anlaß gefunden, die Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu verlangen. Es widerspreche dem Bundesgedanken, bei jeder Gelegenheit immer gleich die Einberufung des Ausschusses fordern zu wollen. Ebenso sprach sich der Herrliche Minister gegen die Einberufung des Reichstags aus. Man könne, erklärte er zum Schluß, das volle Vertrauen haben, daß das Deutsche Reich sein Gewicht an Macht und Einfluß nie vergebens in die Waagschale des Friedens legen werde, an dessen Aufrechterhaltung alle Großmächte übereinstimmend das größte Interesse hätten. — In seiner von Müller zitierten Rede im Reichstage habe er auch geäußert, daß bei Besprechung äußerer Angelegenheiten innere Zwistigkeiten zurückzutreten hätten. Wenn bei der Begründung der Interpellation hervorgehoben worden ist, daß den Interessierten jede agitatorische Absicht fernzulegen habe, so würde er das, sofern darin eine Anerkennung seines damaligen Ausspruchs liege, mit großer Befriedigung begrüßen.

Für das Zentrum erklärte sein Vorsitzender Verus, die Antwort des Ministers sei erschöpfend und befriedigend. Mehr brauche man gegenwärtig nicht zu sagen, da wir keine Zeit haben, weil nämlich das Zentrum in der nächsten Woche nach Hause gehen will.

Der Liberale Gasselmann erklärte die Gründe für die Nicht-Einberufung des auswärtigen Ausschusses für nicht stichhaltig und betonte die Friedensliebe des deutschen Volkes.

Genosse Adolf Müller will auf die Ausführungen Hertlings und die darin enthaltene Widersprüche nicht näher eingehen, um den Wert der beruhigenden Erklärung nicht abzuschwächen. Nur dagegen will er Verwahrung einlegen, daß der Minister die einzige Errungenschaft der Verträge von 1870, den diplomatischen Ausschuss, vollständig preisgegeben hat. So geht in Bayern das eine nach dem andern hin.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Vorher wurde das Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Hunger vor Gericht.

Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den 62-jährigen Gemeindevorsteher Dr. Ortlieb wegen Unterschlagung von 880 M. Gemeindegeldern zu 8 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte war neben seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher noch Fleischerbäcker, Desinfektor, Leinwandbesorger, Holzhandwerker und Steinlocher und bezog für alles zusammen das erbärmliche Gehalt von jährlich 400 M. Das reichte natürlich zum Lebensunterhalt nicht, und so vergriff sich Ortlieb an den Gemeindegeldern.

Vor Gericht wurde konstatiert, daß der Angeklagte infolge des ständigen Hungers krank geworden sei; der geladene Bezirksarzt Dr. Staatsmann nannte ihn ein menschliches Brat.

Der Mißerfolg der Ansiedelung von Landarbeitern.

Die Osthessische Landgesellschaft in Königberg gibt soeben ihren Bericht über ihre Ansiedelungstätigkeit heraus. In dem Bericht wird vor allem konstatiert, daß die Güterpreise wiederum stark in die Höhe getrieben worden seien, und daß ein Stillstand auch trotz der nicht genügenden Wertverhältnisse nicht zu erwarten sei. Da die Ansiedler das Bestreben haben, ihre Stellen mit Gewinn zu verkaufen, um größere Grundstücke zu erwerben, so hat die Osthessische Landgesellschaft, wie sie mitteilt, zur Erschwerung des Besitzwechsels nachträglich für sich das Recht festgelegt, im Verkaufsfall die für sie eingetragene und im übrigen zehn Jahre un kündbare Hypothek sofort fällig zu machen. Von diesem Recht ist in den meisten Besitzwechselfällen Gebrauch gemacht worden. Im letzten Geschäftsjahre sind auf diese Weise insgesamt 81 683 M. an Hypotheken an die Landgesellschaft zurückgefließen. Angekauft wurden im Berichtsjahre zehn Grundstücke in der Größe von zusammen 2835,33 Hektar zu einem Gesamtaufpreis von 3 316 505 M. Der Durchschnittspreis beträgt für den Hektar 1170 M. gegen 1087 M. im Vorjahre. Im Berichtsjahre wurden 225 Ansiedler angelegt. Insgesamt hat die Landgesellschaft bis zum 1. April 1912 1016 Ansiedler auf 14 701,25 Hektar angelegt.

Es sind gebildet worden: 28 Proz. Arbeiter- und Handwerkerstellen mit einem Besitz bis 2,5 Hektar, 63 Proz. Kleinbauernstellen mit Besitz zu 2,5 Hektar und 9 Proz. Großbauernstellen und Restgütern, deren Größe über 25 Hektar hinausgeht. Diese Aufteilung beweist, wie gering bisher der Erfolg der Ansiedelung von Arbeitern ist. Im wesentlichen sind Bauern angelegt worden. Ganz und gar hat die Arbeiteransiedelung der Kreislandverbände Mißerfolge erlitten. Der Bericht der Landgesellschaft sagt, diese Ansiedelung nehme leider nicht den erhofften Fortschritt, da die Besetzung der Arbeiterstellen andauernd die größten Schwierigkeiten mache. Mehrere Kreise wurden die bebauten Stellen trotz der geübten Bemühungen nicht los. Man könne sich daher nicht wundern, daß sie den Mut zur Weiterarbeit auf diesem Gebiet verloren hätten. Bis jetzt hätten die Kreise von 66 ausgesetzten Stellen 39 verkauft. Von den verkauften 39 Stellen sei bei beiden das Verfahren soweit abgeschlossen, daß die Staatsbeihilfe durch den Oberpräsidenten ausgezahlt werden könnte. Es soll nun noch der Versuch gemacht werden, Kleinansiedelungsgesellschaften zu bilden, um zu sehen, ob mit diesen die Arbeiteransiedelung in flotteren Gang gebracht werden kann.

Aus diesen Mitteilungen ist ersichtlich, daß sich auch die osthessischen Landarbeiter scheuen, das Joch der modernen Hörigkeit auf sich zu nehmen.

General Reim,

der Macher des neuen Wehrvereins, hat kürzlich einen Werbeauftrag erteilt, an dem er indessen in den eigenen Kreisen wenig Freude erlöst. In dem Reim'schen Elaborat kam die schöne Stelle vor: „Für einen deutschen Mann sollte es keine höhere Auszeichnung geben, als dienen zu haben; auch in der staatsbürgerlichen Stellung des Einzelnen sollte das zur Geltung kommen. Der Wehrverein steht es als seine Aufgabe an, solche Weisung zu pflegen und zu verbreiten.“

Wegen dieser allpreussische Bevorzugung des Kommissariats protestiert ein Lehrer des in Siegen erscheinenden „Christlichen Blattes „Das Volk“. Er bezeichnete sich als Theologe und meint, der Aufruf bedeute gerade für ihn eine schwere Beleidigung, er habe früher immer am Gedankenspiele einer schmetternden Kaiserrede gehalten und könnte natürlich das jetzt nicht mehr tun. Was bedeute denn der Aufruf?

„Kademe! Ich, wenn sie nicht gerade geistig minderwertig sind, so ipso patriotisch gefasst sind, sollen, wenn sie zufällig nicht gedient haben, Menschen zweiter Klasse sein, Sozialisten dagegen, die gezwungen Soldat waren, Menschen erster Klasse!“

Das „Volk“, das diese Enttäuschungsumgebung abdrückt, bemerkt dazu, der Aufruf entsamme der Feder des Generals Reim, dem wohl zu empfehlen sei, in Zukunft solche beleidigenden Entäußerungen zu vermeiden.

Der gegenwärtige Kademe! scheint des Generals Reim würdig zu sein, wenigstens mit seinem Sozialistenhass. Reim den Kademe! zu erheben; vielmehr wird jeder Verweigerer einer Fabrik und jeder Hauptmann einer Kompanie gern befähigen, daß die Sozialdemokraten überall die geistig reglamsten Staatsbürger sind.

Rekruten-Selbstmord.

Anfangs voriger Woche sind die neuen Mannschaften eingekleidet worden, und schon am Sonntagabend hat sich in Erfurt ein Rekrut der 2. Batterie des 19. Artillerieregiments, ein wohlhabender Bauernsohn, auf entlegliche Weise selbst getötet. Er schmitt sich mit einem Messer die Pulsadern an beiden Händen auf und brachte sich eine schwere Wunde am Halse bei. Nach kurzer Zeit war der junge Mann, der sich freiwillig zum Militär gemeldet hatte, eine Leiche. Ueber die Ursache zum Selbstmord verlautet nichts.

Unserem Erfurter Parteiblatt wird zwar berichtet, daß die jungen Soldaten schon gleich von Anfang an tüchtig angestrengt werden, und auch am Sonntag seien sie so hart bestrafung gewesen, daß sie kaum Zeit zum Essen gefunden hätten. Indessen ist wohl kaum anzunehmen, daß die Anforderungen schon so unerträglich waren, daß sie Ursache zum Selbstmord gaben.

Kampfstage in Rußland.

Die Wahlkampagne in Rußland nähert sich ihrem Höhepunkte, und immer deutlicher tritt aus den bruchstückartigen Mitteilungen über den Verlauf des langwierigen, vielstufigen Wahlprozesses die Tatsache hervor, daß sogar das Schandgesetz vom 16. Juni 1907 machtlos ist, die Mobilisation der demokratischen Kräfte aufzuhalten. Selbst die „Kowojie Duma“ hat kürzlich eingesehen müssen, daß die jetzigen Duma-Wahlen, ungeachtet des bestehenden Wahlgesetzes, eine Volksvertretung nach dem Muster der ersten oder der zweiten Duma geliefert hätten, wenn nicht die Geistlichkeit auf Befehl des Oberprokurators des heiligen Synods in geschlossenen Reihen an die Wahlurnen markiert wäre. Galt man diese Meinung sogar für etwas übertrieben, so muß dennoch festgestellt werden, daß das Votum der breiten Wählermassen sich trotz des oktroyierten Wahlgesetzes, trotz der Fallgruben der Wahl-„Erläuterungen“ und Wahlfälschungen ungewöhnlich gegen das herrschende Regierungssystem ausgesprochen hat. Den besten Beweis dafür liefert der Ausgang der Wahlmännerwahlen, die jetzt in den meisten Gouvernements schon abgeschlossen sind. Die Arbeiter haben durchweg sozialdemokratisch, die Städte liberal und sozialdemokratisch, die Grundbesitzer fast durchweg konservativ gewählt. Unklar ist die Zusammensetzung der bäuerlichen Wahlmänner, die sich unter dem Druck der Administration „parteilos“, „gemäßigt“ usw. nennen. Aber schon die Tatsache, daß die Reaktionen keine sonderliche Freude über den Ausgang der Bauernwahlen zur Schau tragen, und daß 40—50 Proz. der bäuerlichen Bevollmächtigten aus den dörflichen Amtspersonen bestehen, die zur junkselbstlichen Gefolgschaft direkt gepreßt werden, spricht eine deutliche Sprache über die wahre Stimmung der Bauernschaft. Eine ungemein schmachvolle Rolle bei den jetzigen Wahlen spielt die Geistlichkeit, die auf Befehl ihrer obersten Behörde ausgerückt ist, um durch Zurückdrängung der Kleingrundbesitzer eine ausschlaggebende Stellung in den Wahlmännerversammlungen einzunehmen und die bedrohten Mandate für die schwarzeste Reaktion zu retten. Jetzt, nach dem Abschluß der Wahlmännerwahlen treten die Absichten der liberalen Wahlstrategen deutlich hervor. Die Geistlichen bilden ungefähr 15 Proz. sämtlicher Wahlmänner und sind dahin instruiert, den zu wählen, den die Administration ihnen vorschreiben wird. Es würde zu weit gehen, wollte man auf die schamlose Beeinflussung der Geistlichen durch die vorgelegten Behörden näher eingehen. Es genügt der Hinweis, daß die gesamte russische Presse darin einig ist, die Rolle der Geistlichkeit bei den Wahlen als die des Stimmviehs zu bezeichnen. In einzelnen Gouvernements revoltieren sogar die Junker gegen die Uebermacht der Wogen, die bei ihrer Wahlstrategie den Sonderweg verfolgen, selbst die Kandidaten der Regierungsparteien in kirchlichem Sinne zu beeinflussen, d. h. sie für die unerfättlichen Appetite der heiligen Väterchen gefügig zu machen.

Die Wählerschaft in den Städten zeigt einen unerkennbaren Rückgang nach links. Das geht weniger daraus hervor, daß die städtischen Wahlmännerwahlen eine überwiegende oppositionelle Mehrheit (68 Proz. in der ersten und 73 Proz. in der zweiten Kurie) ergeben haben, als aus der nicht hoch genug zu veranschlagenden Tatsache, daß die Sozialdemokratie selbst unter den städtischen Wählern, die sich zumeist aus der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie rekrutieren, den Liberalen erfolgreich Konkurrenz macht! Bis zum 21. Oktober hat die Sozialdemokratie in den städtischen Kurien circa 60 Wahlmänner durchgebracht und befindet sich in einer ganzen Reihe von Gouvernements in recht aussichtsreicher Position für die Endwahlen. Sieht man aber auch von dem Endergebnis ab, das infolge der ungeheuerlichen Wahlkorrumpierungen der Regierung vorläufig noch unabsehbar ist, so sind die Erfolge der Sozialdemokratie in den Städten von enormer politischer Bedeutung. Einmal weisen sie darauf hin, daß die beträchtlichen Schichten der Angefallenen endlich den Weg zu ihrer Klassenpartei gefunden haben, dann aber auch, daß zahlreiche Elemente des Bürgertums den Glauben an den Liberalismus verloren haben, und der konsequenter Zielbewußtsein Politik der äußersten Linken Gefolgschaft leisten. In welchem Maße der Prozeß der Radikalisierung des städtischen Bürgertums vorgeschritten ist, dürfte sich bei den bevorstehenden Wahlen in den sieben größten Städten mit direkter Wahl noch deutlicher zeigen als bisher.

Der Ausgang der Wahlmännerwahlen in der Arbeiterkurie bestätigt die bei den Urwahlen ausgesprochene Ansicht, daß die Arbeiterkurie die Domäne der Sozialdemokratie darstellt. Mit geringen Ausnahmen sind aus diesen Wahlen Sozialdemokraten oder „äußerste Linke“ oder „Linke“ hervorgegangen. Auch die Arbeiterkurie in Polen, wo die polnischen Nationaldemokraten unseren Genossen bisher erfolgreich Konkurrenz machten, ist diesmal mit einem Schläge erobert worden. Bemerkenswert hierbei ist, daß die Arbeiterbevollmächtigten in Warschau, ungeachtet der geringen Anzahl der jüdischen Bevollmächtigten, als einen ihrer drei Wahlmänner den jüdischen Arbeiter Josef Bronowski wählten, um dadurch ihren Protest gegen die antisemitische Seite der polnischen bürgerlichen Parteien zum Ausdruck zu bringen.

Am bedeutungsvollsten gestalten sich die Arbeiterwahlen in Petersburg. Unmittelbar vor der Wahlmännerwahl am 18. Oktober kassierte die Regierung aus einem wichtigen formalen Anlaß, der nicht einmal in dem herangezogenen Artikel des Wahlreglements begründet ist, die Urwahlen in den größten Petersburger Betrieben. An Stelle von 185 Bevollmächtigten wurden bloß 50 zum Wahlakt zugelassen. Diese wählten aus ihrer Mitte 6 Wahlmänner, nämlich Sozialdemokraten, aber trotz dieses eindrucksvollen Votums der Arbeiterbevollmächtigten, die sich durch den infamen Schlag der Regierung nicht desorganisieren ließen, war die Erregung in den „kassierten“ Betrieben so gewaltig, daß es schon am selben Tage zu Arbeitseinstellungen, Meetings und Manifestationen kam. Auf den Dutilowwerken allein freikreisten 14 000 Arbeiter, insgesamt dürften am 18. und 19. circa 80 000 Arbeiter gestreikt haben. Auf

den streikenden Betrieben wurden Protestresolutionen angenommen, wobei die Arbeiter besonders ihre Einigkeit bei der Führung der Wahlkampagne hervorhoben. Der Erfolg dieser Manifestationen war der, daß die Gouvernementswahlkommission die Wahlen der Wahlmänner als nichtig erklärte, weil die Bevollmächtigten der größten Fabriken an ihnen nicht teilgenommen haben! Die Konsequenz aus diesem Beschluß muß die sein, daß den Petersburger Arbeitern noch einmal Gelegenheit gegeben werden muß, die Wahlen ihrer Vertreter vorzunehmen. Die Petersburger Arbeiter haben durch ihre eindrucksvolle Manifestation gezeigt, daß sie keineswegs gewillt sind, den „kleinen Staatsstreik“ vom 17. Oktober widerstandslos über sich ergehen zu lassen, und der weiteren Verkümmern ihres Wahlrechtes ihre passive Zustimmung zu geben. Welche Tücken und Schliche die Regierung auch erfinden sollte — ihr Mandat von der Hauptstadt werden sich die Arbeiter nicht rauben lassen.

Russische Spionarbeit in Oesterreich.

Ein Subjekt von der „Džrana“ erfindet ein österreichisches Attentat auf den Zaren!

Kraľau, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach dem russisch-japanischen Kriege begann der große Zug der russischen militärischen Spione nach Oesterreich, vor allem aber nach Galizien. Der russische Generalstab wollte seine Wissenschaft über österreichische Zustände auffrischen, nachdem fast alle früheren „Informationen“, die lange vor dem Kriege des Jahres 1904/05 gesammelt worden waren, nun veraltet und untauglich geworden sind.

Schon im Jahre 1907 begann eine wahre Pilgerschaft von militärischen Spionen nach Galizien, aber das Gedränge wurde erst auffallend nach dem Jahre 1908 (Annexion von Bosnien und Serbegowina) und nach dem im Jahre 1909 in Prag gefeierten Feste der „neoslavischen Verbrüderung“, die den russischen Nationalisten Ostgalizien erschließen sollte. Direkt von Prag über Ostgalizien heimkehrend, knüpfte der bekannte Graf Bobrinskij in Oesterreichs Grenzen „vertrauliche“ Bekanntschaften an, die nachher in den Gerichtsfilen als Spionverbrüderungen erwiesen!

Ein Umstand komplizierte diese Arbeit des russischen Generalstabes, und dieser Umstand liegt in dem Bestreben der politischen Polizei, der „Džrana“, neben der rein „militärischen“, auch eine „politische“ Arbeit durch die Spione verrichten zu lassen. Es handelt sich um das Auspionieren der russischen und polnischen Sozialisten, die nach Oesterreich vor dem Galgen sich geflüchtet haben. Von Zeit zu Zeit handelt es sich auch um direkte Provokation, die ja im Interesse eines jeden Spiones sowieso liegt, damit er sein Gewerbe lukrativer gestalten kann.

Wie provokatorisch und frech diese „Arbeit“ auf dem österreichischen Gebiete gerade in der letzten Zeit betrieben wird, wollen wir an dem neuesten Beweise zeigen, dessen Schauplatz Kraľau war.

Seit einigen Tagen sitzt im Kraľauer Gefängnis ein scharfsichtiger Provokateur, ein gewisser Stephan Graborski, ein zugleich militärischer und politischer Spion, dessen Tätigkeit zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen hätte können. Graborski verrichtete früher — nach seinem Geständnis den „Dienst“ auf dem Grenzabschnitt der Nordbahn zwischen Trzebinia und Dzwicim, bis er zu den wichtigeren Aufgaben von der Warschauer „Džrana“ herangezogen wurde.

Er begann nun ein riskantes Spiel, indem er sich direkt der Kraľauer Polizeidirektion vorstellte und ihr wichtige Informationen über Rußland zu liefern versprach. Wie es mit diesem Versprechen in Wirklichkeit war, können wir nicht beurteilen, aber plötzlich kam nach Wien die äußerst alarmierende Nachricht, daß in Kraľau eine Verschwörung gegen den Zaren existiere, die den jetzigen Aufenthalt des Zaren auf dem Boden Russisch-Polens in Spala zu einem Attentate ausnützen wolle!

Fast gleichzeitig wurde aber Graborski durch die Kraľauer Polizei verhaftet, da seine Tätigkeit — trotz der erwähnten Versprechen — ziemlich verdächtig erschien. Bei dem Verhafteten wurde aber eine frische Instruktion der „Džrana“ vorgefunden! Von der Polizei bedrängt, legte nun Graborski ein Geständnis ab, das wahrhaftig schauerlich klingt.

Er gestand, daß er der „Džrana“ aus Kraľau vollständig unwahre und erlogene Berichte über verschiedene Parteiverfassungen sendete, um sich „nützlich“ zu machen. Aber sein Meisterstück war die frustrierte „Verschwörung“ gegen den Zaren, worüber er genaue Berichte nach Warschau lieferte. Nach diesen Berichten sollten drei „Verschwörer“, ein gewisser „Richard“ und „Brzecek“ (den Namen des dritten konnte er angeblich nicht erfahren!) bereits von Kraľau nach Russisch-Polen abgehandt worden sein und sich in dem Städtchen Tomaszow versammelt.

Er selbst ging auch nach Tomaszow, wo ihn schon die „Džrana“-Leute erwarteten; da aber „Verschwörer“ nirgends zu finden waren, erlann er die zweite Lüge, daß die „Verschwörer“ Wind bekommen hätten und sich nach Kraľau zurückflüchteten.

Alle diese Lügen sind natürlich nach Spala an das Zarenhoflager übermittelt worden sein. Welchen Eindruck sie dort machten, können wir nicht beurteilen.

Das Kraľauer neueste Beispiel ist gar nicht vereinzelt. Politisches Spionieren und Provokation schreiten sehr häufig neben der militärischen Spionage einher.

China.

Der Kampf um die Auleihe.

London, 25. Oktober. Die „Times“ melden aus Peking vom 24. dieses Monats: Die chinesische Regierung befindet sich gegenüber den sechs Mächten in einer schwierigen Lage, weil sie kürzlich die Einkünfte aus der Salzsteuer in Tientsin für die Deckung der Gräpischen Auleihe angewiesen hat. Da die Salzsteuer als Sicherheit für die Bezahlung der Entschädigung aus dem Wogersfeldzug verpfändet ist, so kann China über keinen Teil davon verfügen, bevor alle anderen Ansprüche befriedigt sind. Die sechs Mächte haben gestern der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß ihr Vorschlag im Betrage von 1.800.000 Pfund eine Vorzugsstellung habe. Ein formeller Protest gegen das Verfahren der chinesischen Regierung ist aufgesetzt worden.

Amerika.

Vom mexikanischen Bürgerkriege.

New York, 25. Oktober. Nach einem Telegramm aus Vera Cruz sind zwei amerikanische Offiziere, die nach der Wiederbesetzung der Stadt gefangen genommen wurden, vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und gestern abend von Bundesstruppen erschossen worden. Jetzt Diaz wird heute nachmittags vor dem Kriegsgericht erscheinen.

Verantwortl. Redakt.: Alfred Wielepp, Neudamm. Inzeratenteil veranw.

Gewerkschaftliches.

Der Konkurrenzkampf zwischen den evangelischen Arbeitervereinen und den Gelben im Ruhrgebiet

zeitigt immer tollere Blüten. War da in Herne eine Konferenz von Vertretern evangelischer Arbeitervereine „aus dem ganzen Industriegebiet“ zusammen, um von neuem zu beratschlagen, wie die böse gelbe Konkurrenz aus dem eigenen Begehe ferngehalten werden könne.

Und die guten Leuten wählten am Ende wieder nichts Besseres zu tun, als eine neue Protestresolution zu bauen. Diese stellt entschieden das Verrückteste dar, was man sich an Selbstironisierung vorstellen kann. Deshalb verdient dieses Angstprodukt hier wiedergegeben zu werden:

„Die Konferenz erblüht in den sogenannten gelben Gewerkschaften eine große Gefahr für die evangelischen Arbeitervereine. Die Tatsache, daß die katholische Arbeiterschaft in ihren konfessionellen Vereinen straffe, zentralisierte, unter geistlicher Leitung stehende Organisationen habe und ferner die Tatsache, daß diese Vereine auf ihren Delegiertentagen sich scharf gegen die „Gelben“ ausgesprochen und die Mitgliedschaft bei diesen unter Ausschluss aus den eigenen Vereinen gestellt haben, ergibt, daß die katholischen Arbeitervereine kein Rekrutierungsobjekt für die „Gelben“ sein können und daß dadurch die evangelischen Arbeitervereine als Agitationsgebiet angesehen werden müssen.

Abgesehen von der Tatsache, daß die evangelischen Arbeitervereine schon jahrzehntelang programmatisch sich als Ziel daselbst gesetzt haben, was die Werkvereine angeblich wollen, müssen bei der heutigen Lage innerhalb unserer Arbeitervereine durch die gelbe Werbearbeit Reibungen und Verstimnungen schlimmster Art entstehen. Die „Gelben“ entsprechen weder einem wirklich vorhandenen Bedürfnis der Arbeiter, noch sind sie nach ihren Grundsätzen fähig, eine wirkliche Arbeiterinteressenvertretung zu sein.

Die gelbe Bewegung erzieht den Arbeiter nicht zum selbstbewußten Menschen, der sich seiner Pflicht und seines Rechtes bewußt ist. Im Gegenteil bedeutet sie die Züchtung von Charakterlosigkeit und zucht Arbeiteruntugenden (Schmaroberium) schlimmster Form.

Ferner erblüht wir in der gelben Bewegung eine sehr ernste Gefahr für die nationalliberale Partei. Eine Arbeiterschaft, welche unter Verzichtleistung einer natürlichen Rechtsstellung grundsätzlich jeden Kampf bewirkt, kann als überzeugte kämpferischer politischer nicht in Frage kommen. Unser nationalliberales Bürgertum wird durch die tiefen politischen Absichten der gelben Hintermänner nach links, dem radikalen Rechtswasser, zugebrängt. Die Folge davon ist die schließliche Bedeutungslosigkeit der Partei im Gegensatz zu der scharfen Konkurrenz des Zentrums und der Sozialdemokratie. Unserer evangelischen Arbeiterschaft kann nur der Anschluß an die christlichen und nationalen Gewerkschaften dringend empfohlen werden.“

Fast möchte man meinen, die guten Leuten wären das Opfer eines Witzboldes geworden, denn jeder Satz der Resolution paßt auf die evangelischen Arbeitervereiner, als ob sie bestimmt wäre, diese zu perffizieren. Den vollendeten Blödsinn leistet sich die Resolution mit dem Satz, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, daß das nationalliberale Bürgertum durch die politischen Absichten der gelben Hintermänner dem linksliberalen Fahrwasser zugebrängt würde.

Und diese selben Leute empfehlen den Beitritt zu den christlichen Streikbruchgewerkschaften, durch die das Zentrum gefährdet wird. Dieselben Leute auch sind für die Wahl des Reichstagsabgeordneten Sedmann eingetreten, der auf ein gelbes Wahlprogramm gewählt worden ist.

Die Angst vor den gelben Werkvereinen muß den gelben evangelischen Arbeitervereineren bereits alle Besinnung geraubt haben. Sie werden sich damit abfinden müssen, daß ihre Zeit vorüber ist. Die gelben Werkvereine entsprechen aber den Wünschen und Interessen der Werkherren besser als die evangelischen Arbeitervereine. Deshalb ist es auch um die mohlvollende Unterstützung und Gönnerschaft geschehen, deren sie sich so lange durch die Werksgewaltigen zu erfreuen hatten.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik bei der Firma Johannes Gerold

Die Firma hat bisher erklärt, sie habe von dem Bestehen der gelben Organisation im Betriebe keine Kenntnis und bezorgue dieselbe nicht. Demgegenüber erscheint es eigentümlich, daß sich Arbeitsträfte in größerer Zahl vom „Bund deutscher Werkvereine, Kartell Berlin“ (Gelber Arbeitsbund), Holzmarktstr. 50d, bei der Firma melden und auch engagiert werden. Die sich meldenden Arbeitswilligen sind junge Leute von 18—20 Jahren und werden mit 20 M. Wochenlohn eingestellt. Den sich meldenden Arbeitswilligen wurde bedeutet, daß sie Mitglieder des Betriebsvereins „Zufriedenheit“ werden müssen, wo sie bei 25 Pf. Wochenbeitrag in Krankheitsfällen nach 12wöchentlicher Mitgliedschaft auch Krankengeld erhalten würden. Einige Arbeiterinnen haben sich schon im Streiklokal gemeldet und erklärt, daß sie die Schande, Streikbrecherinnen zu sein, nicht auf sich ruhen lassen und sich den Streikenden ebenfalls anschließen wollen. Verschiedene große Betriebe haben der Firma ihre Kundschaft gekündigt und ihre Bestellungen zurückgezogen.

In der Färberei und Chemisch-Wäscherei Max Bloch, Brunnenstraße 73, legten am 24. d. M. 35 Plätterinnen die Arbeit nieder. Der Grund war, daß sie neue Kleider für 20 Pf. das Stück plätten sollten; der bisherige Lohn war 35 Pf. Pro Stück wurde also ein Lohnzuwachs von 15 Pf. vorgenommen. Da sich der Inhaber Bloch nicht bewegen ließ, trotz aller Verhandlung von dieser ungerechten Zumutung zurückzugehen, kam es zum Ausstand. Es blieb nicht eine Plätterin im Betriebe. Die Plätterinnen mögen vorläufig diesen Betrieb meiden. Die Branchenleitung.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In A 11 n. A. B. erhielten Stimmen: Freie Vereinigung 1498, Vereinigte Frauenorganisationen 974, Deutschnationale 930, Werkmeisterverband 820, Katholisch-kauimännische Vereinigung 668, Versicherungsbeamte 450, Leipziger Verband 421, 58er Verband 238, Preisdarlehensverein 229. Die Freie Vereinigung erhielt zwei Vertrauensmänner, sowie einen ersten und zwei zweite Ersatzmänner. Bei der Arbeitgeberwahl wurde ein Vertreter des Gewerkschaftsvereins gewählt.

Im hessischen Bezirk Friedberg-Wilbel wurden von der Liste der vereinigten nationalen Risikomasch fünf, und von der Liste der Freien Vereinigung vier Vertreter (neun waren im ganzen zu wählen) gewählt, darunter zwei Sozialdemokraten, nämlich der Wertmeister Armburst und der Landtagsabgeordnete Dufold.

Streik der Drahtspinner in Hannover und Hildesheim.

Wie an dieser Stelle schon gemeldet, haben am 16. und 17. Oktober die Drahtspinner bei der Firma V. Gentschel in Hannover die Arbeit eingestellt wegen horrenden Reduzierung der Affordpreise infolge Einführung einer Keuerung an den Arbeitsmaschinen. Obgleich die Arbeiter sich klar waren, daß sie bei den reduzierten Preisen nichts verdienen konnten, erboten sie sich, den reduzierten Preis zu arbeiten. In 4½ Tagen erzielten die an den geänderten Maschinen beschäftigten Spinner Verdienste von 21,28 M., 16,64 M. und 13,36 M. Von diesen Summen sollten auch noch

die Arbeitsburschen bezahlt werden. Da nun angebotene Verhandlungen nicht zu einem Resultat führten, erfolgte die Arbeitseinstellung. Es wäre nun billigerweise zu erwarten gewesen, daß den Spinneern für die geleistete Arbeit der im Tarif festgesetzte Mindestlohn mit 47 Pf. pro Stunde bezahlt worden wäre. Aber weit gefehlt. Die Firma genierte sich nicht, den Leuten von dem geringen Verdienst auch noch den Lohn für die Arbeitsburschen in Abzug zu bringen. Es erhielten die drei zuerst in Frage kommenden Spinner am Lohnstage ausbezahlt für 4½ Tage Arbeitsleistung nach Abzug der Verdienstebeiträge 12,08 M., 9,43 M. und 0,06 M., also sechs Pfennig! Zu beachten ist dabei, daß es sich um lange Jahre in der Branche tätige, gut eingearbeitete Leute handelt. Mit der Auszahlung des Lohnes am letzten Zahlungstag erhielten sämtliche Spinner in Hannover die Papiere ausgehändigt.

Die Firma Gentschel hatte große Hoffnungen auf die in dem Hildesheimer Zweigbetrieb (in Firma Wolff u. Gahn) beschäftigten Spinner gesetzt. Bisher wurden die Arbeiter in den beiden Betrieben bei Affordabzügen immer gegenseitig aufgespielt. Dies ist anders geworden, seitdem die Hildesheimer Spinner vollständig der Organisation beigetreten sind. Nach erfolgter Arbeitseinstellung in Hannover wurde sofort ein Teil der Arbeiter nach dem Hildesheimer Betrieb abgegeben. Die dortigen Drahtspinner weigereten sich, diese Arbeiter anzufertigen. Andererseits hatten sie aber auch ein großes Interesse an der Regelung der Differenzen in Hannover, da in Hildesheim ebenfalls die Maschinen geändert und die Preise reduziert werden sollten. Als deshalb die Hildesheimer Drahtspinner am 21. Oktober vorstellig wurden und eine Regelung der Angelegenheit verlangten, dabei aber abgewiesen wurden, stellten sie ebenfalls die Arbeit ein. Es sind damit alle in beiden Betrieben beschäftigt gewesenen Drahtspinner ausständig. Zugunsten der Drahtspinner nach den Firmen Gentschel in Hannover und Wolff u. Gahn in Hildesheim ist unter diesen Umständen streng ferngehalten!

Streik in den Riffenfabriken in Hamburg-Altona.

Die Maschinenarbeiter und Riffenmacher in Hamburg-Altona streiken seit drei Wochen im Ausstande. Die bestreikten Firmen infizieren jetzt in allen bürgerlichen Blättern nach Arbeitswilligen. Auch in der Arbeiterpresse versuchen sie unter Dedakreisen Arbeitswillige für die bestreikten Betriebe anzuwerben. Es werden meistens Hobelmeister usw. gesucht bei sehr hohen Löhnen, die dann den Streikbrecher machen sollen.

Die Riffenmacher werden dringend davor gewarnt, auf derartige Inserate hereinzufallen. In Hamburg-Altona-Wandsbek ist die Arbeitsvermittlung für die Holzindustrie auf neuer Grundlage geregelt. Ohne Benutzung des Radmeißes kann kein organisierter Arbeiter in geregelte Betriebe in Arbeit treten.

Achtstundentag im Frankfurter Elektrizitätswerk.

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschloß, auch im großen Elektrizitätswerk den Dreifachschichtenwechsel (Achtstundentag) einzuführen.

Soziales.

Arzt und Unternehmer.

Dr. Artur Bornstein aus Hamburg teilt im Oktoberheft der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen seine beim Bau eines Elbtunnels in Hamburg während der Jahre 1900 und 1910 an mehr als 800 Einzelkrankungen gewonnenen Erfahrungen über Prellstufkrankheit mit. Die Krankheit tritt bei Arbeitern auf, die unter erhöhtem Luftdruck (unter Wasser) arbeiten müssen und dann schwere Gesundheitschädigungen, selbst den Tod zur Folge haben. Nach Herrn Dr. B. ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Verhütung dieser Krankheit die ärztliche Ueberwachung. Er schreibt: „Während bei niedrigen Druden eine einfache Untersuchung der Arbeiter und gelegentliche Inspektion der Arbeitsstätte durch den Arzt als genügend angesehen werden muß, muß von 1½ Atmosphären Ueberdruck an eine ständige Ueberwachung durch den Arzt gefordert werden. Das wichtigste Postulat, demgegenüber alle anderen von untergeordneter Bedeutung sind, ist die Unabhängigkeit des Arztes vom Unternehmer, sowie Anstellung und Entlassung desselben durch die Aufsichtsbehörde, die sich natürlich die entstehenden Kosten beim Unternehmer einzuziehen hat. Diese Unabhängigkeit fordere ich nicht im Interesse des Arztes — der sich sogar beim Unternehmer pekuniär vielleicht besser stellen würde — als vielmehr im Interesse einer wirklichen, hygienischen Versorgung und Ueberwachung des Bauers. Ein vom Unternehmer abhängiger Arzt wird — es ist menslich — nicht in dem nötigen Maße für die genaue Ausführung der Sicherheitsvorschriften eintritten können, wenn diese Vorschriften dem Interesse seines Brotherrn zuwiderlaufen. . . . Der unabhängige Arzt wird selbst bei laxeren Vorschriften Herr der sanitären Situation bleiben können, während ein abhängiger Arzt die strengsten Vorschriften nicht mit Erfolg wird anwenden können. . . . Ebenso wie der Arzt müssen auch die Gehilfen des Arztes vom Unternehmer unabhängig sein. Ich selbst habe mit Sanitätsgesellen zu arbeiten gehabt, die abhängig waren, und habe erst nach langen Kämpfen die Unabhängigkeit durchsetzen können. Ein Sanitätsgeselle, der jeden Augenblick vom Unternehmer entlassen werden kann, ist natürlich für den Arzt in der Ueberwachung der Sicherheitsvorschriften kein zuverlässiger Mitarbeiter.“

Was hier Herr Dr. Bornstein für einen bemerkenswerten Spezialfall feststellt, gilt allgemein. Ärztliches und anderes Sanitätspersonal im Dienst von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, das von Unternehmern abhängig ist, kann seine hygienischen Aufgaben nicht in vollem Umfang erfüllen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Verhaftung eines ungetreuen Kassenboten.

Bonn, 25. Oktober. (S. V.) Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete gestern den Kassenboten Oskar Stoddingen aus Berlin-Schöneberg, der der Kasse der Reichsbahnfabrik von Dolberg 2400 Mark unterschlagen hatte. Er hatte noch 800 M. in seinem Besitz. In seiner Begleitung befanden sich ein Freund aus Stuttgart und zwei 16. und 18jährige Mädchen, die die beiden aus Köln mitgenommen hatten.

Grubenbrand.

Dortmund, 25. Oktober. (S. V.) Auf der Zeche „Präsident“ des Bochumer Bergwerksvereins brach im Hög Diabant ein Brand aus. Es gelang, das Feuer einzudämmen.

Wahlruhen auf Kuba.

New York, 25. Oktober. (S. V.) In Havana kam es zu blutigen Wahlkämpfen. Es gab 20 Schwerverletzte.

Folgen eines Orkans.

Chessa, 25. Oktober. (S. V.) Hier wütel ein furchtbarer Sturm. Sämtliche Bäume in den hiesigen Parks wurden umgeknickt, über 400 Telegraphenmasten umgestürzt und viele Dächer abgedeckt. Die Stadtbahn mußte den Verkehr einstellen. Die Dampfer nach Cherfon und Nikolajew konnten nicht abfahren.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbül.

Die Fleischteuerung vor dem Dreiklassenhaue.

85. Sitzung. Freitag, den 25. Oktober 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg und Landwirtschaftsminister v. Schorlemer.

Die Wahl des Präsidenten.

Abg. Fehr, v. Jeditz (fl.) schlägt die Wahl des Abg. Graf Schwerin-Löwis (l.) durch Zufall vor.

Sie erfolgt ohne Widerspruch. Abg. Graf Schwerin-Löwis: Ich weiß das durch die Einmütigkeit der eben vollzogenen Wahl mir entgegengebrachte Vertrauen...

Die fleischnot-Interpellationen.

Der Ministerpräsident erklärt sich zu sofortiger Beantwortung bereit.

Die Fragen der Rational Liberalen lauten: a) In welcher Art und mit welchem Erfolge sind die von der Regierung angeführten vorübergehenden Maßregeln...

b) Welche Maßregeln denkt die Regierung im einzelnen zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen, um der Fortdauer oder baldigen Wiederkehr der Fleischteuerung vorzubeugen?

Die Volkspartei fragen: Ist die Regierung bereit mit Rücksicht darauf, daß die bisher getroffenen vorübergehenden Maßnahmen gegen die Fleischteuerung unzulänglich sind...

a) im Bundesrat für weitere Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere für die Abänderung des Fleischbeschaugesetzes...

b) zwecks Steigerung der inländischen Fleischproduktion auf die Vermehrung des mittleren und kleineren bayerischen Viehes durch zweckmäßig und nachdrücklich betriebene innere Kolonisation...

Abg. Schiffer (natl.): Die Regierung konnte angesichts der Dürft der Länderei nicht rüthig bleiben, auch wenn der Bund der Landwirte...

Abg. Schiffer (natl.): Die Regierung konnte angesichts der Dürft der Länderei nicht rüthig bleiben, auch wenn der Bund der Landwirte...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Wir verlangen vor allem erweiterte Zulassung des argentinischen Gefrierfleisches, mit dem in anderen Ländern gute Erfahrungen gemacht worden sind...

Der wärdere Kanzler forcht sich nicht, Sing seines Weges Schritt vor Schritt gegen Sonderinteressen für das Gemeinwohl.

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg: Die außergewöhnliche Höhe der Fleischpreise, von der zahlreiche Existenzen schwer bedrängt werden...

Die außergewöhnliche Höhe der Fleischpreise, von der zahlreiche Existenzen schwer bedrängt werden, hat es der Regierung zur Pflicht gemacht, helfend einzugreifen...

ein neues Postulat des alten fortschrittlichen Programms. Aber wenn Sie das Ziel wollen, müssen Sie auch die Mittel wollen...

Aber wenn Sie das Ziel wollen, müssen Sie auch die Mittel wollen, und wie Sie dieses Ziel erreichen wollen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

Abg. Dr. Wiemer (Op.): Die Landbündler behaupten, unsere Interpellation habe nur den Zweck, das parlamentarische Regime einzuführen...

nicht ohne weiteres vergleichen und soll vor allem aus dem Vergleichen keine zwingenden Schlüsse ziehen, aber das eine werden Sie mir zugeben: Sie kennen die Entwicklung unserer Viehzucht...

Wir haben den Versuch machen müssen, auf anderem Wege in zahlreichen Orten mit ungenügendem Angebot die Fleischzufuhr zu erleichtern...

da ein Massenimport, der das ganze Land erfasst haben würde, nicht ins Auge zu fassen war.

Diese Vorsorge ist jetzt noch viel notwendiger als zur Zeit des Erlasses der Anordnungen, weil der inzwischen ausgebrochene Balkankrieg die Zufuhrmöglichkeiten verringert...

Von der anderen Seite ist der Einwand erhoben worden, die Kommunen seien nicht dazu da, in die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln einzugreifen...

Bei einer akuten Schwierigkeit kommt es meiner Ansicht nach nicht auf Theorien an, sondern auf die Frage, ob die Kommunen imstande sind, durch ein Eingreifen einen Druck auf übermäßig hohe Fleischpreise auszuüben...

Mit der Einfuhr des zugelassenen Fleisches ist sofort begonnen worden. Die Verkaufspreise haben sich, soweit bisher berichtet ist, in allen Fällen unter dem sonstigen Marktpreise für Fleisch gehalten...

warten, daß diese Entwicklung sich sofort in großem Maße geltend macht. Wir werden in dieser Beziehung einige Zeit vergehen lassen müssen. Ich kann aber mitteilen, daß Köln, Bonn, Mülheim, Elft, Wannen, Esser, Elberfeld, Hantsborn, Solingen und andere Städte ein

Herabgehen der allgemeinen Fleischpreise

Infolge der Maßnahmen der Kommunen melden. Ich will hieraus keine großen Schlüsse weder für die Gegenwart, noch für die Zukunft ziehen, denn wir können nicht schon jetzt erwarten, daß sich der Erfolg der Maßregeln unmittelbar zeigt. Ich möchte davor warnen, daß, wie es der Abgeordnete Dr. Wiemer getan hat, und wie es auch von anderer Seite geschieht, schon jetzt das Verdikt abgegeben wird, das, was geschehen sei, hätte keinen Erfolg gehabt. Wir müssen, wie gesagt, zunächst einmal abwarten, welche Erfolge sich ergeben. Ich kann es als einen außerordentlichen Gewinn schon jetzt begrüßen, daß so zahlreiche, gut verwaltete Kommunen so tatkräftig eingegriffen haben, um einer übermäßigen Höhe der Marktpreise entgegen zu treten. Außer den vorübergehenden Maßnahmen haben bereits die Stadtverwaltungen auch dauernde Maßnahmen teils schon getroffen, teils in Aussicht genommen. Es handelt sich dabei beispielsweise um Schweinemästerei im großen. Aus der Presse wissen Sie, daß man in Köln mit diesem Gedanken umgeht, aber auch andere Städte haben ähnliches in Aussicht genommen. Ich rechne weiter dahin folgendes: Mehrere landwirtschaftliche Viehverwertungsvereinigungen, namentlich die Pommerische, haben den großen Städten, wie zum Beispiel Berlin und Stettin, das Angebot gemacht, wöchentlich eine bestimmte Anzahl von Schweinen auf den Markt zu liefern und zwar zu Preisen, welche für die Dauer von fünf Jahren festgesetzt werden. Zu einer Verständigung darüber ist es noch nicht gekommen. Ich gebe zu, daß es sich dabei für die Städte vielleicht um Fragen handelt, die noch nicht nach jeder Richtung geprüft worden sind. Aber ich bin der Ansicht, daß man es sich ernstlich überlegen sollte, ob nicht durch derartige Verbindungen von landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Städten eine wesentliche Verbesserung unseres Fleischmarktes herbeigeführt werden kann. (Beifall.) Es sind auf unserem Fleischmarkt noch eine ganze Anzahl weiterer Maßnahmen zu prüfen. Unsere Fleischpreise, namentlich die Preise für Schweinefleisch, zeichnen sich durch ganz ungewöhnliche Schwankungen seit einigen Jahren aus, Schwankungen, die ihre Erklärung nicht finden in den natürlichen Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage, in den Schwankungen der Kosten der Produktion in den einzelnen Landesteilen. Ich glaube, daß diese Schwankungen noch darüber hinausgehen und daher kommen die sich immer wiederholenden Klagen über unnatürliche Spannungen zwischen Vieh- und Fleischpreisen. Man führt zum Teil diese Erscheinungen mit zurück auf die Kredit- und Abhängigkeitsverhältnisse, welche sich namentlich auf den großen Märkten zwischen den am Geschäft beteiligten Personen, zwischen Kommissionären, Händlern und Fleischern ergeben. Ich halte es für erforderlich, daß diesen Fragen, über die seit Jahren gesprochen und geschrieben wird, daß man versucht, diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Es wird zu diesem Zweck in kurzer Zeit im Reichsamt des Innern eine Kommission zusammengetreten, in der alle Beteiligten vertreten sein werden. (Beifall.) Ich hoffe, daß die Arbeit dieser Kommission manches aufhellen und dadurch Rügen in die Belantheit bringen wird. Ich komme nunmehr zu den Maßregeln, mit denen die Regierung die Viehzucht fördern soll. Die fortwährende Interpellation fordert in dieser Beziehung die Aufhebung der Futtermittelzölle. Auch das ist eine Reichsangelegenheit, und ich muß daher davon Abstand nehmen, mich dazu in extenso zu äußern. Ich kann um so mehr darauf verzichten, als ich meine Stellung zur Frage der Suspension und Aufhebung wiederholt im Reichstage und noch vor einem Jahre dargelegt habe. Ich habe mich bei all diesen Gelegenheiten als

ein Gegner der Zollsuspenditionen

und der Aufhebung der Futtermittelzölle bezeichnet. Das habe ich auch im vorigen Jahre getan, zu einer Zeit, wo wir belantheit unter einem Futtermittelmangel für das Vieh litten. Heute stehen wir glücklicherweise einer reichen Futtermittelernie gegenüber, und außer den gewonnenen Futtermitteln ist ja leider manches sonstige Getreide so schlecht geerntet worden, daß es nicht mehr eine verkaufsfähige Ware vorstellt, sondern verfüttert werden muß. Also wir befinden uns in dieser Beziehung heute jedenfalls in einer sehr viel günstigeren Position wie im vorigen Jahre. Deshalb sind die prinzipiellen Bedenken, welche ich gegen jede Herabsetzung der Zölle habe, heute noch sehr viel stärker als im vorigen Jahre. Ich möchte mich unter dem Vorbehalt, daß ich doch wahrscheinlich im Reichstage noch über diese Sachen zu sprechen haben werde, heute auf diese wenigen Worte beschränken. Ich glaube also, daß dies kein Weg ist, welcher geeignet sein würde, unsere Viehzucht weiter zu fördern. Bei der Vergrößerung unseres Viehbestandes spielt die Kultivierung unserer Moore, der Debländereien eine sehr wichtige Rolle. Neue große Futtermengen können unerschöpflich gewonnen werden, wenn wir diese Niedermoores in entsprechender Weise kultivieren. Es sind von solchen Niedermoores bereits etwa 150 000 Hektar, für weitere 300 000 Hektar sind Entwässerungsprojekte fertig oder in Vorbereitung. Wir werden für die Kultivierung solcher Moore sowohl von Staats wie von Provinz wegen noch mit sehr viel größeren Mitteln eingreifen müssen, als es bisher der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!) Wir werden deshalb beträchtliche Erhöhungen der betreffenden Fonds im Etat vorsehen und hoffen auf Ihre Zustimmung. (Bravo!) Für die nötige Aufsicht über diese entwässerten Weiden soll durch eine vermehrte Anstellung von Kreisviehwärtern Sorge getragen werden. Wir werden außerdem um eine nicht unerhebliche Erhöhung fast aller derjenigen Fonds bitten, welche zu einer direkten Unterstützung der Viehzucht bestimmt sind. (Bravo! rechts.) Für eine Hauptaufgabe halte ich auch die Förderung der inneren Kolonisation. (Bravo!) Es ist bekannt und erwiesen, daß für die Reagenproduktion von Schlachtwie die Leistungsfähigkeit des Grundbestandes ungefähr in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Größe steht. Ich habe Ihnen bereits über den Anteil unseres Kleinbestandes an der Schweinezucht die Zahlen angegeben. An der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ist der Kleinbestand meiner Ueberzeugung nach noch lange nicht angelangt. Es ist nur erforderlich, daß er sich der Schweinezucht unter gesicherten Verhältnissen widmen kann. (Sehr richtig! rechts.) Und daß ihm keine übermächtige, überseelische Konkurrenz entgegensteht. (Sehr richtig!) Geschähe das, so würde der Anreiz, die Viehzucht zu vergrößern, schwinden. Vermehren wir unseren Kleinbestand, so bin ich überzeugt, wird sich auch der Umfang der Fleischproduktion in stark aufsteigender Kurve entwickeln. Die Hauptfrage ist die Beschaffung des nötigen Landes. Zu diesem Zweck werden wir zunächst etwa 12 Millionen Mark von Ihnen erbitten, die uns in den Stand setzen sollen, die staatlichen Hochmoore in Ostpreußen, die etwa 16 000 Hektar umfassen, urbar zu machen. Wir werden außerdem geeignete Domänen reichlicher als bisher den Siedelungsgesellschaften für die Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung stellen. (Bravo!) Außer den Domänen, welche der Ansetzungscommission überwiesen worden sind, sind im Jahre 1912 rund 4000 Hektar Domänialland zur Versteigerung verkauft worden. Aber wie gesagt, ich bin überzeugt, daß wir in dieser Beziehung mehr tun müssen, als wir bisher getan haben. (Sehr richtig!) Namentlich in denjenigen Bundesstaaten, wo der kleine und mittlere Besitz schwach vertreten ist. Wir beschäftigen ferner, den bestehenden Siedelungsgesellschaften den Landkauf dadurch zu erleichtern, daß wir ihr Stammkapital durch Uebernahme größerer Staatsanteile vermehren. Wir wollen weiter für den Zwischenkauf in der Zeit zwischen dem Ankauf des Landes und seiner Versteigerung stärker sorgen als bisher. Es wird sich ferner empfehlen, daß die Versteigerung neu zu bildender Rentengüter bis zu $\frac{1}{10}$ gestattet wird und daß Schwierigkeiten beseitigt werden,

welche sich dem Abverkauf bestellungsfähiger Güter aus der Hypothekbelastung entgegenstellen. Wir werden Ihnen in all diesen Beziehungen demnächst Vorlagen machen, und ich hoffe, daß Sie diese Vorlagen annehmen werden. Den bestehenden Kolonisationsgesellschaften beabsichtigen wir eine neue in Schlesien hinzuzufügen. Sie ergeben daraus, wir wollen das bestehende System für unsere innere Kolonisation stärken und verbessern. Ich halte das für zweckmäßiger, als wenn wir etwa mit dem Projekt der Gründung einer neuen staatlichen Ansetzungsbehörde an Sie herantreten wollten, die wir vielleicht mit einer großen Summe nach außen hin ausstatten und die dann à tout prix kolonisieren soll. Einem solchen Projekt würde entgegenstehen, daß wir damit den Grundbesitz noch mehr mobilisieren, als er bisher leider schon ist und die Grundrente in ungeländer Weise steigen würden, und daß es wahrscheinlich sehr schwer sein würde, auf diesem Wege leistungsfähige Ansetzler zu schaffen, und darauf kommt es doch an, daß sie unter wirtschaftlich geländen Bedingungen nicht zu teuer arbeiten. Wir scheitern auch, daß sich unser bisheriges System der inneren Kolonisation doch nicht so schlecht bewährt hat, wie man das vielfach ausprechen hört. Neben 20 000 Stellen, die die Ansetzungscommission neu geschaffen hat, stehen 15 000, die in den letzten 20 Jahren unter Mitwirkung der Generalcommissionen zustande gekommen sind. Durch die Siedelungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, von denen die letztere noch ganz jung ist, wurden 1911 rund 600 Stellen neu gegründet. Daneben geht die ohne behördliche Mitwirkung erfolgende private Kolonisation. Ich erwarte mit Bestimmtheit, daß die Tätigkeit der Ansetzungscommission mit den Maßnahmen, von denen ich sprach, und die zum größten Teil von den in den Siedelungsgesellschaften selbst tätigen Personen angeleitet worden sind, eine bessere und umfangreichere sein wird als bisher. Die Siedelungsgesellschaften können und müssen im Laufe der Zeit dahin kommen, ihre Tätigkeit, ich will einmal sagen, in jedem Jahre zu verdreifachen. Geht das, dann werden wir in der Zeit eines Menschenlebens — es handelt sich um eine Frage, die nicht in einem Tage gelöst werden kann — doch zu Resultaten kommen, die sich sehen lassen können.

Anlaß zu diesen Bemerkungen über die innere Kolonisation gab die Frage der Vermehrung der Fleischversorgung. Die große Bedeutung der inneren Kolonisation reicht aber weit darüber hinaus. (Sehr richtig!) Wir stehen einer starken Abwanderung der Bevölkerung vom platten Lande gegenüber, einem Stillstand, ja Rückgang vieler kleiner Landstädte und einer Zusammenpressung großer und immer größerer Menschenmassen in großen Städten. Diese neue Völkerveränderung, die sich in der Verschiebung unserer Bevölkerung vollzieht, bringt Umwälzungen mit sich, die man verstanden sein könnte, als von elementarer Natur zu bezeichnen. Physisch und moralisch, wirtschaftlich und sozial wandeln sich Volkstypus und Struktur des Volkstums. Man sagt mit Recht, daß ein Staat abwärts, der nicht immer wieder auf neue aus seinem Volkstum sich verjüngen kann. (Sehr richtig!) Unsere stark wachsende, vielfach allein auf den Auslandsexport angewiesene Industrie bedarf mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern eines Gegengewichts in einer kräftigen, fest fundierten und vom Ausland möglichst unabhängigen Arbeiterbevölkerung. (Sehr richtig!) In den Großstädten zwingt die Menschenmassierung zu kolonialisatorischer Wohnpolitik in den Bezirken der Städte und ihrer Vororte. Für den Gesamtstaat erwächst die Aufgabe, der Abwanderung vom Lande und dem Auffaugungsprozeß, der von den großen Städten ausgeht, mit allen Mitteln ein Paroli zu bieten. (Sehr gut!) Bei den Nationalliberalen ein Paroli zu bieten. (Sehr gut!) (Soz.): Paroli ist gut! und rechts. — Zuruf des Abg. Ströbel (Soz.): Paroli ist gut! Entzignen! Dieses Problem hängt eng zusammen mit der Grundbesitzverteilung. (Sehr gut! links.) Das ist, wie ich glaube, durch die Vorlegungen namentlich des Professors Sering unwiderleglich nachgewiesen. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag hat sich als besonders stark dort gezeigt, wo der Grundbesitz eine absolut vorherrschende Stellung hat.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wollen wir die Landbevölkerung stärken, so können wir es nur durch eine Verstärkung und Vermehrung unserer Bauernstellen. (Erneute lebhafte Zustimmung und Beifall links.) Diese Aufgabe steht hoch über allen parteipolitischen Gegensätzen. (Sehr richtig!) Wer innere Kolonisation treiben will, weil ihm der Stand des Großgrundbesitzes politisch zuwider ist, und ihn am liebsten ausrotten möchte, der denkt unhistorisch, der würde unserer Landwirtschaft und unserem Staat nur Verderben und Uebel zufügen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Gratzlich sagt er einer Utopie nach. Worauf es ankommt, ist die Mischung des großen, des mittleren und des Kleinbetriebes. (Sehr richtig!) Sie kommen alle dem Grundbesitz zugute. (Sehr richtig!)

Es ist unmöglich, im Rahmen der heutigen Debatte das Problem der inneren Kolonisation in seinen Hauptzügen oder auch nur andeutungsweise zu behandeln. Aber wir stehen vor einer Aufgabe, an der der Staat mit allen seinen Beamten und an der alle Parteien freudig und tatkräftig mitarbeiten sollen. Friedrich der Große hat gesagt: „Menschen erachte ich für den größten Reichtum“. Und wie er diesen Satz verwirklichen wollte, hat er durch seine großartige kolonialisatorische Tätigkeit gezeigt. Aus dem feindlichen Preußen mit seinen 6 Millionen Einwohnern ist ein Staat mit 40 Millionen Einwohnern geworden. Sorgen wir dafür, daß immer zahlreichere Generationen in diesem Staat mit dem heimischen Boden fest verankert werden; damit werden wir unseren Staat gesund und stark erhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen, dem Zentrum und rechts.)

Das Haus beschließt einstimmig die Besprechung der Interpellation.

Dr. v. Heydebrand (L.): Vom Standpunkt des Konsumenten aus muß ich betonen, daß die gegenwärtige Fleischsteuerung nicht unerheblich höher ist, als durch die Steigerung der Preise anderer Produkte gerechtfertigt werden könnte. (Hört, hört!) Wir haben es in der Tat mit einer Kalamität zu tun, die weite Kreise der Bevölkerung sehr bedrückt. Wir sind der Regierung dankbar, daß sie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, vorgegangen ist. Ich bin erstauut, daß seitens der Kommunen die Initiativen der Regierung nicht überall bereitwillig entgegengenommen sind, die doch so überaus günstige Erfolge in der Herabminderung des Preises gehabt hat. Auch die Erleichterungen für die Zufuhr des Fleisches und Viebs dürfen wir. Aber die Regierung hat noch nicht alles getan. Sie hätte aufklärend und belehrend auf die Bevölkerung wirken müssen. (Weiter links.) Wir haben bei der Finanzreform gesehen, wozu es führt, wenn diese Aufklärung unterlassen wird.

Bei den Reichstagswahlen haben wir ja die Quittung bekommen.

(Abg. Hoffmann (Soz.): Es schmerzt immer noch! — Heiterkeit.) Die amtliche Feststellung der Lebensmittelpreise würde den inneren Markt wirksam beeinflussen können. — Unsere Landwirtschaft liefert so viel Vieh und Fleisch, daß das Angebot nur um wenige Prozent hinter dem Konsum zurückbleibt. Der Fehler ist nur, daß das Fleisch nicht in die richtigen Bahnen geleitet wird. Für die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er an unserer Politik der Schutzzölle nicht rütteln lassen wird, bin ich ihm aufrichtig dankbar im Interesse der Landwirtschaft. Versuche unserer Militärverwaltung, Anfangs der 90er Jahre mit Gefleischfleisch sind gescheitert. Auch gehört zu seiner Einführung und Verarbeitung erhebliches Kapital. Wir machen also unsere Volksernährung nicht nur abhängig vom Auslande, sondern auch von dem Großkapital. Für die innere Kolonisation sind auch wir, aber sie nützt gar nichts, wenn nicht gleichzeitig ein ausreichender Viehschlag da ist. Wenn Sie diesen Schutz lähmen, treiben Sie die kleinen Landwirte nur in das Proletariat. (Sehr richtig! rechts.) Die Verlorung unseres Volkes mit geländen, ausreichenden, vom Auslande unabhängigen Nahrungsmitteln ist eine nationale Frage ersten Ranges. So bauerlich die jetzige Kalamität ist, sie wird doch die Erkenntnis fördern und Wege weisen, um vorzubeugen, daß ähnliche Verhältnisse nicht wieder vorkommen. So wird auch die jetzige Zeit, die

wir alle beklagen, am letzten Ende hoffentlich dem preussischen Volk zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Herold (Z.): Wir sollten in solchen Zeiten der Teuerung nicht immer nach dem Ausland rufen, sondern unser Ziel muß sein, unsere einheimische Produktion so zu fördern, daß wir vom Auslande unabhängig werden. Für die Fleischversorgung ist die Hauptfrage die Stärkung des kleinen Besitzes. Allein durch die Kultivierung der Moore könnten jährlich 10 000 Doppelzentner Fleisch produziert werden. Das Fleisch beschaffen zu wollen wir nicht abändern. Das Vorgehen der Städte ist erfreulich. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung praktische Mittel angewandt hat. Ob alle vorteilhaft sind, muß man abwarten. Wir hoffen, daß wieder normale Zeiten kommen. Dazu müssen alle Parteien helfen. Man sollte solche Notstände nicht politisch ausnützen. Das deutsche Volk hat große Probleme gelöst. Es wird auch mit dem Teuerungproblem fertig werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Engelbrecht (Z.): Wir erkennen einen Notstand an, haben aber nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten das Vertrauen, daß die Teuerung nur vorübergehend sein wird. Entscheidend ist, daß sich auch die Regierung klar gegen eine Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ausgesprochen hat.

Abg. Korsantj (Vole): Man spricht von innerer Kolonisation, dabei vernichtet man unseren Bauernstand in Ostpreußen, man treibt unsere Leute von der Scholle. Der Landwirtschaftsminister sorgt mit seiner Zustimmung zur Entzignung dafür, daß künstlich Sozialdemokraten geschaffen werden. Die innere Kolonisation wird von der Weichheit dieses Hauses und von der Regierung zu politischen Zwecken mißbraucht. (Anruhe rechts.) Konservativere Leute treten das Privateigentum mit Füßen. (Lachen rechts.) Auch in den Ostmarken machen sich die Junker breit. Im Kreise Raitowij besigen der Herr von Ziele-Windler und der Fürst Dendel-Donnersmark zusammen allein 5000 Hektar. Das sind die geeigneten Objekte zur Entzignung. Ueber die Schande ihres Entzignungsgesetzes wird unsere Bevölkerung mit Abscheu hinweggeführt. (Anruhe rechts, Vizepräsident Dr. Porck ruft den Redner zur Ordnung.)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Man hat der Regierung vorgeworfen, sie hätte rechtzeitig für Verhinderung der Bevölkerung Sorge getragen. Aber wo soll die Regierung aufpassen. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist es geschrieben. Wer das gelesen hat, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Im übrigen steht die Presse in der Dienste einer bestimmten Anschauung. Der Regierung ist es nicht möglich, selbst durch die Kreisblätter beruhigend zu wirken. Aufklärung haben wir soweit wir konnten, aber sollten wir etwa zu Publikationen an den Aushäulen greifen. (Heiterkeit.) Durch die Maßnahmen der Regierung ist an den gesetzlichen Bestimmungen nichts geändert, auch nichts durch Interpellationen. Es handelt sich nur um Abänderungen veterinärpolizeilicher Vorschriften über die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande. Die Hauptfrage war, rasch zu helfen durch Zulassung von Ausnahmen, die erstens nur vorübergehend sein sollten und zweitens nur unter bestimmten Bedingungen eintreten. Holland ist vollständig kausentfrei.

Die Tätigkeit der Kommunen ist sehr dankenswert. Ich hoffe, die Städte werden in weiterer Vereinbarung mit den landwirtschaftlichen Abgabengesellschaften dauernd auf die Preisbildung an den größeren Märkten einwirken.

Von einer allgemeinen Notlage kann man nicht sprechen, denn wir haben reichliche Vorräte an Gemüse und Kartoffeln,

deren Preise so günstig sind, wie wir sie lange nicht gehabt haben. Leider verstehen viele Frauen nicht die Zubereitung dieser Nahrungsmittel und werfen sich lebendig aus diesem Grunde auf die Zubereitung des Fleisches, und dann gibt es

Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch.

Auch eine Förderung der Kaninchenzucht würde dem Fleischmangel vorbeugen. In Paris werden jährlich 800 000, in London 500 000 Kaninchen bezogen. — Auf die Ausführungen des Abg. Korsantj werde ich bei der Interpellation über das Entzignungsgesetz eingehen. Jedenfalls hat er mit seinen Ubertreibungen seiner Sache nicht gedient. (Beifall.)

Die weitere Besprechung wird auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. Auf eine Anfrage des Abg. Viehnecht erklärt Präsident Graf Schwerin-Löwisch, daß er die Petitionen der Justizunterbeamten bei der Tagesordnung des Montag vorschlagen werde. Schluß 5 Uhr.

Eine fortgesetzte Verammlung — oder eine neue?

Verbandsrechtliches.

Gegen das Reichsvereinsgesetz sollen unsere im sechsten Berliner Reichstagswahlkreis tätigen Genossen Alfred Baerich und Johann Ruffow verstoßen haben, als Leiter von zwei Protestverfassungen, die in ganz Berlin nach dem im preussischen Landtag gegen unsere Abgeordneten Vorhardt und Leinert verübten Gewaltakt einberufen wurden. Wegen des überaus großen Andranges der Versammlungsbesucher, von denen Tausende keinen Zutritt mehr zu den rasch gefüllten Sälen finden konnten und draußen warten mußten, sahen im „Stadtheater Roabit“ Genosse Baerich und in den „Pharusälen“ Genosse Ruffow sich gezwungen, die Versammlungen in Nebenräumen fortzusetzen, damit alle Erschienenen daran teilnehmen könnten. Baerich setzte die im Saal begonnene Versammlung mit demselben Bureau und demselben Referenten im dicht besetzten Garten fort, wozu auch der überwachende Polizeileutnant folgte. Ebenso ging Ruffow zur Fortsetzung der im großen Saal begonnenen Versammlung mit dem Bureau und dem Referenten in einen von Versammlungsteilnehmern gefüllten anderen Saal und dann auch noch in den gleichfalls gefüllten Garten, immer begleitet von dem überwachenden Polizeileutnant. Daß die Versammlungsleiter nicht für die Fortsetzung der nur verlegten Versammlungen noch die Erfüllung besonderer Formalitäten für nötig gehalten hatten, wurde hinterher von der Polizei als Verstoß gegen Bestimmungen des Vereinsgesetzes ausgeführt. Sie meinte, Baerich hätte für die angeblich neue, im Garten abgehaltene Versammlung eine Genehmigung einholen müssen, wie sie für Versammlungen unter freiem Himmel erforderlich ist. Auch Ruffow habe die Pflicht gehabt, für die angeblich neuen Versammlungen zuvor noch die Polizei zu bemühen, für die Versammlung im zweiten Saal durch eine Anmeldung, für die im Garten durch Ersuchen um Genehmigung. Die Staatsanwaltschaft war derselben Meinung und erhob Anklage gegen Baerich und Ruffow.

Nachdem vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 137) in einem früheren Termin wegen Ausbleibens der beiden als Zeuge geladenen Polizeileutnants die Sache verlagt worden war, kam es gestern zur Entscheidung. Die Verhandlung drehte sich um die Frage, ob die Veranstaltungen in den Nebenräumen nur als Versammlungsfortsetzungen oder als neue Versammlungen anzusehen seien. In der Beweiserhebung wurden über den Sachverhalt vernommen, die beiden Referenten, Landtagsabgeordneter Genosse Viehnecht für die „Pharusäle“ und Landtagsabgeordneter Genosse Pirsch für „Stadtheater Roabit“, sowie mehrere an der Leitung der Versammlungen beteiligte Personen, für die „Pharusäle“ die Genossen Steffler und Olawe und für „Stadtheater Roabit“ Genosse Brühlh. Keiner wachte davon, daß die Versammlungen schon in den Hauptsälen wirklich geschlossen worden seien, und es hatte auch

nemant diese Absicht gehabt. Festgestellt wurde, daß man kurz vor Eröffnung der Versammlungen sich sogar noch mit der Polizei — teils mit den zur Überwachung kommandierten Leutnants, teils auch mit den Beamten des zuständigen Reviers. — in Verbindung gesetzt hatte, um ganz sicher zu sein, daß gegen eine Verlegung der Versammlungen nichts eingewendet werden würde. Die Auskünfte lauteten zustimmend. Die beiden Polizeileutnants, die gleichfalls vernommen wurden, haben den Eindruck gehabt, daß die Versammlungen in den Hauptzügen zu Ende gelangt seien und neue Versammlungen gefolgt seien, während die Teilnehmer der ersten Versammlungen in ihren Sälen blieben.

Der Staatsanwalt hielt nach den Aussagen der Polizeileutnants für erwiesen, daß in beiden Lokalen die Versammlung zunächst geschlossen und dann neue Versammlungen abgehalten worden seien. Die Sache sei von prinzipieller Bedeutung. Auf die Höhe der Strafe komme es nicht an, aber Strafe müsse sein. 3 Mark Geldstrafe seien ausreichend.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, forderte Freisprechung. Er führte aus, daß tatsächlich nur von Fortsetzung einer verlegten Versammlung die Rede sein könne. Zur Verlegung sei keineswegs erforderlich, daß sämtliche Teilnehmer mitgehen. Entscheidend sei, daß das Bureau und der Referent sich in den anderen Raum begeben. Bei der Verlegung des Reichsvereinsgesetzes sei in der Reichstagskommission ausdrücklich auf den oft vorkommenden Fall Bezug genommen worden, daß nach Fällung eines Beschlusses die übrigen Versammlungsteilnehmer im anschließenden Garten bleiben. Die Verlegung einer Versammlung sei gerade deswegen zugelassen worden, um ein Verfahren, wie es in den hier vorliegenden Fällen geübt worden sei, zu ermöglichen. Falsch sei es, schon im Saal die Versammlung zu schließen, denn dann handle es sich um keine Verlegung mehr. Aber gerade das sei von den Angeklagten mit Bedacht vermieden worden, weil sie sich doch vergewissern wollten, daß sie so nicht verfahren dürften. Für den Schluß einer Versammlung sei nicht die Annahme einer Resolution erforderlich, die ja nicht immer das Ende zu bedeuten brauche. Der Schluß erfolge mit der offiziellen Erklärung: „Ich schließe die Versammlung“, an die auch das Vereinsgesetz ganz bestimmte Folgen geknüpft habe. Zweifelloso bestünde zwischen den auf demselben Grundstück befindlichen Sälen und dem Garten ein enger Zusammenhang. Bezüglich der „Pharusfäke“ stellte der Verteidiger sich auf den Standpunkt, daß sämtliche Säle des Lokals für die angezeigte Versammlung benutzt werden könnten, weil kein bestimmter genannt war.

Bei der Verurteilung des

Urteils

hob der Vorsitzende hervor, auch er müsse die Sache als prinzipiell wichtig bezeichnen. Das Gericht hatte den Sachverhalt dahin beurteilt, daß in allen Fällen eine neue Versammlung anzunehmen sei. Ruffow müsse bezüglich der Versammlung in dem zweiten Saal von der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen werden, weil die Versammlungsanzeige nicht vom „Pharusaal“, sondern von den „Pharusfäken“ gesprochen habe. Da sei eine Mehrheit von Verurteilungen anzunehmen gewesen, so daß im Zweifelsfall die Polizei fragen konnte, welcher Saal gemeint war. Anders aber liege die Sache für Ruffow wie für Paersch bezüglich der Versammlungen in dem Garten; hier sei ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz erwiesen, und es müsse daher Verurteilung erfolgen. Die durch das Vereinsgesetz zugelassene Verlegung einer begonnenen Versammlung sei voraus, daß nicht in dem anfänglich benutzten Raum schon Schluß der Versammlung erfolgt sei. Für den Schluß der Versammlung seien keine Formalitäten vorgesehen, daher müsse man diesen Begriff logisch dahin auslegen, daß Schluß eintrete, wenn der Zweck der Versammlung erreicht sei. In den beiden hier vorliegenden Fällen sei mit der Verlegung der Rede der Zweck der Versammlung — nämlich die Erörterung der Angelegenheit, die zur Einberufung den Anlaß gegeben habe — erreicht gewesen. Nachher habe ja auch der Referent nicht seine Rede fortgesetzt, sondern dieselbe in abgefügter oder etwas geänderter Form wiederholt. Eine Resolution könne vielleicht formeller Schluß sein, aber nötig sei eine solche nicht, um den Schluß herbeizuführen. Die bereits beendete Versammlung habe nicht mehr verlegt werden können. Was darauf gefolgt sei, müsse als neue Versammlung angesehen werden. Die Angeklagten seien zu bestrafen, 3 Mark Geldstrafe seien ausreichend.

Aus der Partei.

Kommunalwahltag.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen eroberte die Sozialdemokratie 5 von 7 Mandaten.

Eine Niederlage des Zentrums.

In dem Arbeiterdorf Gleuel bei Köln, das bisher unbestrittene Domäne des Zentrums war, mußten für sechs erledigte Gemeinderatsposten die Nachwahlen vorgenommen werden. Sämtliche sechs Sitze hatten sich im Besitze des Zentrums befunden. Die Kommunalverwaltung des Zentrums hatte aber sogar im Bürgerum eine lebhaftere Opposition gegen die schwarze Partei entfacht, die zur Aufstellung von Zentrumsgegnern geführt hatte. Die Sozialdemokraten hatten in der zweiten und dritten Klasse Kandidaten aufgestellt. Die Wahl endete mit einer völligen Niederlage des Zentrums. Die schwarzen Herrschaften brachten keinen einzigen ihrer Kandidaten durch. In der dritten Klasse folgten unsere Genossen Hambloch und Klein mit erheblicher Mehrheit. In der zweiten und ersten Klasse wurden die Kandidaten der Zentrumsopposition mit bedeutender Stimmenmehrheit gewählt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie erhielten auch in der zweiten Abteilung Stimmen, und zwar 10 und 11.

Ein Bürgermeister mit Grundrissen.

In Krossen (Oder) sollte eine Versammlung gegen die Steuerung stattfinden, die in einem Orte, wo die Arbeiterchaft unter den denkbar schlechtesten Wohnverhältnissen dahingehieren muß, für die Bevölkerung von doppelter Bedeutung war. Aber der Stadigewaltige, der von der Not des Volkes und von politischer Gleichberechtigung eigenartige Vorstellungen zu haben scheint, hatte es anders beschlossen. Das Gesicht um Ueberlassung eines Platzes, auf dem die Versammlung ohne jede Hinderung des Verkehrs vor sich gehen konnte, hat der Cato von Krossen mit folgendem Ullas beantwortet:

Krossen (Oder), am 24. Oktober 1912.

Der Bürgermeister,
(Stadtwappen.)
No. 1. 4008.

Auf Ihr Besuch vom 19. ds. Mts. erwidere ich Ihnen, daß die Versammlung auf dem hiesigen Neumarkt nicht stattfinden kann, da ich grundsätzlich städtische Plätze zur Abhaltung von sozialdemokratischen Versammlungen nicht hergebe.

Dr. jur. Strauß.
Herrn Oswald Grauer
Lichtenberg-Berlin, Frankfurter Chaussee 144.

Bemerkt sei hierzu, daß es unseren Genossen in Krossen unmöglich ist, einen Saal zu Versammlungen zu erhalten, was zum Teil auch auf die „Grundrissen“ des Herrn Bürgermeisters zurückzuführen ist. Der Herr wird mit der Zeit aber merken, daß sein „grundrissliches“ Stadtrigement den „Geist der Rebellion“ nicht erlösen kann. Die Sozialdemokratie ist mit ganz anderen Leuten fertig geworden, als es das prinzipienstarke Oberhaupt der Kommune Krossen ist.

Russische.

Ein bemerkenswerter Prozeß fand dieser Tage in Jalta (Krim) statt. Der Schriftsteller Sikorski mußte sich vor dem Appellhof wegen der Anschuldigung verantworten, Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu sein und während der Wahlkampagne für die zweite Duma (vor 6 Jahren!) für den sozialdemokratischen Kandidaten agitiert zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur lebenslangen Deportation nach Sibirien!

Während der Telegraph diese ungeheuerliche Nachricht (sie keineswegs vereinzelt dasteht) über ganz Rußland verbreitet, bringen die Zeitungen täglich Dutzende von Mitteilungen über die Aufstellung offizieller sozialdemokratischer Kandidaten, über die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner usw. Welchen Beweises bedarf es noch, um darzutun, daß die Sozialdemokratie, dem angeführten Blutrurteil zum Trotz, sich selbst unter dem Regime des Staatsstreiches nicht aus dem öffentlichen Leben verdrängen läßt? Eben weil sie der Gefahren bewußt ist, der sie ihre einzelnen Mitglieder aussetzt, ist ihre Energie doppelt bewundernswert, mit der sie unter dem Augenschauer der Feinde ausharrt und, Zoll um Zoll vordringend, sich ihr Existenzrecht im öffentlichen Leben verteidigt.

Parteiliteratur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & M. B., erschienen. Das Protokoll umfaßt 558 Seiten. Die Ausgabe auf bestem Papier kostet broschiert 2,50 M., gebunden 3,50 M.; die Vereinskassenausgabe broschiert 1,25 M., gebunden 1,75 M.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das „geistige Eigentum“ des Menschenhändlers.

Am Donnerstag stand vor der Strafkammer Halle der Redakteur des „Volkswort“, Genosse Könen. Dieser hatte im Mai d. J. gelegentlich des Hafenarbeiterstreiks zwei für Streikbrecher angefertigte Arbeitsverträge im „Volkswort“ veröffentlicht, um den Menschenhandel in seiner ganzen Verwerflichkeit zu zeigen. Der angegebliche Verfasser dieser Verträge, Kaufmann und Arbeitsvermittler Adolf Heßberg aus Blankensee betrachtete die Verträge als sein „geistiges Eigentum“ und stellte Strafantrag wegen — Verletzung des Urheberrechts. In einem Begleitschreiben zu den Verträgen war die Vermittlungsfirma Heßberg als erstklassig bezeichnet worden. Die Streikbrecher mußten sich schriftlich verpflichten, die Stellen der Streikenden zu besetzen und erhielten im Falle einer „siegreichen“ Beendigung des Streiks eine Gratifikation.

Genosse Könen erklärte vor Gericht, bei der Veröffentlichung der Verträge gar nicht daran gedacht zu haben, sich des unerlaubten Nachdrucks zu machen; die Verträge seien nur abgedruckt worden, um das Gebahren der Streikbrechervermittler zu kritisieren. — Der Staatsanwalt war jedoch der Meinung, die Verträge seien „Geistesprodukte“ Heßbergs und beantragte gegen Genossen Könen 50 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. — Das Gericht kam jedoch zu der Ansicht, daß es sich bei den Verträgen nicht um ein schupfähiges geistiges Werk handle und sprach Könen frei.

Verurteilt, trotz alledem!

In einer Rede während des Bergarbeiterstreiks im Lugau-Oelsnitzer Revier soll Genosse Redakteur Max Müller von der „Chemnitzer Volksstimme“ die Gen darmen beleidigt haben. Im Prozeß vor dem Stollberger Schöffengericht wurden nur zwei Belastungszeugen vernommen, die vom Genossen Müller geladenen Zeugen wurden abgelehnt. Unter den Belastungszeugen befand sich auch der Oelsnitzer Wachtmeister, der gar nicht in der Versammlung war und sich nur auf das stützen konnte, was ihm der Schuttmann, der am Wärfel gestanden hatte, mitteilte. Genosse Müller bestreitet entschieden, den in Frage kommenden Ausdruck gebraucht zu haben. Das half ihm nichts, er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die dagegen eingeleitete Berufung wurde vom Landgericht Chemnitz verworfen. Diesmal hatte die Staatsanwaltschaft an Stelle des Oelsnitzer Wachtmeisters den Stollberger Obergendarm geladen, der allerdings auch nicht in der Versammlung war. Den Belastungszeugen standen vier Entlastungszeugen gegenüber. Genosse Müller wies darauf hin, daß er in seiner Rede sogar das besonnene Verhalten der Gen darmen anerkannt habe. Half alles nichts, das Urteil wurde bestätigt. Die Aussagen der beiden Beamten und eines Postassistenten, der den Ausdruck nicht bestimmt angeben konnte, wogen schwerer als die Aussagen der Zeugen des Genossen Müller.

Von der preussischen Rechtsgleichheit.

Wegen Beleidigung hatte sich am Donnerstag der Verantwortliche der „Börslicher Volkszeitung“, Genosse Oswald, vor dem Schöffengericht in Görlitz zu verantworten. Er hatte eine Notiz aus Weimarer aufgenommen, in der zwei Gerichtsurteile gegenübergestellt waren: Ein Generaldirektor, dessen Einkommen auf mindestens 150 000 M. jährlich geschätzt wird, erhielt wegen einer persönlichen Beleidigung eines im öffentlichen Leben stehenden Mannes 10 M. Geldstrafe; dagegen wurde ein Lagerhalter, der als Herausgeber eines Wahlflugblattes ohne nähere Angabe von Personen das Wort Clowen gebraucht hatte, zu 50 M. Strafe verurteilt. In diese Gegenüberstellung war die Bemerkung geknüpft: „Aber trotzdem ist jeder Preuze vor dem Gesetz gleich, Klassenunterschied gibt es nicht.“ Durch die letzten Worte soll der Amtsgerichtsvorsitzende beleidigt worden sein und der Landgerichtspräsident in Görlitz stellte Strafantrag. Das Urteil lautete auf 50 Mark Strafe.

Aufhebung von Schulmisdäthen und trotzdem Strafe.

Im „Volkswort“ für Mühlhausen i. Th. waren die sehr harten Forderungen eines Volksschullehrers kritisiert worden. Das führte zu einem Strafprozeß gegen die Genossen Markewitz als Verfasser und Gohner als verantwortlichen Redakteur. In der Verhandlung wurde durch ein großes Zeugenaufgebot die Züchtigungsmethode des Lehrers beleuchtet und der Wahrheitsbeweis erbracht. Trotzdem verurteilte das Gericht Markewitz zu 100 M. (der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis) und Gohner zu 20 M. Geldstrafe, weil in dem Artikel von einem „prägnanten Pädagogen“ und „einer sehr beachtenswerten Pädagogik“ die Rede war. Doch erkannte das Gericht an, daß die Verhandlung ein Bild ergeben habe, das nicht sehr erquicklich sei.

Soziales.

Versteigerung armer Kinder an den Mindestfordernden.

Noch heute im sogenannten Jahrhundert des Kindes suchen Behörden, die zum Schutze der Kinder bestellt sind, nicht diese möglichst gut zu versorgen, sondern sich ihnen so billig, wie es geht, zu entledigen. Als vor zwei Jahren eine uneheliche Mutter in Glas wegen Ermordung ihres Kindes zum Tode verurteilt war, sah sich infolge unserer Darlegung des Falls der Kaiser des Innern durch das haarsträubende Verhalten mehrerer Polizeibehörden, das hierbei zutage trat, veranlaßt, alle diese Behörden auf ihre Pflichten besonders aufmerksam zu machen und dabei in einem amtlichen Erlaß festzuweisen, daß jene Kindesmörderin zu ihrer unseligen Tat gekommen sei, weil sie sich durch Maßnahmen einer Polizeibehörde und verschiedener Armenverwaltungen in einer Notlage befand, also durch Verschulden gerade der Behörden, die gefehlich berufen waren, solchen Notlagen abzuhelfen, nicht sie zu schaffen. Ueber einen ähnlichen Fall mußten wir erst jüngst de-

richten. Heute etwas Technisches: Das Jahrbuch der Fürsorge, dessen nächster 4. Band in diesen Tagen im Verlage von J. Springer-Berlin erscheint, veröffentlicht jetzt eine Annonce aus der Sulingen Kreiszeitung, dem offiziellen Organ des Kreises, in der ein Waisenamt mitteilt: Er werde am Sonntage im Waisenhaus zwei kleine Mädchen von 2 und 4 Jahren mindestens in gute Pflege unterbringen. So geschehen nicht vor 100 oder 200 Jahren, sondern am 14. Februar 1912. Bedenkt man, daß die deutschen Armenverwaltungen etwa für eine Viertel Million un mündiger Kinder zu sorgen haben, so fühlt man, welche wichtige Reformen hier durchzuführen sind, bis diese Kinder ihre richtige Verpflegung haben, die ihnen auch durch die Papiere des Gesebes feierlich zugesagt ist.

Schädigung eines Orchestermitgliedes durch die Hitze einer elektrischen Lampe.

Der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches gibt dem Dienstherrn auf, Räume, Gerätschaften oder Vorrichtungen, die zur Dienstleistung erforderlich sind, so einzurichten und zu unterhalten, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung das gestattet. Diese Vorschrift gilt für alle Arbeitsverträge, gleichviel, ob es sich um einen gewerblichen Arbeiter, um einen Handlungsgehilfen, um einen Landarbeiter, um Gefinde, um Bühnenmitglieder, Orchestermitglieder, Bureauangestellte, Monteuristen, Ingenieure usw. handelt.

Am Dienstag hatte das Reichsgericht über eine auf Grund des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen die Stadtgemeinde in Freiburg, als Inhaberin des dortigen städtischen Orchesters, gerichtete Klage zu entscheiden.

Der Kläger M. ist Mitglied des Städtischen Orchesters in Freiburg in Baden, wo er Violoncello spielt. Im Alten Stadttheater steht hinter ihm der Jagottist. Am 24. September 1908 ist am Pult des Jagottisten eine Lampe angebracht worden, die nur 15 Zentimeter vom Kopfe des M. entfernt war und eine bedeutende Hitze verbreitete. Schon am ersten Abend hat M. den Kapellmeister auf die Lampe und die Hitze aufmerksam gemacht. Der Kapellmeister soll darauf erwidert haben, daß er die Lampe dann wieder wegnehmen müsse. Obgleich M. noch mehrfach daran erinnert hat, ist nichts weiter mit der Lampe geschehen. Nach 5 Proben und 10 Vorstellungen hat M. sich krank gemeldet und angegeben, daß er durch die Hitze der Lampe eine Nervenstörung erlitten habe. Die Ärzte haben eine Art Neuralgie festgestellt. Nunmehr hat M. Klage gegen die Stadt Freiburg erhoben und Entschädigung für allen Schaden begehrt, den er durch die Einwirkung der Lampe erlitten hat.

Das Landgericht Freiburg und Oberlandesgericht Karlsruhe haben die Ansprüche des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt und die Stadtgemeinde verurteilt. Das Oberlandesgericht stellt in seinen Entscheidungsgründen zunächst fest, daß das Nervenseiden des Klägers auf die Einwirkungen der Lampe am Pulte des Jagottisten zurückzuführen ist. Das Gericht berücksichtigt dabei den Umstand, daß der Kläger schon vorher disponiert war und führt aus, daß die Lampe und ihre Hitze zum großen Teile mitwirkende Ursache des Leidens sind. Die Haftung der Stadtgemeinde gründet das Oberlandesgericht auf den Dienstvertrag und die Bestimmungen des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als versammlungsmäßig berufener Vertreter der Stadtgemeinde — so heißt es in der Urteilsbegründung weiter — kommt der Theaterdirektor M. in Betracht. Für ein Verschulden des Direktors M. hat die Gemeinde zu haften. Der Theaterdirektor M., dem die Beschwerde des Klägers vom Kapellmeister mitgeteilt worden war, hatte die Sache zu untersuchen und für Abhilfe zu sorgen. Auch der Umstand, daß der Kläger oft nörzelte, dürfte ihn von der Untersuchung nicht abhalten, besonders dann nicht, als er erfuhr, daß Kläger über Schmerzen geklagt hat. Auch die Arbeitsüberhäufung gibt keinen berechtigten Grund dazu, Maßregeln zu unterlassen, die im Interesse der Gesundheit von Dienstverpflichteten nötig sind.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe bestätigt. (Anzeigen: III. 58/12.)

Noch lange nicht in ausreichendem Maße mochten insbesondere Landarbeiter, Bureaugehilfen und Handlungsgehilfen von dem Recht auf Schadenersatz Gebrauch, das ihnen bei Wfschaltung der Vorschriften des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches zusteht.

Die Säuglingssterblichkeit unter den Armen und unter den Reichen.

Das statistische Amt der Stadt Königsberg hat eine interessante Schrift über den Einfluß des Berufs und der Sozialstellung auf die Bevölkerungsbewegung der Großstädte (nachgewiesen an Königsberg i. Pr.) herausgegeben, in der auch der Nachweis geliefert wird, daß die Säuglingssterblichkeit unter den Armen viel größer ist als unter den Reichen. So betrug sie im Jahre 1907 in Industrie und Handwerk: a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw. 3,0 vom Tausend der Gesamtbevölkerung, b) technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichtspersonal und Bureaupersonal 2,4, c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit beruf- oder gewerblicher Ausbildung usw. 4,8. In Handel und Verkehr: a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw. 2,3, b) kaufmännisch gebildetes Bureau- und Rechnungspersonal 2,7, c) Handlungsgehilfen, Kellner, andere Hilfspersonen, Bader usw. 5,2. Militärpersonen, Beamte usw.: a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte usw. 1,8, b) Unteroffiziere und Gemeine, Bureau- usw. Personal 2,0, Postkellner, Portiers,boten, Arbeiter usw. 3,8. Die höchste Säuglingssterblichkeit ist also in dem Kreise der Handlungsgehilfen, Kellner und kaufmännischen Hilfspersonal zu verzeichnen, die niedrigste in den Kreisen der Offiziere und höheren Beamten. Man sieht, wie sehr die soziale Stellung auf die Säuglingssterblichkeit einwirkt. Will man diese vermindern, so muß man die Lage der schlechtestgestellten Arbeiter, Handwerker und Angestellten verbessern.

Versammlungen.

Eine Branchenversammlung der Klempner nahm am Donnerstag den Jahresbericht des Branchenleiters De v i g n e u z entgegen. Er gab eine eingehende Darstellung von den Lohnbewegungen der verschiedenen Spezialbranchen und Betriebe. Besonders konnte in diesem Jahre für die Werkstattklempner etwas getan werden. In einer Reihe von Betrieben wurden ohne Arbeitsniederlegung Tarife abgeschlossen, wodurch eine Erhöhung der Stundenlöhne auf 65, 67½ und 70 Pf. eintrat. In der Badewannenbranche, wo die Arbeiter sehr gut organisiert sind, konnte die achtstündige Arbeitszeit durchgesetzt werden. Auch war die Beteiligung an der Waisenfeier eine sehr gute. In einem Betriebe wurde der Lohn auf 80 Pf. erhöht und die Arbeitszeit auf 8 Stunden verkürzt. Die Lohnbewegung in der chirurgischen Branche währte bereits 8 Wochen. Bei drei Firmen wird noch getreilt. Die Streikenden stehen fest und werden aushalten bis zum Siege. Die im Frühjahr durchgeführte Bewegung in der Bierdruckbranche nahm einen befriedigenden Abgang. — Es ist beabsichtigt, die Tarife, welche noch Einstellungslöhne von 50—55 Pf. enthalten, zu kündigen, um eine entsprechende Lohnerhöhung durchzuführen. — Die Zahl der organisierten Klempner beträgt 3600. — Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit des Branchenleiters und der Kommission einverstanden. De v i g n e u z sowie die übrigen Kommissionsmitglieder wurden wieder mit der Leitung der Branche betraut.

Es wurde noch mitgeteilt, daß die Klempnermeister mit der Absicht umgehen, eine Innungsrankenkasse zu errichten. Eine Branchenversammlung wird sich nächstens mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

50.000
Spelseteller
tief oder
flach **5 Pf.**

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancest. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.40
Schinkenwurst	Pfund	1.40
Thüringer Knoblauchwurst	Pfund	1.40
Leberwurst ff.	Pfund	1.05
Landleber o. Rotwurst I	Pfund	98 Pf.
Rouladenwurst	Pfund	98 Pf.
Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	60 Pf.
Schinkenspeck	Pfund	1.20
Nusschinken	Pfund	1.30

*Kassler	Pfund	83 Pf.
*Gänse	Pfund	68, 75 Pf.
*Suppenhühner		1.45, 1.95, 2.50

*Frisches Obst und Gemüse

Kochbirnen	Pfund	5 Pf.
Essbirnen	Pfund	10 Pf.
Kochäpfel	Pfund	6 Pf.
Essäpfel	Pfund	6 Pf.
Bananen	Pfund	18 Pf.
Rosenkohl	Pfund	15 Pf.
Maronen	Pfund	18 Pf.
Zwiebeln	5 Pfund	15 Pf.
Blumenkohl	Kopf	5, 10, 15 Pf.

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

Butter und Käse

Tafelbutter	1/2 Pfund-Paket	66 Pf.
Allerfeinste Molkereibutter	1/2 Pfund	70 Pf.
Emmentaler Käse	Pfund	1.20
Schweizer Käse	Pfund	95 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	85 Pf.
Limburger Käse	Pfund	58 Pf.
Romatour Käse	Stück	29 Pf.
Harzer Käse	4 Stück	10 Pf.

Kolonialwaren

Victoria-Erbisen	Pfund	18 Pf.
Erbisen halbe	Pfund	20 Pf.
Erbisen geschält	Pfund	23 Pf.
Linsen	Pfund	16, 20, 26 Pf.
Bohnen	Pfund	18, 22 Pf.
Reis	Pfund	20, 24, 28 Pf.
Gries	Pfund	22, 25 Pf.
Kunst-Honig	ca. 5 Pfund-Eimer	1.25
Gemischte Marmelade	5 Pfund-Eimer	1.35
Haushalt-Schokolade	Pfund	68 Pf.

Zucker gemahlen	5 Pfund	1.00
Kakao	Pfund	68, 95 Pf.
Kaffee	Pfund	1.30, 1.40

*Frisches Fleisch

Hammeldünnung	Pfund	70 Pf.
Dicke Rippe	Pfund	75 Pf.
Hammelkeule	Pfund	80 Pf.
Kalbskeule im Ganzen	Pfund	80 Pf.
Kalbskamm oder Bug	Pfund	80 Pf.
Pökelkamm im Ganzen	Pfund	85 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	75 Pf.
Schweine-Schinken	Pfund	85 Pf.
Koteletts	Pfund	95 Pf.
Kamm oder Schuff im Ganzen	Pfund	90 Pf.
Gehacktes	Pfund	60 Pf.

Konserven

Brech- od. Schnittbohnen	1/2 Dose	35 Pf.
Kohlrabi	1/2 Dose	30 Pf.
Spinat	1/2 Dose	40 Pf.
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose	48 Pf.
Suppenschoten	1/2 Dose	38 Pf.
Junge Schoten	1/2 Dose	45 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	1/2 Dose	88 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	1/2 Dose	1.00
Stangenspargel	1/2 Dose	1.25

Spittelmarkt Belle-Alliancest. Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

15.000 Schürzen

ausserordentlich billig

Wirtschaftsschürzen	Gingham, mit Volant u. Tasche	58, 90 Pf.
Kinderschürzen	weiss, schwarz oder gestreift, verschiedene Grössen	95 Pf.
Blusenschürzen	hübsch garniert	95 Pf.
Teeschürzen	weiss oder farbig, mit Trägern	95, 1.25

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefern elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz



5% Rabatt beim Vorzeigen dieses Inserats.

Für Damen! Aus meinem Engros-lager:

Einzelverkauf nur von 12-8 Uhr.

Wegen vorgerückter Engros-Saison

enorm billige Preise!

Backfisch-Paletots u. -Ulster	7 ⁵⁰	12 ⁵⁰	20 ⁰⁰
offen u. geschloss. zu trag.			
Eleg. engl. Kammgarn-Kostüme	15 ⁰⁰	25 ⁰⁰	38 ⁰⁰
und blaue auf Seide			
Schwarze Frauenpaletots	15 ⁰⁰	20 ⁰⁰	28 ⁰⁰

Kein Laden.

Sonntag geöffnet! Fahrgeid ersetzt!

H. Heymann part., Grüner Weg 48

an der Koppenstrasse. Fahrgeleg.: Elektr. Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 40, 70, 78, 79.

Stützschiffen, Sober, Sig- | Gebrochene verleiht, auch
mannen, Badewannen, Spezialfabrik | Monatsgarderobe Landsbergerstr. 91a.
Reichendergerstrasse 47. Telefon 5 070. | eine Treppe. 697B

Vertrauenssache

ist heute der Einkauf von Herren- und Knaben-Garderoben.

Um nun die Käufer vor jeder Uebervorteilung zu schützen, hat die **Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.**, die Verkaufsart

„An jeder Mark nur 10 Pfennig Nutzen“

eingeführt, wodurch die Käufer auch erhebliche Ersparnisse machen.

Gemäss Ihren beim Gericht niedergelegten Statuten ist die **Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.** an obige Vertriebsart gebunden und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10 Prozent auf den Selbstkostenpreis aufschlägt. Wir liefern z. B.:

Herren-Ulster - Paletots - Anzüge

Selbstkostenpreis:	18.-	25.-	30.-	39.-
Verkaufspreis:	19.80	27.50	33.-	42.90

Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.

Chausseestr. 27 (nahe Invalidenstr.) Grosse Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstr.) Turmstr. 80 (neben Kleinem Tiergarten)

Achtung! In der Turmstrasse haben wir nur das eine Geschäft Nr. 80.

Die Teuerung.

Zur Frage der Fleischzufuhr.

Die Fleischermeister sind grundsätzliche Gegner der Fleischzufuhr, sei es in frischem oder gefrorenem Zustand. Auf ihren Bezirkstagen und auf dem letzten Verbandstag in Trier haben sie diese Forderung zum Beschluß erhoben. Sie sind im Gegensatz hierzu für die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh. Warum, wird der Laie fragen, sind die Fleischermeister nicht auch für die Einfuhr von Fleisch, denn dadurch wird der Preis für das einheimische Schlachtvieh natürlich zurückgehen? Die Fleischermeister sind aus Gründen des Profits gegen die Einfuhr von Fleisch. Bei der Fleischzufuhr kann den Fleischermeistern der Profit genau nachgerechnet werden, weil das Fleisch zu einem bestimmten Preis gehandelt wird und an dem Maßstabe der Detailpreise sich der Profit des Zwischenhändlers leicht feststellen läßt. Beim Schlachtvieh ist das im Gegenteil recht schwer festzustellen, weil hier durch die Nebenprodukte, Häute, Talg, Därme, Leber, Zungen, Blut, Knochen usw. außerordentlich gute Preise durch die genossenschaftliche und kapitalistische Verwertung dieser Produkte, die sich durchweg in Händen der Innungen befinden, erzielen.

Wenn ein Fleischermeister als seinen Verdienst an einem Stück Großvieh nur die Haut und das Innere rechnen kann, so kommt er schon sehr gut zurecht dabei. Ganz ungemütlich werden besonders die Fleischermeister dann, wenn von Gefrierfleisch die Rede ist. Hier fürchten sie auch, daß Warenhäuser oder auch gemeinnützige Institutionen die Bevölkerung mit billigerem Fleisch versorgen könnten. Die Fleischermeister werden auch von Männern geführt, die agrarfeindlich gesinnt sind. Einer der Herren war früher agrarischer Redakteur, und auch der Vorsitzende des Meisterverbandes steht den Agrariern nicht abfeindend gegenüber. Im Jahre 1908, als die Wogen des Protestes gegen die hohen Fleischpreise schon einmal ziemlich hoch gingen, fand ein Briefwechsel zwischen dem Fleischermeisterverband und dem Oekonomierat Kind, dem Leiter der agrarischen Viehzentrale, statt, zu dem Zweck, die Fleisch- und Viehpreise in der Höhe zu erhalten. Der Verbandsvorsitzende der Fleischermeister schrieb damals an den Oekonomierat Kind:

„Ich habe diese Bestrebungen, die vor der Hand geheim gepflogen sind (gemeint ist damit der Protest der Fleischer gegen die Fleischpreise) gern unterstützt, denn Sie wissen ja, auf welchem Standpunkte ich stehe. Ich habe das getan, obgleich ich mir nicht verhehle, daß die Verhältnisse einem solchen Regime außerordentlich gefährlich sind. Durch die Viehteuerung, die noch immer nicht abfällt, und in kurzer Zeit zu noch größeren Kalamitäten führen wird, ist das Fleischhandwerk stark gerichtet. Ich habe, solange es eben nur möglich war, bis persönliche Verbädigungen den Verband zu zerreissen drohten, zum Maßhalten geraten. Und der Deutsche Fleischerverband hat sich auch wirklich, das werden Sie anerkennen, äußerst zurückhaltend benommen, bis es eben nicht mehr ging. Hätte die Regierung nur ein ganz klein wenig Entgegenkommen gezeigt, das oberflächliche Kontingent etwas früher erhöht, wobei doch ganz gewiß nichts verloren gegangen wäre, eventuell auch eines der maßgebendsten Mitglieder des Fleischerverbandes durch Titel oder Auszeichnungen, den Verbandsmitgliedern gegenüber ihre Anerkennung gezeigt, wäre die Position leichter geblieben.“

Dieser Brief zeigt deutlich, wie Fleischermeister und Agrarier Verbündete zur Ausplünderung des Volkes sind.

Ein Beispiel aus neuerer Zeit: In Sachen sind die Fleischermeister dahin übereingekommen, die Gesellen nicht mehr zu beschäftigen, die einer Stadt beim Verkauf des eingeführten dänischen Fleisches Hilfe geleistet haben. Die Fleischermeister haben auch eine täglich erscheinende Nachpresse, die seit der Einfuhr von fremdem Fleisch nicht wüde wird, das Fleisch so schlecht als möglich hinzustellen. Indirekt werden die Meister aufgefordert, sich auf den Verkauf des Fleisches nicht einzulassen, weil dadurch die Gefahr besteht, daß das Fleischergewerbe ausgeschaltet

wird. Wenn durch die Einfuhr des russischen Fleisches in Berlin die Preise bei den Schlächtermeistern für hiesiges Fleisch um 15 bis 20 Pf. pro Pfund herabgingen, so ist hier zweifellos der Schlüssel zur billigen Fleischversorgung gegeben. Die nächste Forderung muß die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes sein, damit auch die Einfuhr von Gefrierfleisch möglich ist.

Lebensunterhalt in Nordamerika und in England.

In einem großen Lande, das seine Lebensmittel selbst erzeugt, sollten die Preise eigentlich niedriger sein als in einem Lande, das den größten Teil der Lebensmittel erst von auswärtig beziehen muß. Unter normalen Verhältnissen müßte der Lebensunterhalt in den Vereinigten Staaten erheblich billiger sein als in Großbritannien. Das Umgekehrte ist der Fall. Eine bekannte amerikanische Zeitung, „The World To-Day“, bringt nach den Mitteilungen des Handelsvertragsvereins“ hierüber neuerdings folgende bemerkenswerte Feststellungen:

Dieselbe Menge Brot, die in London 10 Cent kostet, kostet in New York 22 Cent, d. h. 120 Proz. mehr. 7 Pfd. Kartoffeln kosten in London 6 1/4 Cent, in New York 13 1/4 Cent, d. h. 250 Proz. mehr. Dabei ist das Londoner Brot größtenteils hergestellt aus Weizen, der aus den Vereinigten Staaten (Dakota) eingeführt ist.

Eine Familie des englischen Mittelstandes braucht zum Lebensunterhalt mindestens 277 Pfd. Sterl. für das Jahr. Der Sekretär der Londoner Board of Trade, der diese Schätzung vorgenommen hat, stellte gleichfalls fest, daß eine amerikanische Familie bei der gleichen Lebenshaltung 900 Pfd. Sterl. jährlich brauchen würde.

Diese Angaben illustrieren vortrefflich die agrarischen Lagen, daß nicht die Hölle, sondern das Anwachsen der Produktionskosten die Lebensmittel verteuern.

Den Vork zum Gärtner gemacht.

Von Danzig aus wurde eines Tages die Nachricht in die Welt gesetzt, die nach Rußland entsandte Kommission zwecks Einkaufs russischen Fleisches sei ergebnislos zurückgekehrt, weil sie billiges Fleisch nicht hätte aufreiben können. Inzwischen ist die Ursache dieser vergeblichen Weise aufgeklärt; die Fleischerinnung hat nämlich strikte abgelehnt, den Verkauf russischen Fleisches zu übernehmen, und die Kommission, die von der Stadt nach Rußland geschickt wurde, bestand aus dem Obermeister der Fleischerinnung und dem Schlachthofdirektor. Dieser ist ein Herr mit einer konservativ-agrarisch gerichteten Anschauung, der meint, es sei gar nicht so schlimm mit der Fleischteuerung, und die Schuld habe im wesentlichen die — Presse. Der Obermeister der Innung hat, als die Maßnahmen der Regierung zur Linderung der Fleischnot bekannt wurden, in der „Fleischerzeitung“ erklärt, daß er „nie und auch nicht zeitweise“ für eine Einfuhr von geschlachtetem Vieh für den Osten des Reiches zu haben sei. Und Leute mit solchen Anschauungen, die allgemein bekannt waren und auch dem Magistrat nicht verborgen sein konnten, wurden mit dem Aufkauf von ausländischem Fleisch betraut!

Die Köhler Schlächtermeister lenken ein.

Die Köhler Schlächtermeister haben ihren Vorkauf gegenüber dem von der Stadt bezogenen Fleisch aufgegeben, nachdem die Stadt das eingeführte dänische, von den Reggern nicht abgeholte Fleisch auf der städtischen Freibank feilbieten ließ und nachdem unser Köhler Parteiorgan forderte, daß die Stadt in allen Stadtvierteln und Vororten eigene Verkaufsstellen errichtet. Die Reggerinnung beschloß darauf, sowohl das aus Dänemark bezogene Fleisch, als auch das Fleisch von den von der Stadt wohnlich aus Holland zu beziehenden hundert Stück lebenden Rindern zu verkaufen.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Da der Bezug schwedischer Ochsen sich nicht bewährte, führt die Stadtverwaltung von Hannover jetzt holländische Rinder ein. Außerdem ist erstmalig die Einfuhr von 100 holländischen Schweinen in geschlachtetem Zustande in die Wege geleitet worden. Der Verkauf des Fleisches erfolgte durch eine von der Schlächterinnung bestellte Anzahl Schlächter. — Am Donnerstag beschloß die städti-

sehen Kollegien, der Stadtverwaltung weiter einen Kredit von 50 000 M. zum Bezuge ausländischen Fleisches zur Verfügung zu stellen. Dieser Kredit wurde darüber, daß die Regierung die Maßnahmen der Städte in völlig ungenügender Weise unterstütze. Der Stadtdirektor (Oberbürgermeister) Tramm meinte, die Viehbestände in den einzelnen Ländern, die auf die Einfuhr in solchem Umfange plötzlich nicht vorbereitet seien, würden bald aufgelaufen sein. Und da die Maßnahmen der Regierung nur zu vorübergehende gedacht seien, so sei es nicht möglich, dauernde Verträge mit Händlern, Züchtern usw. abzuschließen. Notwendig sei zwar eine gesunde Warenausfuhr, aber die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes, der das auswärtige Fleisch so gut wie abgelehrt, sei notwendig; ebenso die Beschränkung der großen Güter und Fideikommiss. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Fleischpreise so bemessen seien, daß den Massen die Befriedigung ihres Fleischbedürfnisses gewährleistet sei.

Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau genehmigte am Donnerstag den Vorschlag der Teuerungskommission, wöchentlich etwa 50 000 Kilogramm Fleisch aus Rußland zu beziehen. Es wurden 70 000 M. Kredit bewilligt. Der neue Bürgermeister Matting betonte, daß die Maßnahme nur Erfolg haben könne, wenn sie nicht nur provisorisch, sondern dauernd durchgeführt werde. Freilich müsse dazu der § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes aufgehoben werden. Nicht geringes Aufsehen erregte es, als ein konservativer Stadtdirektor John ausdrücklich konstatierte: „Wir haben zu wenig Vieh. Schuld daran ist die Rückständigkeit des Großgrundbesitzes und seine Warenausfuhr. Für die Landwirtschaft sei von Staats wegen gerade genug getan worden.“ Merkmal und konservativer Redner bemüht sich vergebens, den Eindruck dieses Eingeständnisses zu verwischen.

Der Wortbruch der Fleischermeister.

Der vierte Wahlkreis hatte aus Anlaß der Obstruktion der Fleischer zu einer Versammlung nach Kellers Festsaal eingeladen. Der große Saal mit seiner geräumigen Galerie reichte nicht im entferntesten aus, die Massen zu fassen. Alle Tische waren schon von vornherein aus dem Saale genommen — kurz nach 8 Uhr erging die Aufforderung an die Männer, den Saal zu verlassen, damit die Frauen Platz erhalten. Bald waren auch die in großer Zahl freigebliebenen Plätze durch Frauen besetzt und immer frömter neue Massen heran. In drangvoller Enge waren Saal und Galerie gefüllt, während eine große Menge auf die Straße den Schluß der Versammlung erwartete.

Das Thema des Abends: „Der städtische Fleischerkauf und der Versuch der Verhinderung und Verengung“ behandelten die Stadtverordneten Dr. Alfred Bernstein und Adolf Hoffmann. Beide Redner beschränkten sich in ihren Ausführungen auf das allernotwendigste, um in der Diskussion besonders den Fleischermeistern Gelegenheit zu geben, sich zu äußern, ihre Obstruktion zu verteidigen. Besonders Adolf Hoffmann kritisierte das Verhalten, das jetzt die Herren Fleischermeister belieben. In Köln und Frankfurt am Main habe diese Gesellschaft das eingeführte Fleisch in die Sonne gebracht, damit es schwarz werde. Dann habe man es neben das inländische Fleisch gelegt. Damit hier nicht auch derartige verwerfliche Mittel angewandt werden könnten, habe man den Fleischern in den Sälen eigene Stände zur Verfügung gestellt, dort erhalten sie Licht und Wasser gratis, außerdem erklärte sich der Magistrat zu weiterem Entgegenkommen bereit. Redner teilte dann mit, mit welcher großer Vorsicht man beim Aufkauf des Fleisches zu Werke gehe und wie eingehend und oft es untersucht werde. Als man es endlich so weit hatte, daß Fleisch eingeführt wurde, schüben die Sozialdemokraten vor, die Stadt möge das Fleisch in eigener Regie verkaufen, tüchtige Gesellen könnte sie zu jeder Zeit bekommen. Da sei es aber speziell Herr Cassel gewesen, der den sozialistischen Zukunftsstaat an die Wand malte, in den die Kommune hineinfahre. Die Fleischerinnung habe sich dem Magistrat nun angeboten und mit diesem verhandelt. Sie habe erklärt, daß ihre Mitglieder das Fleisch verkaufen würden. Nachdem sie dem Magistrat das Wort gegeben hatten, wären sie auch zur Einführung verpflichtet gewesen. Er (Redner) hätte es den 128 Schlächtern nicht übel genommen, wenn sie zu Anfang erklärt hätten, sie

Wir treffen gar pikante Familienverhältnisse. Vor einem Karren des Gericault denkt man einen Augenblick an Dourvermann; um gleich darauf durch das Bild eines Schimmels zu erfahren, wie das Dämonische, die Gewalt, die Kältern zittern und die Flammen dröhnen zu machen, den französischen Enthusiasten über den holländischen Illustrator hinaushebt. Ein anderer, vor Gericaults mehr als lebensgroßem Bildnis eines Räufers spürt man ein Nachwirken jenes Barock, das vom Sturm des Michel Angelo geblüht wurde; auch gleich darauf bei einem Delacroix, den „Kindern des Ugoles“, herrscht noch spürbar die Komposition der Hochrenaissance. Soweit zurück greift die Verwandtschaft dieser Revolutionäre.

Das sie aber wahrhaft umstürzten, was nicht mehr gedeihen konnte, und daß sie vorhandene Keime gewaltig antrieben, das länden die Manifeste des Courbet. Dessen „Nähe an der Tränke“ mahnen noch an Potter; dessen „Grotte“ zeigt, wie er im Sturm über Rußland gekommen ist. Durch welche Mittel? Durch die Kraft der Malerei. Wie in dieser Grotte die Materie des Steines Wesen bekam, wie das dämmernde Licht den in die Dunkelheit sich hineinbehnenden Raum füllt, so etwas gab es nicht bis dahin. Courbet, der Maler, nicht irgendein Theoretiker siegte über seine Väter. Es hängt von ihm hier ein „Schophund“; das weiße seidige Fell gegen das rote Rissen ist von sprühender Sinnlichkeit. Der Maler siegte; das zeigt sich umgekehrt an der Art und an dem Grad, wie etwa Corot den Verbl oder Monet den Slevogt beeinflusste, ja zeugte. Der Maler! Unsere Jüngsten aber meinen, daß sich Malerei durch Worte erneuern lasse. R. Dr.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Schafspearserie des Deutschen Theaters soll mit „Heinrich V.“ fortgesetzt werden. Die Ausbeutung des Erfolges von „Heinrich IV.“ läßt aber die Aufführung erst in der zweiten Hälfte der Saison zu.

— Vorträge. Auf der Reptilien-Sternwarte spricht Dir. Archenhold am Sonntagmorgen 5 Uhr über: „Eine Wanderung durch das Weltall“ und Montagabend 7 Uhr über: „Die Wesenheit der Sonne“. Mit dem großen Fernrohr wird der Mond abwechselnd mit dem Saturn gezeigt.

— Bedelind — boitheaterfähig. Franz Bedelind ist, nachdem bereits die Hofbühnen in Dresden, Kassel, München und Stuttgart Werke von ihm in ihr Repertoire aufgenommen haben, nunmehr auch in Wien hofbühnenfähig geworden. Man will dort seinen „Kammerlänger“ aufführen.

— Die Reversseite. Jedes Patriotenherz muß bei dem Bild höher schlagen, das die erste Seite der illustrierten Unterhaltungsbeilage des „Tag“ schmückt. Man sieht da den Prinzen Heinrich von Preußen, umstellt von mehreren stromflehenden Gehaltsbegierern des Reichs im offiziellen Schutzegebiet eine Eiche pflanzen. Dies kann nicht gut geschehen, ohne daß Seine königliche Hoheit sich zur pp. Erde zu bilden geraden. Und hinwiederum ist die Folge solcher Körperbewegung, daß einem hinter dem eichpflanzenden Sprößling unseres Herrscherhauses stehenden Offizier das Ende des prinzipalen Rückens deutlich in die Erscheinung tritt, denn auch Hohenzollern sind Menschen. Aber, so fragt der naive Betrachter des Bildes, warum salutiert der freundlich dreinblickende Offizier diesem A—nblid? Ruß das sein? Ist auch das im Reglement vorgelesen?

Kleines feuilleton.

Kaiser-Wilhelm-Chemie. Bei der Einweihung der Kaiser-Wilhelm-Institute in Dablen sagte der Kaiser in einer Rede: „Aus Anlaß der furchtbaren Katastrophen, die in den letzten Jahren in mieren Kohlenbergwerken eingetreten sind, habe ich mich an die Chemie gewandt... und sie veranlaßt, mir Arbeiten einzureichen... prophylaktische Einrichtungen... um die unter Tag arbeitenden Leute zu schützen. Ich denke dabei an unschädliche chemische Präparate.“

Sagen wir: unschädlich gemacht. Und das würde sich auf die gemahregelten Arbeiterkontrollreue beziehen. In der Sache Vorbringen wurde der Sicherheitsmann zwei Jahre lang schikaniert und geschädigt, bis er es aufgab, das Vorhandensein von Schlagwettern zu beanstanden. Dem Kaiser ist kein Wortwort zu machen; ihm wurde der einzige nicht „zuerlässige“ Zeuge des Unfalls nicht vorgeführt; bereits die an den Türen postierten Gendarmen wiesen den Mann zurück.

Diese soziale Forschung ist verboten. Verurteilt mit dem Geld adelsächtiger Streber, werden die Kaiser-Wilhelm-Institute niemals mehr sein als kostbare Repräsentationsräume einer Wissenschaft, die um ihrer selbst willen betrieben wird. Die Vergewerter bezahlen nicht für die Sicherheit ihrer Leute und werden auch die neuen Präparate nicht bezahlen. Befehle und Verordnungen in Fülle, aber keine Durchführung, 86 824 Verletzte jährlich.

Diese Chemie ist keinen Schuß Pulver wert, aber weicher Rauch wirbelt auf, die bürgerliche Presse bringt die kindischen Dinge ungewandter Professoren, notiert jedes „Kosmos“ des kaiserlichen Laten — und unten in der Erde Bauch kochen die Eingeschlossenen, zerfleischen sich mit den Nägeln und heulen...

Kunst und Demokratie. Aus Paris wird uns geschrieben: Vor ein paar Wochen unternahm eine Gruppe von Pariser Chansoniers, die der Gruppe „La Chanson du Peuple“ (das Lied des Volkes) angehören, eine Rundfahrt durch die Provinz. Ihr Streben war, die widerwärtige Mischung von Schweinerei und fauliger Sentimentalität, die das Programm der Tangelangel ausfüllt, durch literarische Darbietungen höheren Stils und durch einen vollständigen Appell an den Idealismus der Massen zu ersetzen. Nun wird zwar in Frankreich offiziell viel Wesens über die Verbindung von „Kunst und Demokratie“ gemacht, tatsächlich aber ist, ganz wie anderswo, die Polizei, gegen Obligationsgeschäfte viel duldsamer als gegen Unternehmungen, die das Volk aus der lammbalsamigen Wohlgeleit des Sauglodengeläutes herausreißen könnten. In diesem Falle wurde der Vorwand zum „Einschreiten“ darin gefunden, daß die politische und soziale Tendenz einiger Mitglieder der dem Kreis der „Guette Sociale“ nächststehenden Künstlergesellschaft keine Nege des im Café chantant so beliebten trivialen Chauvinismus vertrappt. Gleich nach den ersten Vorstellungen in Südfrankreich, die eine erfreuliche Empfänglichkeit vor allem der Arbeiterklasse für die dargebotenen Proben älterer und neuerer freilichtlicher Dichtungen zeigten, lezten Verbote der Präzedenz ein, die das Unternehmen schließlich zum Scheitern brachten. Der Minister des Innern hatte wiederholt zugesagt, den Beschwerden Rechnung zu tragen, aber der Leiter der Sicher-

heitspolizei im Ministerium kümmerte sich nicht um diese Versprechungen, und der schwächliche Minister wagte mit dem mächtigen Hüter so vieler gefährlichen Geheimnisse nicht anzubinden. Die die „Guette Sociale“ mittels, wird die „Chanson du Peuple“ vom Minister Schadenersatz fordern.

Die Affäre beweist jedenfalls, daß im heutigen Frankreich nicht mehr, wie das alte Wort sagt, alles mit einem Chanson endet: nämlich wenn dem Chanson selbst der Polizist ein Ende macht.

Theater.

Schiller-Theater O. Wolzogen's „Kinder der Erzelenz“ wandern nun schon seit zwei Jahrzehnten über so manche Bühnen, und man merkt es an ihren „Kränzen“, wie schwer es ihnen wird, unzulernen, vertakte Ständesanschauungen und Vorurteile zum alten Eisen zu werfen. Heutzutage gelingt solches berarntem Edelingen oder verschüdelten Offizieren schon weit leichter und schmerzloser, weil Vorrechte der Geburt oder eines exklusiven Standes vor dem Urteil einer demokratischen Welt nichts mehr gelten. Was damals als soziale Diktatorat gepriesen wurde, mutet jetzt schon altmodisch an. Und das ist auch bei diesem Aufspiel so. Immerhin kann Wolzogen einige Verdienstlichkeiten dafür zugesprochen werden, daß er in verschiedenen seiner Romane, die Kinder der Erzelenz nicht zu vergessen, die Hoch- und Edelgeborenen manchmal ziemlich unsanft gequält hat. Was nun dies Aufspiel angeht, so vermochte zwar die Aufführung nicht alles Verjäherte daran zu beseitigen. Die Figur des Literaturagenten Eberstein ist ohnehin — apologetisch, so emsig Mar Reimer ihre Glaubhaftigkeit verflüchtete. Corad Wiene als Professor war ein etwas fadiger Liebhaber. Hedwig Paulh als Generalamtiwe zeigte vergebliche Vornehmheit. Hilde Engel war ein quersüßbitterlustiges Fräulein. Vorzügliche Charaktertypen gaben Richard Witz als schauspielerischer Major und Paul Wildt als in Sohn und Schwiegervater bernarrter Musikprofessor. Das Publikum amüsierte sich anscheinend vortrefflich. c. k.

Kunst.

Sonderrevolution zur Klassik. (Bei Paul Cassirer, Viktoriatr. 35.) Vor fünfzehn Jahren, als Paul Cassirer seinen Salon aufst, um die französischen Impressionisten und deren deutsche Schüler den Zeitgenossen nahe zu bringen, sprach man von Revolution. Dängt nennen die Jüngsten diese Richtung reaktionär. In bedeutend erweiterten Räumlichkeiten nimmt jetzt der Salon Cassirer eine Parade derer von Gericault und Courbet bis zu van Gogh und Hodler ab. Wir bekommen den Extrakt jener fünfzehnjährigen Arbeit zu sehen. Wir empfinden es, und nicht erst seit gestern — als eine neue Klassik, würdig den Reizern aller Zeiten zugereicht zu sein. Deutlich sehen wir die Entwicklungslinien und damit die Notwendigkeit, daß kommen mühte, was einst ein Frevel schien. Das ist der wahrhaft große Atem, den uns diese Ausstellung vermittelt: daß wir die unersättliche Verwandtschaft der großen Holländer, der rühmreichsten Italiener und der vollkommensten Engländer, hinzugenommen die akademisch weissen Franzosen, mit Delacroix und Monet zu erleben vermögen. Solche Zusammenhänge und Entwicklungslinien noch einmal und zwar mit Werken, deren jedes herrlich und einzig ist, dazutun, wurde die Auswahl vorgenommen, wurden aber auch die Bilder gefangen.

Wollten das Fleisch nicht verkaufen, so aber hätten sie ein ganz freies Spiel getrieben. Die Junger und Vereine suchten nun die moralische Verantwortung für das Vorgehen ihrer Mitglieder abzulehnen, aber ihm sei von mehreren Seiten mitgeteilt worden, eine Versammlung habe beschlossen, den Verkauf nicht vorzunehmen. Es siehe demnach fest, daß man gemeinsame Sache gemacht habe. Die Fleischer hätten sich aber selbst den größten Streich gespielt. Sie hätten doch froh sein sollen, wenn die Masse sich wieder an den Fleischgenuss gewöhnen würde, denn sie würden doch das beste Geschäft dabei machen. Seit 25 Jahren beständen die Partihallen, aber noch nie wären so viel Käufer anwesend gewesen als in den letzten Tagen. Wieviel andere Produkte würden dabei doch gekauft werden. Blind und töricht haben diese Herren gehandelt, den Junkern haben sie den größten Gefallen durch ihre Frivolität getan. Die Art und Weise, wie diese Fleischer vorgegangen, beweise aber auch, daß sie an der Teuerung ein groß Teil Schuld tragen. Wenn sie russisches Fleisch verkaufen könnten sie noch den vom Magistrat gestellten Bedingungen täglich 100 Mark verdienen und dies in einigen Stunden.

Den Höhepunkt der Unwahrheit, der bewußten Lüge, habe jedoch das Vorgehen der Händler in der Partihalle VIII (Andreasstraße) erreicht. Mit diesem Sturz hätten diese Leute ein Flugblatt verbreitet und darin die geradezu ungeheuerlichsten Behauptungen aufgestellt. Redner kritisierte mit treffenden Worten den Inhalt des Flugblattes und teilte mit, daß er sich das russische Fleisch in den verschiedensten Gassen angesehen habe und wäre nur zu wünschen, daß die Berliner Fleischermeister kein schlechteres Fleisch zum Verkauf brächten. Bis heute sei noch kein Stück Fleisch

— nur ein Kopf, eine Lunge sowie eine Leber, was überall in erhöhtem Maße vorzukommen — beanstandet worden.

Mit lebhaftem Interesse wartete man, was die Herren Fleischermeister auf die gegen sie gerichteten heftigen Anklagen erwidern würden. Aber obgleich einige dieser Herren anwesend waren, fand niemand von ihnen den Mut zur Verteidigung. Sie schwiegen. Die Diskussion brachte weitere vernichtende Anklagen gegen die Fleischermeister. Vom Zentralverband der Fleischer sprachen die Genossen Bergmann und Hensel. Ihre Angriffe, die beide Redner gegen die Fleischermeister sowie die Junger schleuderten, zündeten, sie riefen Empörung und Erbitterung hervor. Als Hochleute gaben die Redner ihrem Unwillen über das schamlose Vorgehen Ausdruck. In Berlin zählte man 900 arbeitslose Fleischergehilfen. Würde man den Gefallen den Verkauf übertragen, so würden statt 8 nur etwa 1/2 Pf. Unkosten auf das Pfund Fleisch entfallen. Das Fleisch selbst könnte also noch bedeutend billiger verkauft werden. Warum solle in den Zeiten der Not das Volk auch noch den raffigierten Unternehmern die Profite erhöhen? Hensel teilte noch mit, daß das Warenhaus Lieh billige Fleischverkaufstage veranstalte. Vom Arbeitsnachweis seien acht Gefellen verlangt worden. Als diese sich zur Arbeitnahme im Bureau meldeten, habe man ihnen gesagt, sozialdemokratische Gefellen beschäftige man nicht. Schließlich forderten die Redner unter lebhaftem Beifall zum Beitritt in den Konsumverein auf, damit eine Aenderung der unelbschen Zustände herbeigeführt werde.

In seinem Schlußwort berurteilte Genosse Hoffmann noch-mals die Feigheit der Fleischermeister und Standinhaber der

Halle VIII. Er forderte die Frauen auf, sich in den Hallen nicht durch unlaute Elemente provozieren zu lassen, denn eine Revolte könnte der Junkertruppe sehr angelegen sein. Eine Resolution schlage das Bureau nicht vor, denn damit sei die Welt nicht zu erobern. Für die Frauen aber sei die Lösung: Hinein in den politischen Kampf, hinein in die sozialdemokratische Partei!

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch fand nach 11 Uhr die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		am		
	24. 10.	23. 10.	24. 10.	23. 10.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ²⁾	
Remel, Elbt	187	-3	Saale, Großh.	88	-1
Bregel, Anstberg	-14	+6	Havel, Spandau ²⁾	40	+2
Weißel, Thon	132	-2	Havel, Rathenow ²⁾	47	+6
Oder, Ratibor	169	+24	Spree, Spremberg ²⁾	96	0
Krossen	133	+2	„ „ „	81	+3
Krausfurt	186	+1	„ „ „	202	+34
Wärthe, Schrimm	36	0	„ „ „	234	+10
Landberg	2	-2	„ „ „	420	+24
Rege, Borsdorf	4	+1	„ „ „	190	+19
Elbe, Zeitz	22	-1	„ „ „	161	+9
Dresden	-100	+4	„ „ „	134	+26
Barby	145	0	„ „ „	160	+7
Magdeburg	118	-4	„ „ „	43	-6

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall — ²⁾ Unterpegel.

NUR 10% NUTZEN

berechnet die „H. K. G.“ bei allen Waren auf ihren Selbstkostenpreis. Zur Erklärung folgende Beispiele:

Herren - Ulster: Selbstkostenpreis 30 M. Verkaufspreis 33 M. | **Jünglings-Ulster:** Selbstkostenpreis 15 M. Verkaufspreis 16⁵⁰ M.
Herren-Paletot: Selbstkostenpreis 25 M. Verkaufspreis 27⁵⁰ M. | **Knaben-Pyjack:** Selbstkostenpreis 5 M. Verkaufspreis 5⁵⁰ M.

Der Selbstkostenpreis besteht nur aus den baren Auslagen für Ware und Unkosten, irgend einen anderen Gewinn wie 10 Prozent Umsatzgebühr hat die H. K. G. nicht

Erhebliche Ersparnisse erzielt also jeder, der seinen Bedarf an **Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung** jeder Art, fertig oder nach Mass, bei der H. K. G. deckt.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1,

Sonntags geöffnet
12-2 Uhr

Antertigung nach Maß
in eigenen Ateliers

Turmstrasse 73,

Moabit, vis-à-vis der Emdener Strasse.

Unserem Genossen
Paul Sitan und der Genossin **Klara Reckling** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen des Bezirks 512 des 6. Wahlkreises.

Dem Genossen
August Renke nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Hochzeit.
Die Genossen des 650. Bezirks 6. Kreis.

Unserm allen, lieben Genossen
Karl Vogt nebst Frau zur Silberhochzeit ein dreimal donnerndes Hoch!
Nieder- & Schneiderweibe, Genossen und Genossinnen des II. Bezirks.

Todes-Anzeigen
Die Beerdigung des Vorkämpfers **Friedrich Heinrich** findet bereits heute Sonnabend, 4 Uhr nachmittags, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Mittwoch, den 23. Oktober, verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter
Paul Messinger
(Engelauer 6, Bezirk 210).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thom.-Kirchhofes, in Neufeld, Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Volkerer
Rudolf Wilsch
im Alter von 31 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des Lustenberger Gemeindefriedhofes in Marzahn aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Mittwoch, den 23. Oktober, verstarb unsere Genossin, Frau
Margarethe Hörsing
Bücherstraße, Ecke Uhener Str.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bethesman-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises
Am 23. d. M. verstarb unser Genosse, der Galtwirt
Robert Rosin
(Küllerstr. 163, Bezirk 760).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 233/12
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 23. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unerwartet mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Onkel, der Maler
Julius Kühn
im 53. Lebensjahre
Um stillen Beileid bitte ich im Namen der Hinterbliebenen
Frau Ida Kühn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedenauer Gemeindefriedhofes aus statt. 9-06

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Julius Kühn
am Mittwoch, den 23. Oktober, abends 11 Uhr, im Alter von 53 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedenauer Gemeindefriedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Alfred Enigk
welcher im Betriebe der städtischen Gaswerke, 36. Reuter-Inspektion, beschäftigt war verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Ahrensfelde aus statt.
35/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Friedrich Gravert
nach kurzem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-arbeiter (Filiale Berlin III.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wäsche-zuschneider
Erich Korte
(Firma Wolf u. Glaserfeld) am 23. Oktober cr. nach langem, schwerem Leiden im 54. Lebensjahre gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Oktober, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Gemeindefriedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drucker
Wilhelm Hoeck
Charlottenburg, Berliner Str. 134, am 24. Oktober an Darmleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. Mts., nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Lustenberger Gemeindefriedhofes, Bickend, Fürstendrummer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 24. d. Mts. starb meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Emma Dallichau
geb. Kaiser.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neufeldener Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Otto Dallichau
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Sohnes und unseres Bruders lagen wir dem Verband der Buchdrucker- & Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, der Firma Reyer und deren Personal, dem Gesangsverein „Königliche Stimmgabel“, dem Bergnützungsverein „Dales“ sowie Freunden und Bekannten unseren aufrichtigsten Dank.
9595
Witwe Pauline Kaiser
nebst Kindern und Braut.

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Gatten sage allen Verwandten, Bekannten, den Kollegen der Firma R. Wertens, dem Holzarbeiter-Verband sowie dem Lotterie-Verein „Karmor“ meinen verbindlichsten Dank.
9675
Witwe Hildegard Wolf
geb. B e s.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Mathilde Lehmann geb. Dybbøl
lagen wir allen Beteiligten, insbesondere der Firma Wittling u. Galdner unseren besten Dank.
9588
Familie Lehmann, Schönnow.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Robert Flüs
sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Dr. Paul Meyer, sowie den Kollegen und Kolleginnen unseren herzlichsten Dank aus.
Kugule Flüs und Tochter, Pantow, Schmidtstr. 20. 9586

Staakschalen, trodene Bälfer, 1,60 m lang, billig frei Baggon Berlin abzugeben. Anfragen erbeten unter F. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.

Knaben - Anzüge, Ulster - Pyjacks, einlage u. elegante Sachen, jetzt billig direkt in der Fabrik **Hoher Steinweg 15, III,** gegenüber Rathaus. — Dasselbst auch einzelne Herren-Anzüge weit unt. Preis.

Nathan Wand
129 Statfger Str. 129.
Die schönsten
Monats-, Winterpaletots und Ulster, sowie Jackett-, Rock- und Smoking-Anzüge,
erknallige, in erlen Wechlären hergestellte, auf Seide gearbeitete Garderobe, von
Kavallieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziel Bau anzuge sind in großer Auswahl stets zu haben. Billigen Preisen zu haben.
Abt. II: Neue Garderobe.

Nathan Wand
129 Statfger Str. 129.
Hochbahnhafion Rothbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Technikum - Bauschule
Reg.-Baumeister Werner,
Neanderstraße 3.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billige Preise.
Weg. 1889.
Olga Jacobson, Invaliden-Str. 145, II.
Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), bessere Reparaturen billiger. Karzel, Uhrmacher und Juwelier, Prunnenstraße 118. Ecke Uebomstrasse 10265*

Mohrenstrasse 37a
WESTMANN
Mohrenstr. 37a.
Gr. Frankfurterstr. 115.)

Heute
beginnt der Verkauf einer grossen Anzahl hervorragend schicker Modelle zu herabgesetzten Preisen
bis 50 Proz.

Ulster	15, 16, 18, 22 bis 75 M.
Pilch-mäntel, kurz und lang	20, 25, 30, 35 bis 150 M.
Konfome	15, 18, 22, 25 bis 175 M.
Gemeinschaftskleid.	25, 30, 35, 40 bis 200 M.
Rocke	5, 8, 10, 12 bis 45 M.
Blusen	3, 5, 8, 10 bis 38 M.
Felzmäntel	100, 120, 150, 180 bis 1200 M.

Beste Stoffe! Feinste Fasson! Sonntag geöffnet 12-2. Seltene Verarbeitung! Grosse Fabrikation!
Alle Weiten! Alle Grössen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1230. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Elektromonteur und Helfer
in den Muster-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m
(großer Saal).

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses über: Der allzureiche Kinderlegen im Arbeiterhand. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Es wird erwartet, daß in dieser Versammlung alle Kollegen erscheinen, niemand darf fehlen.

Gürtler! Gürtler!
Montag, den 28. Oktober, abends 6 Uhr:
Große Versammlung
aller in den
Betrieben der Militäreffektenbranche
beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen
in den Ritterfälen, Ritterstraße 75.

Tagesordnung: 126/18
1. Tarifangelegenheiten und die Stellung einzelner Unternehmer zum Tarif. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen und Kolleginnen von J. u. Sohn, Couvreur, sowie Matthes und Schwabe eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken u. Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter
(kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit)
(früher „E. H. 3 in Hamburg“)
in Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen
der jeweiligen Verwaltungsstellen:
Berlin A: Am Sonntag, den 27. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Wählisch, Skalitzer Str. 22.
Berlin B: Am Sonntag, den 27. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
Berlin C: Am Sonntag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-7.
Berlin D: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Wasserhofer-Brauerei, Turmstr. 24/25.
Berlin E: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Gwald, Schulstr. 29.
Berlin F: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Chiglo, Schwedter Straße 23.
Berlin G: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Wranus Porzellan-Fabrik, Strausberger Straße 3.
Berlin H: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Heibhard, Görlitzer Straße 58.
Berlin I: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn S. Greibe, Komtinerer Straße 2.
Berlin-K: Am Sonntag, den 27. Oktober, im Lokal von H. u. W. Werderstraße, Ecke Rungelstraße.
Berlin-Lichtenberg: Am Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Videnbagen, Schrammstr. 60.
Berlin-Schöneberg: Am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Großer, Reiminger Straße 8, Tunnel.
Charlottenburg: Am Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 2.
Tagesordnung:
1. Kassenberichte 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Außerdem in Berlin D, Berlin-B und Charlottenburg Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung in Heilbronn a. R.; in Berlin E Bericht eines Redners; in Berlin G Vortrag über „Aus dem Lande der Sozialreform“; in Berlin H „Die Vorteile der Rotkassensätze in Sterbefällen“.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersuchen
Die Ortsverwaltungen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgruppen
Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: O. 64, Wuladstr. 10 L. Fernsprecher: Amt Norden 4518.
Sonntag, den 27. Oktober 1912, nachmittags 2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1912. 43/20*
2. Berichtsangelegenheiten.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu der General-Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; ohne diese keinen Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bez. Groß-Berlin. Sektion 5, Industriearbeiter.
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 II, Zimmer 31-44. Öffn. 8-6 Uhr.
Bureau Teleph. Amt Moritzplatz 2382. 4747.
Achtung! Kollegen u. Kolleginnen! Achtung!
Sonntag, den 27. Oktober 1912, vormittags 9 1/2 Uhr,
im gr. Saal der Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110:
Große öffentliche Versammlung
für alle in den Berliner Metallbetrieben tätigen Packer, Bezieher, Lager-, Betriebshilfs-, Hof- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen usw.
Tagesordnung:
1. Hungerlöhne in den Berliner Metallbetrieben und unsere Forderungen auf Einführung gesunder Zustände. 2. Diskussion.
Zu Antritt der so äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß kein Kollege und keine Kollegin es verläßt, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Ein jeder ist verpflichtet, für einen recht starken Besuch zu agitieren. Da die Versammlung eine öffentliche ist, sind auch die unorganisierten Kollegen freundlichst eingeladen.
Mit kollegialem Gruß **Die Sektionsleitung, J. H.: Karl Fromko.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

An alle Mitglieder des Gesamt-Zweigvereins!
Sonntag, den 27. Oktober 1912, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Mitglieder-Versammlung
in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:
1. „Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband“.
2. Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl für die am 8. Dezember 1912 stattfindende Gaukonferenz. 3. Verschiedenes.
Eine äußerst wichtige Frage für die Organisation, ja — für alle Bauarbeiter — besonders aber für alle Mitglieder, ist durch den Entwurf aufgerollt, der seitens des Hauptverbandes in Nr. 40 des „Grundstein“ veröffentlicht wurde. Wichtig genug, um bei allen Mitgliedern das regste Interesse auch in der jetzigen Zeit hervorzurufen.
Wir erwarten darum das Erscheinen aller Mitglieder!
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Die Delegierten zur Generalversammlung machen wir darauf aufmerksam, daß die nächste
Ordentliche General-Versammlung
Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, stattfinden.

Donnerstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Außerordentliche General-Versammlung.
Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.
Zweigverein Berlin.

Reell und billig
Möbel
von den einfachsten bis zu den elegantesten
Teilzahlungen kulant

Einrichtungen v. 230 M. an
Schlafzimmer v. 365 M. an
Küchen von 46 M. an
Sofas v. 55 M. an
Vertikos v. 36 M. an
Schränke v. 36 M. an
Herrenzimmer von 300 Mark an
Schlafzimmer von 210 Mark an

Kein Kredit-Haus

Berlin N.
Otto Piehl
Möbelmagazin
Brunnenstr. 120

Sonntag von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Orts-Krankenkasse der Kupferschmiede.
Sonabend, 2. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, Rosenhallerstraße 11-12:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Siehe überausende Einladung des Vorstandes. 290/5

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).
Mitglieder-Versammlungen
am Sonntag, den 27. Oktober 1912.
Bezirk A.: Gewerkschaftshaus, Saal 9, 10 1/2 Uhr.
" B.: Restaurant Ehlert, Reutbuscher Straße 19, 10 1/2 Uhr.
" C.: Bv. Augustin, Oranienstr. 103, 10 Uhr.
" D.: Hummel, Sophienstr. 5, 10 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal 1912. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 297/17
Die Ortsverwaltungen.

Wurst billiger!
Gervelatwurst pr. Pfd. M. 1,30
Feine Leberwurst 0,90
Draamschweiger 0,90
Kochwurst 0,90
Pfeilwurst 0,70
Südwurst 0,70
Pommes 1,00
Zähringer Rohwurst 0,55
Zweibeileberwurst 0,55
J. Kabitz
Berlin G., Gontardstraße
— Ecke rechts — 9755*
vor dem Eing. d. Zentralmarkthalle

Ortskrankenkasse für das Cöpfergewerbe zu Berlin.
Die ordentliche
General-Versammlung
wird anberaumt auf
Montag, den 4. November 1912, abends 8 Uhr,
im Königstadt-Kaffee, Holzmarktstraße 72.
Tagesordnung:
1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1912.
3. Wahl von 6 Vorstands-Mitgliedern (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer).
4. Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes auf Zulassung der Kasse als „besondere“ Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung.
5. Verschiedenes. 280/8
Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen.
Der Vorstand.
M. Markmann, 1. Vorsitzender.
A. Gensch, 1. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Dienstag, den 5. November 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:
Ordentl. Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Verlesen des Protokolls der Generalversammlung vom 23. April 1912.
2. Ergänzungswahl zum Vorstande, 2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer.
3. Beschlußfassung über das Weiterbestehen der Kasse als besondere Ortskrankenkasse nach Artikel 17 und 18 des Einführungsgesetzes zur R.-V.-O.
4. Antrag des Vorstandes: Erhöhung der Beiträge auf 4 1/2 Proz.
5. Verschiedenes. 290/6
R. Gottesmann, Vorsitzender.
F. Reele, Schriftführer.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Deutsch. Wagenbauer
Büro: Kaufhaus I.
Sonntag, 27. Oktober, vorm. 10 Uhr:
Mitgliederversammlung
bei Grieger, Reisingerstraße 9.
258/7
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse Lichtenberg.
Einladung zur
Ordentlichen General-Versammlung
der gemählten Vertreter der Ortskrankenkasse Lichtenberg zu Montag, den 4. November 1912, abends 8 Uhr, in Steuers Festsäle, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 128.
Tagesordnung:
1. Neuwahl für die am Jahresabschluss ausfallenden Vorstandsmitglieder und zwar:
a. aus den Reihen der Arbeitgeber für die Herren Blum und Dorschheimer,
b. aus den Reihen der Arbeitnehmer für die Herren Krumm, Günther, Seifert und Dittell,
c. Ergänzung für den Arbeitnehmer Herrn Krause, für die Amtsperiode bis 31. Dezember 1913.
2. Beschlußfassung über Stellung des Antrages auf Zulassung bezw. Aufstellung der diesseitigen Ortskrankenkasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse.
3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1912.
4. Vorlegung des Etats für das Gemeinwesen im Feldberg und für die Badeanstalt der Kasse pro 1913.
5. Statutenänderungen.
6. Kassenangelegenheiten. 280/9
Der Vorstand.
C. Seifert, Vorsitzender.
Großes Partikelokal,
nahe Berlin, 500 Personen. Bier mit geringer Anzahlung zu vert. oder zu verm. Offerten „Lips 100“, Exped. d. „Fächern Stg.“, Fächernstraße/Spree.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Kredit Garderobe Möbel Kredit

Zur
Herbst- und Winter-Saison
unvergleichlich große Auswahl in
Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleidung
auf bequeme Teilzahlung — geringe Anzahlung.
Möbel. Komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Auch einzelne Ersatzteile.

Schuhwaren Pelzwaren

C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Straße 15 neben der Feuerwache
Aufgang Ravenstraße 6
Jedermann erhält Kredit

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Ratenzahlung

wöchentlich 50 Pf.



Heines Werke

herausgegeben
von MEHRING

3 elegante Leinenbände
Preis 4 Mark

Bestellungen nimmt unser
Zeitungsbote entgegen.

Aufsehen erregen

unsere Schlager!

5⁹⁵ Herren
echt Chevreau
Derby
Lack.

4⁶⁵ Damen
in Chevreau
Lack.

5⁷⁵ Damen
Prima
Robcheveau
Derby
Lack.

5⁸⁵ Damen
in Lack
Derby

5⁹⁰ Damen
in Lack mit
diversen
Einsätzen

3⁷⁵
27/30
31/35 4.25
in Rindbox u.
Robcheveau
mit Lack

6²⁵ Herren
Prima
Robcheveau
Derby
Lack.

5⁹⁵ Herren
Rind-
box, Schnür,
Schnalle,
Zug

Lewinsohn
Größtes Schuhwarenhaus
für Gelegenheitskäufe
Rosenthaler Str.
40-41
Hackescher Markt

R.H.

2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110,
(am Strausberger Platz).

3. Geschäft: Charlottenburg,
Nehringstr. 34, Ecke Nagasakistraße,
am Friedrich-Carlplatz.

Eile zu
Weile!

Pelz-
Stolas

Schöne Formen!



Hervorragend
billige Preise!
Riesenhafte
Auswahl!

Skunks-Stolas
von 35 M. an.

Nerzmurm-
Stola mit
Köpfen u.
Schweifen 13.50

Alaska-Fuchs 7.50
Imitation . . .

Eigene Kürschnerei.

Dresdener Str. 119
Hochbahn Kottbuser Tor.
Bitte genau auf Hausnummer 119
und Firma Eile zu Weile zu achten.
Sonntags 12-2 geöffnet

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle eleg. Mo-
natsgarderobe in feinsten Werk-
stätten. Berlins gearb. von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliern nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldaner, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 35
an der Central-Marktstraße
II.: Turmstr. 67, I. Etage,
befindet an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellosten Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von 1 Mark an.
Fuchschneider u. Werkstatt im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Heilenden
mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für
fertige Garderobe.
Sonntags geöffnet.

Ein guter Gedanke

wird Sie veranlassen, Ihren
Bedarf an eleganten Monats-
und Absonnements-Garderoben
nur bei der Monatsgarderoben-
Verkaufs-Gesellschaft, Dres-
dener Strasse 11 zu kaufen. Wir
verkaufen zu auffallend niedri-
gen Preisen und empfehlen nur
kurze Zeit verliehen gewesene
und gut erhaltene

getragene Anzüge und
Paletots die teils bis M. 125
gekostet haben, für
M 9.- 12.- 15.- 18.-

ferner ein grosser Posten
Hosen Wert bis 22.- 2-8
jetzt M.

Jünglings-Anzüge
Wert bis 30 M.
jetzt M 6, 8, 10, 12-18

Monatsgarderoben-
Verkaufs-Gesellschaft
Dresdener Str. 11 am Kott-
buser Tor

Sie

kennen doch die
so sehr beliebte
Credit-Firma
im Süden Berlins

Hugo Udo Cohn

Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13

Credit unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe

Paletots, Ulster, Anzüge in jed. gewünschten Qualität u. Grösse.
Sammet- u. Plüsch-Mäntel, Damen-Ulster, Kostüme,
Knaben- u. Mädchen-Bekleidung, Schuhwaren, Pelzwaren

Möbel und Polsterwaren in grosser Auswahl.

Complete Wohnungs-Einrichtungen.

Kleine
Anzahlung!

Besichtigen Sie meine neuen Geschäftsräume!

Niedrige
Raten!

Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Garderobe auf Kredit

Herren-Anzüge, Paletots, Ulster

Wochenrate 1 Mark, mässige Anzahlung

Damen-Kleider, Kostüme, Röcke, Blusen usw.

Kinder-Garderobe (Knaben und Mädchen)

Wöchentlich 1 Mark, mässige Anzahlung

EBRUDER LIEBER, Alexanderstr. 16

vis-à-vis der Holzmarktstrasse, direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Ausschneiden, mitbringen, Wert 3 Mark.

Sonntag von 12 bis 2 Uhr geöffnet

Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf
Stuben u. Küchen M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.- Bequeme
Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von M. 5.- Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- au M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärts!

Sonntags geöffnet von 12-2.



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)

gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

Herbst- u. Winterpaletots

Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen

und Arbeiter-Berufskleidung.

Slegante Maß-Anfertigung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Der Verkauf des russischen Fleisches

vollzog sich gestern in sämtlichen Markthallen ruhig und ohne jede Störung. Die Polizei und die städtische Verwaltung hatten Vorkehrungen getroffen, damit das Publikum von einer Seite zu den Verkaufsständen gelangen konnte. Nachdem eine Gruppe der Käufer den Eingang passiert hatte, wurde dieser bei großem Andrang von einem halben Dutzend Schutzleuten mittels starker Stricke abgeperrt. Die abgefertigten Käufer und Käuferinnen mußten dann in der entgegengesetzten Richtung die Gänge verlassen. Auf diese Weise wurde die Ordnung aufrecht erhalten. In einzelnen Markthallen waren 20 Schutzleute mit der Aufrechterhaltung des Verkehrs beschäftigt. Während sich das Publikum an den städtischen Fleischverkaufsständen drängte und die Vorräte schnell abnahmen, hatten die übrigen Schlächter in den Hallen nichts zu tun. Die Stände hingen voller Fleisch, gekauft wurde es aber nicht.

In der gestrigen Sitzung des Magistrats machte der Oberbürgermeister über die bisherigen Zufuhren und den Absatz des russischen Fleisches Mitteilung. Der Verkauf hat gestern vormittag an 79 Ständen in den Markthallen stattgefunden. Die Nachfrage des Publikums nach dem Fleisch ist andauernd stark. Für diese Nacht sind wieder sechs Waggons mit Rind- und Schweinefleisch aus Rußland angemeldet. Die Nachrichten aus Warschau lauten günstig, und es besteht die Hoffnung, daß von Anfang November an wöchentlich regelmäßig 3000 Zentner eintreffen werden.

Leider geht die von den staatlichen Organen ausgeführte Untersuchung etwas langsam von statten.

Der Oberbürgermeister

machte gestern verschiedenen Pressevertretern gegenüber die folgenden Mitteilungen:

An der Fleischzufuhr arbeiten jetzt etwa 40 bis 50 Personen. Geschlachtet wird speziell in Warschau, und zwar in der Stadt selbst an zwei Stellen von 12 Berliner Schlächtergesellen und gleichfalls außerhalb Warschaws. Zum Schlachten kommt gutes und mittelgutes Fleisch. Der Bezug an Schweinefleisch geht recht erfreulich; eine große Sendung ist erst gestern eingetroffen. Die Meinung der mit der Aufgabe betrauten Herren geht dahin, daß Anfang nächster Woche der regelmäßige Verkehr einsetzten dürfte.

Dieser regelmäßige Betrieb wird zunächst in einer Einfuhr von 3000 Zentnern Fleisch wöchentlich bestehen; wobei nicht das Tages-, sondern nur das Wochenquantum garantiert ist. Anfang November soll dieses Quantum nach Möglichkeit auf die doppelte Höhe, nämlich 6000 Zentner wöchentlich gebracht werden. Erfreulich ist dabei die Tatsache, daß es gelungen ist, für unseren Fleischbezug, erste Quellen zu erschließen; wir sind darin besser dran als andere Städte. Wir haben eben einen sehr geschickten Mann in Warschau, der nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten jetzt eine gute Verbindung ermittelt hat. Er schreibt, daß von nun an die Wagen sauber mit Matten belegt werden, daß das Schweinefleisch belle, zarte, junge Ware sei und daß es bestimmt gut und sauber ankommen würde.

Nach diesen Ausführungen kam der Oberbürgermeister auf die Fleischkravalle und ihre Begründung zu sprechen. Er meinte, daß es ein großer Irrtum sei, zu glauben, daß „ganz Berlin“ nunmehr billiges Schweinefleisch und Rindfleisch haben könne, „wenn die Fleischer nur wollten“. Das ist durchaus falsch! „Ich selbst“, fügte Oberbürgermeister Bernuth besonders betonend hinzu, „habe es immer ausgesprochen, daß die getroffenen Maßnahmen nicht annähernd ausreichend sind!“ Bei aller unglaublicher Anstrengung zur Erschließung neuer Quellen — Anstrengungen, die gewiß gute Resultate zeitigen — ist und kann immer nur eine verhältnismäßig kleine Versorgung erzielt werden. Die Hausfrauen stellen sich die Einfuhr des russischen Fleisches als ein Allheilmittel vor. Sie irren sich aber darin! Gewiß, ein Rückgang im Preise einheimischen Fleisches dürfte durch die Einfuhr auch erzielt werden. Aber auch nach dieser Richtung hin ist es bezeichnend, daß der Preisrückgang bisher nur in der Nähe der Fleischhallen eingetreten ist. Dort allerdings gleich so bedeutend, daß es schon etwas Tendenzloses zu haben scheint. Im großen und ganzen aber genügen 3000, und selbst zweimal 3000 Zentner Fleisch pro Woche nicht, auf die allgemeinen Fleischpreise irgendwie einzuwirken. Wie diese Menge auch nicht dazu genügt, um jeder Berliner Hausfrau den Fleischtopf zu füllen, obwohl wir einen Vorrat in Warschau haben. Was sehr schade ist; die Briefe, die hier einlaufen, zeigen wie schade. Da schreibt eine Frau, sie habe nun endlich ihrem Mann ein Stück Fleisch vorsetzen können; der Tag habe sich zu einem förmlichen Familienfest gestaltet; sie sei unausprechlich dankbar usw. Diese Zuschriften sind rührend. Unter den Umständen sind die Ansprüche des Nordens und Ostens Berlins besonders berücksichtigt worden.

Der gegenwärtige Stand ist folgender: Es haben sich 79 Verkäufer gemeldet, die auf die Hallen 2 bis 14 verteilt sind; mit Ausnahme der Halle 5. Daß Halle 1 und 5 kein Fleisch haben, liegt wohl am Fleischmangel. Wahrscheinlich kamen sie zu spät. Es herrscht eben jetzt kein Mangel an Verkäufern mehr, sondern am Verkaufsobjekt. Ein Mangel an Verkäufern dürfte auch kaum noch einmal eintreten; im schlimmsten Falle haben wir noch immer das Angebot der Fleischergesellen.

Die Preise für russisches Schweinefleisch, das eben eingetroffen, sind, wie folgt festgesetzt: Kopf und Beine 45 Pf., Schulter und Brust 75 Pf., Bauch 80 Pf., Kamm und Schenkel 85 Pf., Rückenfleisch und Lende 80 Pf., Kotelett 90 Pf., Leber 1 R. Der Verkauf in den Hallen beginnt heute.

Wenn das städtische Unternehmen gelingen soll, muß die Stadt unter allen Umständen den Verkauf selber in die Hand nehmen. Es mehren sich die Klagen, nach denen die Verkäufer des russischen Fleisches die Käufer nicht in der vom Magistrat vorgeschriebenen Weise bedienen. Mit der Verwendung der Knochen als Beilage wird Unfug getrieben; auch mit den anderen Fleischsorten, die nicht genügend auseinandergehalten werden. Dementsprechend werden auch die höheren Preise für Fleisch gefordert, das eigentlich Suppenfleisch ist. Gestern wurde uns von einer Arbeiterfrau Fleisch vorgelegt, das als „Runde“ mit 84 Pf. bezahlt wurde, aber zur Hälfte aus Talg bestand. Das Fleisch war im Stand 98 in der Lindenhalle verkauft worden. Ähnliche Fälle wurden aus einigen anderen Hallen gemeldet. Es liegt nahe, daß Leute, die anfänglich den Verkauf des russischen Fleisches verweigerten, ein Interesse daran haben, nunmehr auf andere Weise dem launenden Publikum den Fleischbezug zu verwehren. Dagegen sollte der Magistrat mit allen Mitteln vorgehen. Im Publikum wird allgemein dem Unternehmen des Magistrats große Sympathie entgegengebracht. Wenn die ersten Schwierigkeiten behoben sind, wird der Verkauf des Fleisches glatter vor sich gehen als bisher; aber der Magistrat sollte den Schlächtermännern den Verkauf nicht überlassen.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 27. Oktober, früh 8 Uhr:

Flugblattverbreitung

von folgenden Lokalen:

- Schulz, Parochialstr. 36, Weichnast, Grünstr. 21, Dorn, Mittelstr. 39, Bartusch, Kanonierstr. 6, Nothe, Flensburger Str. 24.

Hilfskräfte aus anderen Kreisen sind sehr erwünscht und bitten wir die Genossen, sich in den angegebenen Lokalen zu melden.

Neukölln. Sonntagvormittag findet eine Flugblattverbreitung verbunden mit Hausagitation für die Wähler der II. Abteilung statt. Diejenigen Genossen, welche sich für die II. Abteilung zur Verfügung gestellt haben, müssen vollzählig erscheinen.

Das Wahlkomitee.

Strausberg. Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Hofe (Bürgergarten): Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. 3. Kasienbericht vom III. Quartal. 4. Bericht über die Parteipredigt. 5. Vereinsangelegenheiten.

Rönigswusterhausen. Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet in Guffow beim Gastwirt Schult eine Volksversammlung statt, in der Genosse Kläh über „Volksentrechtung, Volksweld und Kriegsgefahr“ sprechen wird. Die Genossen der umliegenden Ortschaften werden erjucht, für zahlreiche Besuch Sorge zu tragen.

Rönigswusterhausen. Die Genossen treffen sich zur Kalenderverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr in folgenden Lokalen: Wildau, Doberlehme bei Rodanel; Rönigswusterhausen bei Heidrich, Berliner Straße; Dentschewerhausen bei Großmann.

Stralen. Am Sonntag, den 27. d. M., vormittags 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Am Dienstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, in den Markgrafentälern: Öffentliche Versammlung. Genosse Dr. Breitscheid referiert über: „Ich bin ein Preuße.“

Reinickendorf-Or. Am Sonntag früh von 8 Uhr ab findet eine Flugblattverbreitung statt.

Laßdorf-Niederborsdorf-Kallberge. Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokal von Hennig, Kallberge, Heilmitt. 35 (Restaurant zum Bergwerk). Redakteur Genosse G. Schörrer. Berlin spricht über: „Nieder mit dem preussischen Dreiklassen-Wahlrecht! Fort mit den Agrarjökeln!“ — Genossen, sorgt für Massenbesuch.

Alt-Landsberg. Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 6 Uhr, bei Thomas Schmidt, Alt-Landsberg Süd: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Konowes. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in den Deutschen Festjalen (Ernst Schmidt) statt, in der die Genossin Zetkin aus Stuttgart über das Thema „Was für ein Interesse haben die Frauen am Wahlrecht?“ referieren wird.

Sinaaten. Am Sonntag, den 27. Oktober, früh 7 1/2 Uhr, von Gnddigs Gasthof aus: Wichtige Handzettelverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Einen erfreulichen Beschluß hat gestern der Berliner Magistrat gefaßt. Er hat beschlossen, von einer Bebauung des Egerzierplatzes an der einsamen Pappel Abstand zu nehmen und auf dem Platz nach Durchlegung der Sonnenburger nach der Schönflieher Straße eine Spielwiese mit Zubehör herrichten zu lassen.

Dieser Beschluß kommt unserer Forderung nahe, die unsere Genossen in der Berliner Tiefbaudeputation und wir an dieser Stelle im Anfang dieses Jahres erhoben haben. Tiefbaudeputation und Magistrat haben bisher auf dem Standpunkt, daß der Egerzierplatz eine Handbebauung erhalten sollte unter Freihaltung einer größeren Grünfläche für die erfolgungsuchende Bevölkerung. Unsere Genossen in der Tiefbaudeputation verlangten die Herstellung des Platzes zu einem Volkspark. Das sei um so mehr erforderlich, weil durch die Verschandelung der Schönhauser Allee durch die Hochbahn der dort wohnenden Bevölkerung Ersatz für entgangene Erholungsmöglichkeit geschaffen werden müßte. Demgegenüber wurde aber von der Tiefbaudeputation und vom Magistrat bis vor kurzem an der Handbebauung festgehalten; noch in der vorletzten Sitzung der Tiefbaudeputation waren die Modelle für die Bebauung ausgestellt. Wenn der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschloß, von einer Bebauung Abstand zu nehmen und das Gelände zu einem Spielplatz herrichten zu lassen, so ist das ein Umschwung der bisherigen Haltung, der von der Bevölkerung des Nordens nur freudig begrüßt werden wird.

Das Kuratorium der Julie-Lyppenheim-Stiftung hat der städtischen Schanddeputation auch für dieses Jahr wieder die Mittel zu neun Theateraufführungen im Schiller-Theater für die ersten Klassen der Gemeindefschulen zur Verfügung gestellt. Gegeben wird Lessings „Mina von Barnhelm“. Die Aufführungen finden im Laufe des Wintersemesters 1912/13 statt.

Die Straßendehnung 164 soll über den Ringbahnhof Landsberger Allee hinaus bis Hohenbuchowen geführt werden unter Verlegung des Endpunktes in die Wartenbergstraße. Die Fahrpreise stellen sich für die ganze Strecke Charlottenburg, Bahnhof Jungfernheide—Hohenbuchowen auf 20 Pf., für Charlottenburg, Allee bis Landsberger Allee, Ede Alleestraße und für Bahnhof Jungfernheide bis Ringbahnhof Landsberger Allee auf je 15 Pf. und auf je 10 Pf. für folgende Strecken: Bahnhof Zoologischer Garten—Ringbahnhof Landsberger Allee; Charlottenburg, Allee—Alte Landwehr; Charlottenburg, Luisenplatz—Spittelmarkt und Bahnhof Jungfernheide—Jerusalener Straße.

Zwei tödliche Straßenunfälle werden vom Donnerstagnachmittag gemeldet. Auf dem Heimwege von der Schule kam der 8 Jahre alte Sohn Hans des Werksführers Löwenhagen aus der Beusselstraße 59 um das Leben. Der Kleine spielte unterwegs an der Ecke der Beusselstraße und Beusselstraße mit Schallameraden und achtete nicht auf seine Umgebung. Hierbei fiel er so unglücklich hin, daß er unter einen Wehswagen geriet. Der schwerbeladene Wagen ging ihm über die Brust und drückte sie ein. Ein in der Nähe wohnender Arzt konnte nur noch den Tod des Knaben, dem die Leber zerrissen worden war, feststellen. Der Verunglückte ist der einzige Sohn seiner Eltern. — Ein unbekannter Mann wurde um 9 Uhr beim Ueberschreiten des Bahndammes der Wartenbergstraße von einem einspännigen Geschäftswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Hilfsstraße am Spittelmarkt, wohin man ihn brachte, gleich nach der Ankunft verstarb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Der

Mann, seinem Aussehen nach wohl ein Händler, ist ungefähr 65 Jahre alt, mittelgroß und schlank, hat dunkelblondes Haar und einen grauen Vollbart und trägt einen schwarzen Winterpaletot, ein graues, fein kariertes Jackett und eine graue, groß karierte Hose. Seine Wäsche ist nicht gezeichnet.

Der Räuber und Messerstecher Paul Minow, der den Ueberfall in der Frankfurterstraße verübte, wurde gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er bleibt nach wie vor dabei, daß er die Tat allein verübt und nicht die Absicht gehabt habe, die betagte Verkäuferin zu töten.

Ein schwerer Straßenaunfall trug sich Donnerstagnachmittag auf dem Potsdamer Platz zu. Als die Rentiere Fleisch den Platz überfahren wollte, geriet sie, durch den starken Verkehr und den Lärm verwirrt, gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 52 und wurde umgestoßen. Die Verunglückte erlitt eine Gehirnerschütterung sowie Quetschungen am Hinterkopf. Sie erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann auf Wunsch der Angehörigen nach der Wohnung gebracht.

Selbstmord einer Fünfzehnjährigen. In der letzten Nacht hat das 15 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Heide, das bei einem Schriftsetzer B. in der Neuen Königstraße in Stellung war, seinem Leben ein Ende gemacht, indem es den Verschluß eines Gasrohrs, das in sein Zimmer führt, öffnete und das austretende Leuchtgas einatmete. Als es gestern früh von seiner Dienstherrin aufgefunden wurde, war es bereits zu spät. Das Mädchen hinterließ zwei Briefe, die an ihren Vater gerichtet waren und von der Polizei beschlagnahmt wurden. Die Lebensmittele schreibt darin, daß sie die Tat begehe, weil sie es bei ihrer Herrschaft, die sie auch geschlagen habe, nicht aushalten könne. Früher hatte das Mädchen davon auch schon anderen Leuten erzählt und dabei auch Selbstmordgedanken geäußert. Die Tote stammt aus Harzburg und kam von dort vor einem Jahre zu der Familie B. in Stellung.

Zwei schwere Straßenaunfälle ereigneten sich gestern abend in der achten Stunde. Als kurz nach 7 Uhr der Pensionsinhaber Leo Kummel aus der Wilhelmstraße 50 an der Ecke der Mauerstraße den Fahrdamm der Leipziger Straße überschreiten wollte, überfuhr er einen Straßenbahnwagen. Ehe der Führer diesen zum Stehen bringen konnte, lag er unter der Plattform. Er erlitt schwere Quetschungen und erhebliche Kopfverletzungen. Die herbeigeholte Feuerwehr befreite ihn aus seiner gefährlichen Lage und brachte ihn nach der chirurgischen Abteilung der Charité, wo er schwer darniederliegt. — Der zweite Unfall trug sich auf der Kottbuser Brücke zu. Hier wurde der 16 Jahre alte Arbeitsbursche Friedrich Neumann aus der Köpenicker Straße von einem Kastrupweber überfahren. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde er mit einem Künzelschen Krankenwagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Feuer kam in einer Baubude in der Urbanstr. 169 durch eine Petroleumlampe aus. Als die Welle erschien brannten dort Kleider, Petroleum u. a. In der Löhnowstraße 105 und Potsdamer Str. 73 mußten zwei Brände gelöscht werden. Strohhüllen, Tische, Kleider u. a. brannten dort. Wegen eines Kellerbrandes rüdte der 7. Zug nach der Hausburgstr. 6 aus. Sade, Hausrat u. a. standen dort in Flammen.

Der Turnverein Fichte als der Förderer der Gesundheit und frischen Lebenskraft des Berliner Arbeiters und seiner Kinder führt zum 11. Stiftungsfest der 11. Männer-Abteilung am Sonntag, den 27. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, „Abenteuer eines Junggeheils“ und „Die fromme Helene“ von Wih. Busch seinen Freunden mit Rezitationen vor. Beginn 6 Uhr.

Zeugen gesucht. Personen, die am Mittwoch, den 23. d. Mts., nachmittags 7 1/2 Uhr, vor dem Hause Webersstraße 12 den Omnibusunfall (Linie 29, Wagen Nr. 1200) bemerkt haben, bei dem ein Arbeiter einer Pappenfirma umgefahren wurde, werden um Angabe ihrer Adressen an Julius Neumann, Gubenstr. 61, gebeten.

Fußballspiele der Arbeiterturn- und Sportvereine. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Fichte I gegen Fichte IX nachmittags auf dem Turnplatz in Treptow, Köpenicker Landstraße; Sadowberg-Kummelsburg nachmittags in Woriendorf, Vessenerstraße (Blanke Höhe); Fichte XVII Charlottenburg vormittags in Reinickendorf, Lette-Allee. Die Spiele am Vormittag beginnen um 10 Uhr, am Nachmittags um 3 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir erinnern, daß die Sonntagskurse des Genossen Brunwald morgen (Sonntag) ihren regelmäßigen Fortgang nehmen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Umgestaltung des Dernburgplatzes bezweckt ein Entwurf, den der Magistrat den Stadtverordneten unterbreitet. Für die Herstellung einer Anlage zur Spülung des Liegenlandes waren durch den Etat von 1912 84 000 M. zur Verfügung gestellt worden, davon 19 000 M. für eine Kasubenanlage auf dem Dernburgplatz. Der Entwurf sah neben der Anlage eines Wasserbeckens im oberen Teil des Platzes eine Kasode in einer Breite von 4 Metern und die Vermittlung des Wasserabflusses in den Kirchengiebel durch eine Hofableitung vor, sab aber von einer gärtnerischen Umgestaltung der Anlagen ab. Da jedoch, wie sich später herausstellte, die Kasode in einer Breite von 4 Metern nicht genigte, war eine Erweiterung auf 5 Meter erforderlich, und zur Herbeiführung eines natürlichen Abflusses in den See wurde die Anlage eines zweiten, unteren Wasserbeckens für notwendig erachtet. Da nun die Kasode den Platz beherrschen wird, soll auch die Gartenanlage ihr angepaßt und zur Erzielung eines harmonischen Ganzen von Grund aus geändert werden, wobei auch auf die Anlage zahlreicher Sitzplätze und eines Kinderpielplatzes Bedacht genommen ist. Der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten, die Restkosten für die Anlagen der Kasode und für die gärtnerische Umgestaltung in Höhe von 41 700 M. zu bewilligen.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Das Pressebureau des Magistrats teilt mit: Es ist in vereinzelten Fällen wieder darüber gellangt worden, daß die polizeilich vorgeschriebene Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten von der städtischen Desinfektionsanstalt nicht so schnell ausgeführt wurde, als es den Beteiligten erwünscht erschied. Es handelte sich hierbei fast stets um den Todesfall eines Angehörigen oder um die Ueberführung eines anderen in ein Krankenhaus, und es lag das berechtigige Verlangen vor, die bisher verpönt gebliebenen Angehörigen durch Vornahme der Desinfektion so schnell wie möglich zu sichern. In solchen und ähnlichen Fällen empfiehlt es sich stets, die städtische Anstalt um Vornahme der Desinfektion unmittelbar zu ersuchen, anstatt abzuwarten, bis bei dieser die polizeiliche Anzeige eingelaufen ist. Da diese Anzeige vom Eingang der Meldungen des behandelnden Arztes und von anderen Umständen abhängig ist, so ist der Verlust eines gewissen Zeitraumes unvermeidlich. Die städtische Desinfektionsanstalt nimmt die Desinfektion von Wohnungen und Gegenständen auch vor Eingang der polizeilichen Anzeige auf private Aufforderung vor. Sie bedarf der polizeilichen Mitteilung allerdings, um je nach der Art der gemeldeten Erkrankung feststellen zu können, ob die verlangte Desinfektion gebührenfrei oder gebührenpflichtig war. Diese Feststellung aber kann natürlich auch nachträglich erfolgen.

Lichterfelde.

Einen Sieg zu erringen, gelang unseren Genossen bei der am Freitag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung im Osten. Von den abgegebenen Stimmen erhielt der sozialdemokratische Kandidat Genosse Wenzel 812, während der gegenwärtige Kandidat, Oberfaktor Rübke, nur 304 Stimmen auf sich vereinigte. Genosse Wenzel ist somit gewählt.

Steglitz.

Der erste Schritt zur Bekämpfung der Fleischteuerung, den unsere Gemeindeverwaltung unternahm, hat mit einem vollen Erfolg geendet. Es ist ihr gelungen, die Preise derart herabzubringen, daß erstklassiges Fleisch den Verbrauchern billig und sonntags bezahlbar werden konnte. Doch selbst damit war unsere Verwaltung nicht zufrieden. Jedem selbst damit war unsere Verwaltung der Bürger ungeheuer, nicht zufrieden. Um der großen Masse den Beweis von der völligen Unschädlichkeit selbst reichlicher Fleischmengen zu erbringen, ging man weiter und ließ es einer Anzahl mutiger und opferwilliger Männer in delikater Zubereitung, sogar mit einigen Vor- und Nachspeisen servieren, wobei man nur die eine Vorsicht gebrauchte, jedem einige Flaschen älteren Weines als eventuelles Gegengift zur Verfügung zu stellen. Wenn man den Bericht der Lokalpresse über die Veranstaltung glauben schenken darf, scheint das Gegengift viel in Anwendung gekommen zu sein, denn es wird ausdrücklich festgestellt, daß es bei einigen "sehr heftig" gewirkt habe. Im übrigen scheint aber das Probieren, als dessen Vorwand man die Einweihung des Lyzeums in der Rothendurgstraße genommen hatte, völlig unschädlich verlaufen zu sein. Offensichtlich sporn das Resultat nun aber die Herren vom Reichsgutauschuh an, sich ihrer Aufgabe mit doppeltem Eifer zu widmen, um auch der übrigen Steglitzer Bevölkerung Gelegenheit zu verschaffen, einen Versuch mit billiger Fleischmahlung zu machen. Ausgerechnet dem Reichsgutauschuh wurde nämlich in der Gemeindevertreterwahl vom 4. Oktober die weitere Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischteuerung überwiesen. Was haben die Herren bis jetzt getan? Haben sie überhaupt schon "beraten"? Wie steht es mit der Forderung des Gemeindevorstandes, auch fernerhin in Gemeinschaft mit Berlin alles zu tun, der nicht zu leugnenden Fleischteuerung entgegenzuwirken? Berlin verkauft schon seit einigen Tagen billiges Fleisch. Charlottenburg, Schöneberg und Tempelhofer sind noch dem gestrigen "Vorwärts" gleichfalls Abnehmer. Wo bleibt Steglitz? Sollen wir etwa warten, bis auf dem Reichsgut ein neuer Schweinefleisch gebaut ist und dann ein halbes Dutzend Ferkel großgezogen sind, um mit deren Fleisch dem Notstand abzuhelfen? Die arbeitende Bevölkerung verlangt dringend sofortige Maßnahmen. Der Gemeindevorordnete Schlächtermeister Preuß hat in öffentlicher Sitzung die Bereitwilligkeit seiner Kollegen zum Verkauf russischen Fleisches erklärt, warum beteiligt sich die Gemeindeverwaltung nicht an dem gemeinschaftlichen Bezug? Unsere Gemeindevähler erwarten von ihren Vertretern, daß sie alles aufbieten, um endlich auch in Steglitz erschwingliche Fleischpreise zu schaffen.

Schöneberg.

Die Frage der Fleischversorgung stand vorgestern in der Stadtkommission wieder auf der Tagesordnung. Der Magistrat verlangte einen Kredit von 10.000 M. Auf Anfrage unserer Genossen gab Bürgermeister Unger einen Bericht über die Verhandlungen mit den Fleischern. Danach hätten sich 21 von ihnen bereit erklärt, Fleisch für die Stadt zu verkaufen. Eine Festlegung der Preise habe noch nicht erfolgen können. Die Materie sei außerordentlich schwierig. Von unseren Genossen wurde dagegen geltend gemacht, daß die hier abzuhandelnden Verhältnisse doch auch in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg beständen, dort aber sei man mit den Vorbereitungen fertig und der Verkauf bereits aufgenommen worden. Daraus könne man schließen, daß vielleicht doch die Fleischer Schwierigkeiten machen. Die Vorgänge in Berlin ließen besondere Vorsicht geraten sein. Bürgermeister Unger erklärte, nur sachliche Erwägungen verlangten die Verhandlungen. Es sei zu berücksichtigen, daß hier keine Markthallen zur Verfügung stünden, die Fleischer nicht so billig verkaufen könnten, als wie in Berlin, wo das russische Fleisch in den mittlere Ständen abzugeben würde. Stadtvorordnete Platen machte Mitteilungen von allerhand Treibern der Fleischer in den Markthallen, die den Vertrieb des Fleisches verhindern möchten. Man suche die Kunden abzuführen. Das Fleisch würde als schlecht, mäßig, krank und viel zu teuer bezeichnet. Frauen, die nach den Verkaufsfänden frügen, wurde figurativ hin und her geschickt; ja, selbst ihren Eintritt in die Halle habe man zu verhindern gesucht. Wegen solches Verhalten müsse der stärkste Einspruch erhoben werden. Auch von anderer Seite würde der Magistrat dringend ersucht, es nicht an der notwendigen Vorsicht fehlen zu lassen. Stadtrat Tiele, als ehemaliger Fleischer, bemerkte, nach seinem Befund sei das russische Fleisch gut, aber der Preis zu hoch. Dagegen wäre deutsches Fleisch von ausgezeichneter Qualität von einem hiesigen Fleischer zu erkauflich billigen Preisen abzugeben. Man werde Umschau halten müssen, ob man nicht solches Fleisch beziehen könne. Bürgermeister Unger gab die Versicherung, daß, wenn die Fleischer Schwierigkeiten machen würden, die Stadt durch geeignete Maßnahmen den Vertrieb des Fleisches sicher stelle. — In einer noch am Abend abgehaltenen Besprechung mit den Fleischern wurde nach Mitteilung ein Einverständnis erzielt auf der Basis, daß die Fleischer pro Zentner verkauften Fleisches nicht ganz 4 M. Uberschuss erzielen. Wahrscheinlich könne man den Verkauf am Montag aufnehmen. Sodann hand die Vorlage betreffend Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Erörterung. Die Bürgerlichen begannen gleich, Verschlechterungsanträge einzubringen. Die Mehrheit beschloß denn auch zu Punkt 1, die Ausschüsse von der Bestimmung einer neunstündigen Arbeitszeit auszunehmen. Außerdem wurde auf Antrag des Magistrats auch das Aufsichtspersonal von der Verbesserung ausgenommen. Ferner beantragten die Bürgerlichen die Bestimmungen für Ueberstunden zu verschlechtern. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Genosse Grauer, die Fraktion wäre geneigt gewesen, obwohl die Beschlässe der Kommission längst nicht ihren Forderungen entsprächen, auf die erneute Einbringung ihrer Anträge zu verzichten; das sei aber in der Voraussicht geschehen, daß von den bürgerlichen Herren keine Verschlechterungen versucht würden. Ihr Verhalten mache die Voraussetzung hinfällig und daher sehr man sich gezwungen, zu jeder Position die entsprechenden Verbesserungsanträge einzubringen. Daraufhin ließ man sich herbei, die Verschlechterungsanträge zurückzugeben. Das hielt die Herren allerdings nicht ab, den Beschluß der Kommission, betreffend Zahlung des Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, durch einen Verschlechterungsantrag ummöglichen zu wollen. Es solle dieselben, wie es bisher gewesen, nach den Beschlässen der Kommission soll die Differenz in Zukunft regelmäßig bezahlt werden, nur ganz besondere Umstände sollen ein Abweichen von der Regel rechtfertigen. Ein ernstliches Eingreifen unserer Genossen veranlaßte die Herren Bürgerlichen schließlich, auf diesen Verschlechterungsantrag zurückzugeben. Daraufhin gelangte die Vorlage nach den vor 14 Tagen im "Vorwärts" mitgeteilten Bestimmungen zur Annahme. — In geheimer Sitzung kam dann die Besoldungsordnung für die Bediensteten in höheren und Vollschulen zur Verhandlung. Auch hier verurteilten die Bürgerlichen gegenüber den Beschlässen der Kommission Verschlechterungen durchzuführen. Doch gelangte, von einigen Abweichungen abgesehen, die Vorlage nach diesen Beschlässen in wesentlichen zur Annahme. Bei den kleinsten Versuchen, Pensionserhöhungen durchzuführen, hatten sich die Bürgerlichen solange aufgehalten, daß die Beratung über die Gehaltsregelung der Beamten sowie des Magistrats nicht erledigt werden konnte.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Donnerstagabend in der Mainzer Straße zugetragen. Die dort wohnende Sattlerfrau Wabitz mußte nachmittags eine eilige und wichtige Besorgung machen und deshalb ihren dreijährigen Sohn Erwin in der im vierten Stockwerk belegenen Wohnung zurücklassen. Während der Abwesenheit der Mutter kletterte das Kind auf einen, an dem Rücken-

fenster stehenden Stuhl, öffnete das Fenster und sah auf die Straße hinaus. Dabei beugte sich der Knabe so weit über das Sims, er verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe, wo er mit zerquetschten Gliedern liegen blieb. Der Kleine wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, unter dessen Händen er verstarb.

Treptow-Dammshulenberg.

In der Gemeindevertreterwahl berichtete der Bürgermeister zunächst, daß dem Vaterländischen Frauenverein für den im vorigen Jahr errichteten Kinderhort mehrere Räume des Gemeindehauses in der Ernststraße kostenlos zur Verfügung gestellt sind. Für ein neu zu errichtendes Schulgebäude in der Wilmersdorfstraße bewilligte die Gemeindevertretung sodann die Baulosten im Betrage von 375.000 M. In dieser Summe sind die Kosten für den Ausbau der dort bereits vorhandenen Turnhalle enthalten, die dann in drei Stockwerken übereinander benutzt und für die Schulen IV, V und VI genügen soll. Der Ausbau der Feuerbestattungsanlage auf dem neuen Gemeindefriedhof erfordert voraussichtlich 35.000 M., die einstimmig bewilligt wurden. Vorgezogen ist der gleichzeitige Einbau zweier Einäschungsöfen im Gesamtbetrag von 21.000 M. Die Restsumme wird durch die würdige Ausstattung der Nebenräume, Anlage eines Gewächshauses und dergl. mehr bedingt. Die Frage der Fleischversorgung, deren Dringlichkeit den Anlaß zu dem außerordentlichen Sitzungstage gegeben hatte, löste eine rege Aussprache aus, als deren Ergebnis die Vollmacht an den Gemeindevorstand herabging, sich an den Maßnahmen Berlins zu beteiligen und den Vertrieb des Fleisches in zweckmäßiger Weise in die Wege zu leiten. Zur Deckung der Losten und eines etwaigen Ausfalls wurden vorläufig 2000 M. zur Verfügung gestellt. Geplant ist, in jedem Ortsteil nur einen Schlächter mit dem Vertrieb zu betrauen, der sich verpflichten muß, an den Verkaufslagen von der betreffenden Fleischgattung jeweils nur das ihm zugeteilte billige Fleisch zu liefern. Auf diese Bedingungen haben sich bereits zwei Schlächter gegen Stellung einer Kaution verpflichtet. Der Vertrieb beginnt in der ersten Novemberwoche, es ist zunächst die Zufuhr von wöchentlich vier Schweinen und zwei Rindern vorgesehen. Mit Rücksicht auf die Vorgänge beim Beginn des Berliner Fleischvertriebs am Morgen des Sitzungstages wurde auch die Möglichkeit des direkten Vertriebes durch die Gemeinde erwogen. Gemeindevorordnete Hartzke stellte für diesen Fall einen kochenden Schlächterlohn kostenfrei zur Verfügung, welches Anerbieten der Gemeindevorstand dankend annahm. Ein Dringlichkeitsantrag der Grundbesitzer forderte die Einsetzung einer Kommission, die die Möglichkeit der Beschaffung von Vaugeldern durch Vermittlung der Gemeinde prüfen soll. Interessant war das Eingangsdatum, daß die Kommissäre des kapitalistischen Systems den hypothekensuchenden Hausbesitzern den Krug umzudrehen drohen. Es soll nun versucht werden, den unnötig verteuerten Zwischenhandel auf dem Feldmarkt auszuscheiden. Das ist ein Beginn, das die gleichen Kreise oft den Arbeitern bei der Anwendung auf ihre Lebensbedürfnisse verargen. Zur Prüfung dieser Frage soll sich der Gemeindevorstand nachkundige kopieren. Für eine kurze Spanne Zeit fühlte sich die Gemeindevertretung an diesem Abend auch als Amtsausführung, indem sie einer Polizeiverordnung über die Instandhaltung des Heidekampfbereichs zustimmte. Dieser soll überall auf eine Normal-Sohlendicke von 1,75 Meter erhalten werden. Die Schaukommission soll sich aus 4 Treptower und 2 Neußener Mitgliedern zusammensetzen, die alljährlich zweimal den Wasserlauf auf die Einhaltung der Vorschriften zu besichtigen haben. Bei der Verordnung handelt es sich um den Ertrag einer bisherigen Kreispolizeiverordnung, die sich durch das Eingehen zweier weiterer Gräben infolge Wasserzuzugs durch den Teltowkanal überlebt hatte.

Spandau.

Aus Verzweiflung über seine elende Lage hat sich der alte Kriegsveteran und pensionierte Eisenbahnbeamte August N. vorgestern in seiner Wohnung, Gortestr. 21, vergiftet. Wie man uns mitteilt, hatte N. als Gardebefehliger die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht. Außerdem war er 37 Jahre als Hülfsschaffner, Bremser usw. bei der Egl. Ostbahn tätig. Er wurde infolge starker Erkrankung vor circa drei Jahren als gänzlich erwerbsunfähig mit 18,65 M. pro Monat pensioniert. Da seine Frau vor zwei Jahren starb, geriet der Mann in Not und Verzweiflung, so daß er seinem Leben ein Ende machte. Und will es fast unmöglich erscheinen, daß die Egl. Eisenbahnverwaltung einen Mann, der 37 Jahre unter ständiger Lebensgefahr seine Kraft in den Dienst des Staates gestellt hat, mit einer so niedrigen Pension entlassen hat.

Notawes.

Die Kosten für die Gemeindevorarbeiten im laufenden Etatsjahr, die mit insgesamt 91.000 M. veranschlagt waren, jedoch eine wirkliche Ausgabe von 92.147,43 M. erforderlich hatten, verteilen sich auf die einzelnen Bauten wie folgt: Turnhalle für Gemeindefürsorge IV: 32.824,22 M. veranschlagt 35.000 M.; Turnhalle für das Lyzeum: 35.506,88 M. (35.000 M.); Umbau des Lyzeums: 12.800,01 M. (10.000 M.); Umbau der Fortbildungsschule: 11.517,37 M. (11.000 M.). Da sich nach Fertigstellung der Bauten herausstellte, daß die zu den Heizräumen der Turnhallen führenden Treppen eines Glasdachstuhls gegen die Einflüsse der Witterung bedürfen, so sah sich die Gemeindeverwaltung gezwungen, dafür sowie für die Herstellung zweier Blechabfuhranlagen noch die Summe von 2000 M. nachzubewilligen, so daß die tatsächlichen Baukosten 94.147,43 M. betragen.

Jugendveranstaltungen.

Notawes. Die Arbeiterjugend versammelt heute (Sonntagabend) im Restaurant "Vollgegart" unter Leitung von Pauline Marianne Meyer (Kleber zur Baute), des Arztes "Ründerhof", des Mandolinenklubs "Sphana" und des Einvereines eine Jugendfeier, deren anderleitetes Programm einen feinen gebotenen Kunstgenuss verspricht. Die Festele hält Herr Dr. Siegelried Weimberg-Berlin. — Eintritt 50 Pf. Kassenerhebung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Aus aller Welt.

Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch.

Im preussischen Abgeordnetenhause hat der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer gestern gründlich mit der Legende aufgeräumt, daß wir in Deutschland im Zeichen der Fleischteuerung leben. Die wahre Ursache des Fleischmangels sei vielmehr, daß die Hausfrauen nichts weiter als Fleisch zu kochen verstehen und daher Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch auf den Tisch bringen, das Unverständnis der Hausfrauen sei so groß, daß sie Kartoffeln und Gemüse nicht zu kochen verstehen und darum ihre stärksten Gehälften mit den zubereiteten Teilen von Tierleichen zu Tode füttern. Unser Spezialkorrespondent hat Herrn v. Schorlemer interviewt und zur Schande der Hausfrauen müssen wir gestehen, daß Herr v. Schorlemer aus purem Mitleid für die beteiligten Frauen entsetzliche Einzelheiten in seiner Rede beschwieg. So ist amtlich festgestellt worden, daß eine Bahndamierfrau ihrem Mann tagtäglich Braten vorgesetzt hat. In seiner Verzweiflung und seinem Elend vor der immerwährenden Fleischmahlung hat sich der Mann vor einem Güterzug gemorren. Mit einem Fluch auf Kalbsfleisch und Schweineschnitzel hauchte der Bedauernswerte sein Leben aus. Ein anderer Fall — er betrifft einen Hausdiener — führte bei dem Opfer unmäßiger Fleischstofferrei zum Verfallungswahn. Der Unglückliche hielt endlose Herden von Kühen, Kindern und Schweinen auf sich eindringen und mußte in eine

Anstalt gebracht werden. Wie unser Spezialberichterstatter noch erzählt, schweben zurzeit allein beim Amtsgericht Berlin-Mitte 7588 Ehescheidungsklagen wegen unüberwindlicher Abneigung gegen die resp. Ehefrauen, die in ihrer Unkenntnis der Gemüse- und Kartoffelkochkunst die Ehegatten mit Mehlteufen und Gänsebraten fütterten. Wie statistisch festgestellt wurde, betreffen 21/2 der Klagen Eheleute mit einem Einkommen unter 1500 M.

Aber noch eine andere überraschende Tatsache erzählt unser Spezialberichterstatter. Bisher war in den unteren Klassen allgemein die Ansicht vorherrschend, daß die Ehefrauen in den Kreisen der Erbklassigen die Sorge um die Hauswirtschaft der Dienerschaft überlassen, während in der Küche ein akademisch gebildeter Koch sein Szepter schwingt. Als unser Spezialberichterstatter gegen Herrn v. Schorlemer diese irrlige Ansicht äußerte, schaute der Landwirtschaftsminister ihn zunächst mitleidig an und lud ihn dann in sein Heim ein. Spartanische Einfachheit, trotzdem Herr v. Schorlemer einer der reichsten Grundbesitzer Deutschlands ist. Da gerade eine frische Ladung Birsingbohnen abgetragen wurde, war der Weg zur Küche leicht zu finden. Mit einer blanken Schürze umgürtet, sah in dem engen Küchengeläch die Gattin des Ministers und vermuhte gerade Mohrrüben, die mit Wasser und etwas Pflanzenfett ein lukullisches Mahl abgeben sollten. Wie die gnädige Frau auf Befragen gern erklärte, sei das Pflanzenfett jedoch nicht durchaus nötig, da nur mit Wasser gekochte Mohrrüben durch die Beigabe von Kartoffeln genügend schmackhaft seien. Um den in der höheren Kochkunst leider Gottes so wenig erfahrenen Arbeiterfrauen ein würdiges Beispiel zu geben, ließ sich die gnädige Frau herbei, unserem Spezialkorrespondenten den Speisezett für die kommende Woche mitzuteilen. Und der sieht so aus: Montag: Birsingbohnen gestopft mit Kartoffeln. Dienstag: Milchreis gekocht in abgerahmter Milch. Mittwoch: fällt aus, da Schorlemer zu Bekmanns zu Gast geladen sind. Donnerstag: Reisfleisch aus den Milchreisresten des Dienstag mit Beigabe von Kartoffelstücken. Freitag: Mohrrüben mit Schweinschmalz. Samstag: Kartoffeln in der Schale mit Rindertalgkugeln. Da für Sonntag eine Einladung zu Kaisers zu erwarten ist, ist das Sonntagsmenü noch nicht aufgestellt.

Aus den angeführten, durchaus wahren Tatsachen werden die verbitterten Hausfrauen hoffentlich erkennen, daß neben der Sozialdemokratie das Fleisch der ärgste Feind und Zerstörer der Familie ist.

Das Urteil im Veder-Prozess.

Nach zweiwöchiger Verhandlung hat das New Yorker Schöffengericht gestern vormittag das Urteil gegen den Polizeileutnant Veder gefällt. Die Geschworenen bejahten nach achtstündiger Beratung die Schuldfragen und erklärten Veder des Mordes im ersten Grade schuldig. Veder wurde zum Tode verurteilt. Im Gerichtsgelände und auf der Straße herrschte große Aufregung. Das Urteil wirkte auf alle überraschend. Nur der Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen und legte gegen das Urteil Berufung ein.

Immer standesgemäß.

Würdige Mitglieder der erstklassigen Gesellschaft Meinen der Herzog von Tallherand und seine Gattin, die Tochter des amerikanischen Milliardärs Jay Gould, zu sein. Nachdem die Dollarprinzessin die Freuden ehelicher Liebe zunächst mit dem Baron de Castellane durchgeliebt hatte, legte sie sich im Jahre 1908 den Herzog von Tallherand als Gatten zu, der außer der jädigen Krone ein leeres Portemonnaie und zahlreiche Schulden mit in die Ehe brachte. Die wurden auch nicht weniger, da die neugebackene Herzogin das Geld mit vollen Händen ausgab und, wegen Verschwendung entmündigt, mit lumpigen drei Millionen Mark pro Jahr den Hausstand führen mußte. So kam es, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit sich 24 Millionen Mark Schulden an sammelten. Im Jahre 1911 mußte das Inglid das Herzogspaar nach Berlin führen, wo ein Gläubiger auf der Baur stand und den Herzog wegen der Bapalle von 425.000 M. eines Roggens aus dem Hotel Bristol durch den Gerichtsvollzieher zum Personalarrest abholen lassen wollte. Das Inglid wurde verhütet, da die trostlose Gattin für die Schulden ihres Mannes Bürgschaft leistete. Gekriegt hat der Gläubiger natürlich nichts, denn die Frau Herzogin erhob, vertreten durch ihren Vormund, Klage auf Herausgabe des unterschriebenen Wechsel, da sie zur Zeit der Ausstellung entmündigt war. Das Landgericht, Kammergericht und am Donnerstag das Reichsgericht haben zugunsten der Herzogin geurteilt. Das herzogliche Ehepaar ist fein heraus. Nur in Berlin darf sich der Herzog nicht sehen lassen, sonst macht er doch noch Bekanntschaft mit Nummer Sechser.

Die besorgte Polizei.

Aus Anlaß einer Tauffeierlichkeit am Weimarer Hofe teilte am Donnerstag außer einer Reihe anderer Fürsichtigkeiten auch der Kaiser in der Residenzstadt. Am Donnerstagmorgen nahm die Kriminalpolizei eine Kazzia nach Verdächtigen vor. Zwei Genossen befanden sich geschäftlich in Weimar und wurden in ihrem Hotel in frühester Stunde von einem Kriminalbeamten herausgeholt, der sich nach dem Zwecke ihres Vorseins erkundigte. Auf die Frage, warum sich die Polizei dafür interessiere, erklärte der Beamte: es sind jetzt so viel Parteilichkeiten hier und deshalb müsse die Behörde wissen, was jeder Fremde hier wolle. Man müsse sich aus diesem Grunde dem Anordnungen der Behörde fügen.

Dank der weisen Fürsorge ist die Tauffeierlichkeit ohne irgendwelche Störungen vorübergegangen. Aber was hätte nicht alles passieren können!

Kleine Notizen.

Bergmanns Post. Auf der Joch "Karolus Magnus" gerieten zwei Vergleute unter fallende Gestein. Einer wurde sofort getötet, der andere erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Kindemord im Eisenbahnzuge. Wie aus Oberhausen gemeldet wird, wurde gestern morgen in der Nähe der Stadt aus einem Wagenfenster des Wisinger Schnellzuges ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts geworfen. Das Kind war sofort tot.

Verschollene Fischerbarke. Zwei Fischerbarke aus West, die je 11 Mann an Bord hatten und seit einem Monat überfällig sind, gelten nunmehr als vollständig verloren. Eine dritte Fischerbarke mit 5 Mann an Bord ist ebenfalls überfällig und vermutet man, daß auch diese während eines Sturmes an der französischen Küste umgekommen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Retortenknäuelchen. Der anonyme Einsender dieses Gedichts wird erlucht, sein bisher verkanntes Talent öfter geltend zu machen.

M. S. 100. Da der Gewerbetrieb als landwirtschaftlicher Betrieb anzusehen ist, liegt nach § 129 der Gewerbeordnung die Befugnis zur Anstellung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben, ferner denjenigen, welche die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben, oder 5 Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben oder während einer gleich langen Zeit in ihrem Berufe in leitender Stellung tätig gewesen sind. Treffen die beiden letzteren Voraussetzungen nicht zu

Gerichts-Zeitung.

Direktor Reinhardt endgültig unterlegen

Gestern hat, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, das Reichsgericht die Revision des Schauspielers Reinhardt wider den Schauspieler Wegener zurückgewiesen. Die Entscheidung ist auf Grund der Vorschrift des § 624 B. G. B. getroffen. Der Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch ließ lebenslängliche Dienstverträge für den Fall zu, daß der Verpflichtete die Dienste durch einen anderen leisten darf. Insbesondere die sozialdemokratische Fraktion griff diese Vorschrift, die ein neues Stützverhältnis geschaffen hätte, an und verlangte die Möglichkeit für jeden zur Leistung von Diensten Verpflichteten nach Ablauf eines Jahres zu kündigen. Schließlich wurde der § 624 in seiner jetzigen Gestalt gefaßt. Danach kann zwar der zur Empfangnahme von Diensten Verpflichtete (der Arbeitgeber) sich lebenslänglich und darüber hinaus binden, weil seine persönliche Freiheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Der zur Dienstleistung Verpflichtete (der Arbeitnehmer) kann aber, auch wenn der Vertrag für eine längere Zeit abgeschlossen ist, nach dem Ablauf von 5 Jahren mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist den Vertrag aufheben.

Diese Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches bildet die Grundlage des Prozesses, über den jetzt das Reichsgericht entschieden hat.

Am 13. Dezember 1906 ist zwischen Professor Max Reinhardt vom Deutschen Theater und dem Schauspieler und Regisseur Paul Wegener ein Vertrag abgeschlossen worden, auf Grund dessen Wegener vom 1. Dezember 1906 bis zum August 1914, also auf die Dauer von acht Jahren, in die Dienste des Deutschen Theaters trat. Dieser Vertrag ist am 13. Juni 1906 dahin abgeändert worden, daß der Endtermin auf den 31. August 1912 festgesetzt wurde. Am 25. August 1907 ist zwischen den Parteien wiederum vertraglich verhandelt worden, und auf Grund dieser Verhandlungen ist das weitere Vertragsverhältnis für die Zeit vom 1. September 1912 bis 31. August 1915 festgelegt worden.

Paul Wegener hat das Verhältnis zunächst am 24. Februar 1911 auf den März 1912 gekündigt, diese Kündigung aber wieder zurückgenommen und am 31. August 1911 für den 1. April 1912 gekündigt. Auch diese Kündigung hat Wegener wieder zurückgenommen, dabei hat er der Direktion aber mitgeteilt, daß er sich das Recht vorbehalte, zum 1. April 1913 zu kündigen. Dieser Vorbehalt hat den Professor Max Reinhardt veranlaßt, Feststellungsfrage zu erheben, daß Wegener nicht berechtigt sei, für den 1. April 1913 zu kündigen, sondern daß er bis zum 31. August 1915 an den Vertrag gebunden sei.

Das Landgericht und das Kammergericht zu Berlin sowie jetzt der dritte Senat des Reichsgerichts, haben auf Grund des § 624 des Bürgerlichen Gesetzbuches zugunsten des beklagten Wegener entschieden und Professor Max Reinhardt mit seiner Klage abgewiesen. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt: Maßgebend ist nur, daß mit dem letzten Vertrage ein länger als fünf Jahre dauerndes Verhältnis geschaffen worden ist. Es handelt sich um ein einheitliches Vertragsverhältnis. Durch die lange Bindung ist gegen § 624 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstößt. Gerade dem Schauspieler soll mit Rücksicht auf seine künstlerischen Fähigkeiten Gelegenheit geboten werden, eine seinen größeren Erfolgen entsprechende Stellung anzunehmen. Eine wirtschaftliche Bindung kommt hier um so erschwerender in Betracht; denn der § 624 des Bürgerlichen Gesetzbuches stellt unabweisbar die Interessen des Dienstverpflichteten den Interessen des Dienstberechtigten vor.

Die Ehetrennungsklage des Schriftstellers A. D. Weber gegen seine Gattin, Frau von Schönebeck, geb. Lüders, beschäftigte gestern die 14. Zivilkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Gadeathal. Es lag ein erst im September d. J. von dem Gerichtspräsidenten Prof. Dr. Puppe in Königsberg erstattetes umfangreiches Gutachten vor, in welchem der Sachverständige zu dem Schluß kommt, daß bei der Frau von Schönebeck eine gewisse Geisteschwäche vorliegt. Kläger leitet hieraus das Recht auf Aufhebung der Ehe ab, weil er über vorhandene persönliche Eigenschaften der Beklagten sich geirrt habe. Das Gericht beschloß jedoch, von dem Prof. Dr. Puppe noch ein zweites Gutachten darüber eingeholen, ob die Voraussetzungen des § 1325 B. G. B. vorliegen. Nach § 1325 ist eine Ehe nichtig, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung geschäftsunfähig war oder sich im Zustande der Bewußtlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistes-tätigkeit befand.

Sum Fürsorgeerziehungsgesetz.

Gegen eine gar zu strenge Auslegung der mitunter schon jetzt recht grausam wirkenden Vorschriften des Fürsorgegesetzes wendete sich das Reichsgericht am Mittwoch. Ein Invalide hatte abgelehnt, den jetzigen Wohnsitz seines aus einer Fürsorgeanstalt entflohenen Kindes anzugeben. Das Landgericht Neutun hatte ihn freigesprochen. Das Reichsgericht hat nun die gegen das Landgerichts-urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision zurückgewiesen. In den Gründen führte es aus, der Angeklagte wäre nur dann verpflichtet, für die Wiedereinkaufung seines Sohnes sich zu betätigen, wenn er den jetzigen Zustand schuldhaft herbeigeführt hätte. Dies aber sei dem Angeklagten nicht nachgewiesen. (4 D. 710/12.)

Ein mysteriöser Diebstahl auf einer Feuerwache

Beschäftigte gestern zum zweiten Male die 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Rohmann und brachte einen Teil der Mannschaften der Feuerwache in der Köpenickerstraße an Gerichtsstelle. Am 31. Januar hatte der dort bedienstete Feuerwehrmann Körner sein Gehalt in Höhe von 150 Mark, bestehend in 6 neuen Zwanzigmarkstücken und 30 M. in Gold, in den ihm zugewiesenen Schrank gelassen und diesen verschlossen. In der Nacht, während Körner in der Mannschaftsstube schlief, muß jemand sich hinausgeschlichen, den Schrank erbrochen und das Geld gestohlen haben. Als A. am frühen Morgen den Diebstahl entdeckte, erstattete er sofort Anzeige. Brandmeister Lange ließ unmittelbar darauf sämtliche Mannschaften antreten, es fand eine sorgfältige Leibesvisitation jedes einzelnen statt, unter Leitung eines herbeigeholten Kriminalbeamten wurden auch sämtliche Mannschaftsbetten und die sonstigen Räumlichkeiten aufs peinlichste untersucht, ohne daß das gestohlene Geld aufgefunden wurde. Brandmeister Lange appellierte an das Ehrgefühl der Feuerwehrmänner und bat dringend, daß jeder, der einen Verdacht auf irgendeinen Kameraden zu werfen Anlaß habe, damit nicht hinter dem Berge zu halten. Auch hiermit wurde ein Erfolg nicht erzielt. Die Aussagen der einzelnen Feuerwehrmänner, die während der nächsten Tage vernommen wurden, wurden sorgfältig protokolliert und langsam stieg eine gewisse Verachtung gegen den Feuerwehrmann Franz Giesel, der seit 23 Jahren im Dienste der Feuerwehr steht und sich stets tadellos geführt hat, auf. Ein Feuerwehrmann Schuler sagte nämlich aus, daß er, als er in aller Frühe aufgestanden sei und im Spinderraum sich die Stiefel anziehen wollte, in diesem Raum auf den Giesel gestoßen sei, der sich anscheinend dort in der Nähe des Körner'schen Spindels zu schaffen gemacht habe. Der Angeklagte hatte von Anfang an jeden Verdacht als gänzlich ab-

wegig mit Entrüstung zurückgewiesen, es schienen aber Widersprüche in seinen Aussagen sich zu ergeben und da noch keine Verdachtsmomente hinzutreten, so wurde Giesel vom Amte suspendiert und die Anklage gegen ihn erhoben. Einige Zeit nach dem Diebstahl, wo der Angeklagte keinen Zutritt mehr zu den Räumen der Wache hatte, wurde eines Tages plötzlich das gestohlene Geld in dem Bette eines Feuerwehrmannes vorgefunden und zwar noch in denselben Geldsorten. Ferner kamen auch noch später zweimal kleinere Diebstähle auf derselben Wache vor. Zum Termin vor dem Schöffengericht war ein umfangreicher Entlastungsbeweis angetreten, um jede Annahme, daß der Angeklagte, dem von seinen Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt wurde, doch der Täter sein könnte, als durchaus hinfällig erscheinen zu lassen. Das Schöffengericht kam dann auch zu einer Freisprechung des Angeklagten, da es den Angaben des Hauptbelastungszeugen, der als Alkoholist geschildert wurde, nicht genügende Beweiskraft zuerkannte. Gegen das freisprechende Erkenntnis hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt und so wurde denn der ganze mysteriöse Vorfall in stundenlangen Verhandlungen noch einmal in allen Einzelheiten erörtert. Staatsanwalt Assessor v. Dunisch beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Gericht verworft die Berufung des Staatsanwalts.

Wartezimmerdiebin.

Eine geheimnisvolle schwarzgekleidete Dame, die, wie feinerzeit berichtet, in einer großen Anzahl von Fällen die Wartezimmer zahlreicher Ärzte förmlich ausgeplündert hatte, wurde in der Person der geschiedenen Frau Auguste Drescher dem Schöffengericht Berlin-Witte vorgeführt. — Im Januar d. J. erschien bei verschiedenen Ärzten in Berlin und den Vororten eine schwarzgekleidete, herberkleidete Dame, die sich trotz aller Hinweise, daß der Arzt augenblicklich nicht anwesend sei, nicht abweisen ließ, sondern mit aller Bestimmtheit erklärte, so lange warten zu wollen, bis der Arzt wiederkomme. Nach kurzer Zeit war die geheimnisvolle Dame verschwunden und mit ihr sämtliche Wertgegenstände, die sich in den Wartezimmern bzw. auf den Korridoren befanden. Wenn der Arzt zufällig zugegen war, erklärte die Schwindlerin, daß sie auf eine Freundin warten wolle, die ihn konsultieren wolle. Auf diese Weise gelang es der Unbekannten wertvolle Wertgegenstände, Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände zu erbeuten. Die Diebin wurde, nachdem die Ärzte durch die Warnungen in den Zeitungen aufmerksam gemacht worden waren, auf frischer Tat erfaßt, und zwar in der Person der jetzigen Angeklagten. Vor Gericht behauptete die Angeklagte geisteskrank zu sein, trotzdem durch die vorher erfolgte Untersuchung festgestellt worden war, daß bei ihr von einer Geisteskrankheit keine Rede sein könne. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag hinaus und erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um recht gemeingefährliche Diebstähle handelte, auf 1 Jahr und 2 Monate Gefängnis.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Kühn, Köpenicker Str. 70, Mitgliederversammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metroarbeiter (G. S. 29), Hamburg. (Alte Baumgulenweg) Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bode, Baumgulenstr. 67, Mitgliederversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17, Kirchhof: „Idealpassage“ und Tegel: Schillerstr. 30: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Max Dele: „Genialität“. — Dienstag, abends 8 1/2 Uhr in den Sophienkassen: Richard Wagner-Abend. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Neue Herbst-Schuhwaren

Lackstiefel

für Herren und Damen, zum Schnüren und Knöpfen, in ganz neuen französischen und amerikanischen Fassons, mit eleganten Vestingstoff-, Samtkalb-, Kammgarn- und Mattleder-Einsätzen

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁰⁰

Straßentiefel

Stiefel mit Doppelsonnen
Stiefel mit Korkböden
Stiefel mit Wollfutter
Stiefel mit Plüschfutter
Stiefel mit Katzenfell
Stiefel mit Lammfell

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁰⁰

Stiller

Gegründet 1867



Um Irrtümer und Verwechslungen zu vermeiden, achte man genau auf Straßennamen und Hausnummern der . . . alten Stiller-Firma! . . .

Haupt-Geschäft:

Jerusalemstr. 32-35
Ecke Leipziger Straße, am Dönhoffplatz

Potsdamer Str. 2
Tauentzienstr. 19a
Tauentzienstr. 7b
Friedrich-Str. 75
Königstr. 25 u. 26
Rosenthaler Str. 5
Oranien-Straße 161
Gr. Frankfurter Str. 123
Chaussee - Straße 114
Neukölln: Bergstr. 25
:: Schöneberg: ::
Hauptstraße 146
Charlottenburg: Wilmersdorter Straße 45

Abendschuhe

für Damen. Feinste Pariser, Wiener und deutsche Modelle in allen modernen Fassons und Garnierungen, in Lack, Samt, Samtkalb, Atlas, Doré, Glacé, Gold- und Silber-Brokat

4⁵⁰ 6⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰

Hausschuhe

Kamelhaarschuhe
Kamelhaarstiefel
Luxus-Morgenschuhe
Melton - Hausschuhe
Samt-Hausschuhe
Leder-Hausschuhe

1⁹⁵ 2⁹⁰ 3⁸⁰ 4⁵⁰

Konzert-Café Tivoli (Neukölln)

Kottbuser Damm 95

Mittwoch, den 30. Oktober

Eröffnung

2 Kapellen — 2 Kapellen

Beachten Sie mein Angebot!
Ich verkaufe

**Paletots, Ulster,
Joppen, Anzüge,
Hemden und getragen, zu noch nie
dagewesenen billigen Preisen.
Garderobenhaus
Kottbuser Damm 99, Laden.**

Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Möbel

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Rixdorfer Zopf-Zentrale

Zietenstraße, Ecke Bergstraße.
Größtes u. billigstes Spezialhaargeschäft in Neukölln.
Ausgekömmt Haaren: Turban, Locken, Zöpfe etc.
Großes Lager. Bedienung von nur erstkl. Damenfriseurinnen.

Bringern des Inserates 10 Proz. Rabatt.

Carl Dittmann

Größtes Spezialgeschäft für Wild, Geflügel, Fische
Neukölln
Berliner Straße 42

gegenüber dem königl. Amtsgericht
Fernsprecher Neukölln No. 490

Prima große Waldhasen
zu billigsten Tagespreisen.

Hasenrücken - Hasenkeulen
Hasenläufe - Hasenleber - Hasenklein.

Spießer-Fleisch

Keule	Pfd. 1.20	Blatt	Pfd. 0.80 u. 0.90
Keule o. Knochen	Pfd. 1.30	Kamm	Pfd. 0.60 u. 0.70
Rücken	Pfd. 1.10	Hals	Pfd. 0.50
Filet	Pfd. 1.40	Brust (Ragout)	Pfd. 0.35

Kaninchen von **80** Pf. an.

Warthebr. Mastgänse Pfund **80** Pf.

Pa. junge Braigänse Pfund **80** ..

Gänse-Rümpfe Pfund **1.00**

Gänsefleisch mit Keulen " **0.85**

Gänsestückenfleisch " **0.70**

Gänseklein, täglich frisch " **0.90**

Gänseleber! - Gänselieser!

Gr. fette Suppenhühner Stück **3.00, 2.75 2.50**

Junge Kapannen Stück **1.50-2.75**

Junge Tauben Stück **0.70-0.85**

Junge Enten Stück **3.00-4.50**

Lebende Fische

Karpfen 0.90-1.00 | **Plötzen** 0.60-0.80

Hechte 1.00-1.10 | **Schleie** 1.40

Aale Pfd. 1.00, 1.10-1.30.

Flußzander Pfund **80** Pf.

Seefische von täglich frischer Zufuhr:

Kabliau im Anschnitt Pfd. 0.35 | **Flundern** Pfd. 0.30

Schellfisch Ia Pfd. 0.35 | **Rotzungen** Pfd. 0.60

Julius Alexander

Neukölln, Bergstr. 161 (früher Bergstr. 3)

Erstes, ältestes und größtes Gänsegeschäft am Platze
offeriert

Prima Warthebrucher und Oderbrucher

Hafer-Mast-Gänse

Preise bedeutend billiger.

Gänserümpfe, Gänselieser, Lebern, Keulen,

Gänseklein, Gänsestückenfleisch, Gänsehautfett

sowie

sämtliches Geflügel

zu allerbilligsten Tagespreisen.

Neukölln, Bergstr. 161 (früher Bergstr. 3)

Zossener Str.
38

Zossener Str.
38

Wohnungs-Einrichtungen

in einfacher und moderner Ausführung. Günstigste Kaufgelegenheit
für **Bräutleute**. Spezialität: 1 u. 2 Stuben-Einrichtungen mit Küche.
Sehr geringe Anzahlung. Kleine wöchentliche oder monatliche
Raten. Langjährige Garantie. Riesige Auswahl. Anerkannt größte
Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Möbel-Kaufhaus

M. Goldstaub,

Zossener Str. 38, part. u. l. Ecke
Gnellsenastr.

Zossener Str.
38

Zossener Str.
38

Hört! Hört!

Regenschirme! Staunend
billig!!!
Kein Laden, Fabrikiederlage.
**A. Mohle, Alexandrinen-
straße 121, I.**
Vorwärts-Leser 5 % Rabatt.

Zöpfe

Turbane, Lockentuffe. Billigste Be-
zugsquelle. Ausgekömmt Haaren
fertige sämtliche Haararbeiten.

Otto F. Kafka,
Neukölln, Erkstr. 3.
Gegr. 1898.

**Fahrräder; ; Gramophone
Nähmaschinen**

Sämtliche Zubehörteile.

Eigene Reparatur-Werkstätten.

Verkauf gegen bar sowie Teilzahlung.

Fritz Magdeburg,

1. Geschäft: Baumschulenweg,
Baumschulenstr. 93 B.

2. " " Ober-Schöneweide,
Edisonstr. 54.

Frack-Verleih-Institut

S. Berg Nachf.
Borchardt.

Friedrichstr 115 I, am Oranienb. Tor.
Tel.: Nord 7402. 37142

Frack, Smoking, Gebrochanzüge,
Chapeauclaque, für jede Figur pass.
vorzüglich in verschiedenen Preislagen.
Sehr große Auswahl, mäßige Preise.



Die schönste u. kühnste Revue bleibt

Wilhelm Frese

Berlin N., Weinbergsweg 9 vis-a-vis
Walhalla-Theater

Größte Auswahl

in
Damen- und Herren-Moden

Pelzwaren :: Gardinen :: Teppichen :: Steppdecken

Tischdecken :: Bezügen :: Bildern :: Uhren usw.

Für Kunden: **Ohne Anzahlung!**

Bei **3** Mark Anzahlung
Einzel-Möbel
Spinde, Vertikals, Sofas,
Trumens, Betten,
Tische, Stühle, Garnituren

Sonntags
von 12-2 Uhr geöffnet
Kein Preisaufschlag
trotz kleinster Ratenzahl.

Bei **8** Mark Anzahlung
1 kompl. Zimmer
oder
1 kompl. Küche
in eleg. bunter Ausf.

Neukölln Bergstr. 43 Schuhhaus Metropo! Bergstr. 43

Ecke Thomasstr. bei Einkauf von 4.50 an.

Sonnabend, Sonntag gratis: 1 Paar Pommersche Damen-Keil-Pantoffeln

Diese Woche Verkauf bedeutender Gelegenheitsposten
zu unglaublich billigen Ausnahme-Preisen.

Ein Posten Herren-R-Box-
Stiefel, wetterfest, Wert bis
8.50, durchweg **5.85**

Ein Post. Herren-Stiefel Orig-
Goody-Welt-Luxus-Ausführg
W. b. 15.50, durchweg **9.85**

Ein Posten Mädchen-Stiefel,
Roß-Box m. u. ohn. Lackp.
u. Derby 27-30 31-35
3.60 4.15

Ein Posten Damen-Stiefel
m. Lackspitze, sehr eleg.
nur **4.85**

Ein Posten echt Box calf-
Damen-Stiefel
mit Lackspitze nur **6.90**

Ein Posten D.-Kalb-Lack-
Derby-Schuhe, alles
Led.-Verarbeitet, nur **5.90**

1 Posten Mädchen-Schul-Stiefel bis Größe 28, sehr haltbar **2.95**
1 Posten Mädchen-Filz-Schnallen-Stiefel u. Schuhe mit Ledersohle u. Lederspitze **95 Pf.**
1 Posten Damen-Filz-Schnallen-Stiefel, Ledersohle und Flock, durchgenäht **2.35**
1 Posten schwere Herren-Filz-Schnallen-Stiefel mit Lederringabsatz **3.95**
Kamelhaar Stoff-Schuhe, Kamelhaar-Schuhe und Pantoffel enorm billig.

Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten an der Kasse 4 Prozent.
Kauf Sie von Kavaliereu getragene Jackett-
anzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch
auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren,
Ketten, Ringe, enorm billig.
Sonntags geöffnet.
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Leihhaus Apollo

neben
Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10 % Rabatt.

Die Vorzüge meiner Fabrikate!



Tadelloser Sitz ohne Aenderung!

Sehr saubere Arbeit!

Gute Stoffe und Zutaten!

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind die

Preise sehr billig!

Paul Ginck Damenmäntel-Fabrik
Neukölln, Reuterstr. 63 a. d. Kaiser-Friedrichstr.

Moderne Plüsch- und Velours-du-Nord-Mäntel

Moderne
Kostüme

Ulster

offen und hochgeschlossen



Moderne

Mäntel

Jacketts

Röcke

25
Pfennig

Durch
unsere heute beginnenden

hervorragenden

Tage

95
Pfennig

bieten wir unserer verehrl. Kundschaft eine

außergewöhnlich günstige Gelegenheit,

billig einzukaufen. — Wir haben fast sämtliche Artikel im Preise bedeutend herabgesetzt und bieten während dieser Ausnahmetage

Ermäßigungen von 30 bis 40 %.

Bergstraße 65
am Ringbahnhof

L. Katz & Co.

Hermannstr. 35
Ecke Wanzlickstraße

Neukölln.



Ulster

in 26 Größen fertig am Lager:

Ulster

25 ⁵⁰	27 ⁵⁰	29 ⁵⁰	32 ⁵⁰
36.—	38.—	42.—	46.—
48.—	50.—	54.—	58.—
60.—	65.—	70.—	M.

Ulster für junge Herren

22 ⁵⁰	24 ⁵⁰	26 ⁵⁰	27.—
29.—	34.—	38 ⁵⁰	42.—
46.—	50.—	54.—	58.—
60.—	65.—	70.—	M.

Paletots

24 ⁵⁰	26.—	29.—	32.—
36.—	40.—	42.—	46.—
50.—	54.—	58.—	75.—
M.	M.	M.	M.

Sämtliche Ulster und Paletots sind in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Sonntags-Verkauf nur von 12—2 Uhr.

M. Schulmeister

Berlin SO. 26, Dresdener Str. 4
Hochbahnstation Koitbuser Tor.



Staatspreise

Carl Zobel

Goldene Medaillen



Ehrenpreise

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus)

Berlin SO. 16.

Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

Nur Spezialgeschäft.

fertig und nach Maß.

Keine Nebenartikel.

9 Schaufenster. — Werkstätten im Hause.
Eleganteste Paßform. — Beste Verarbeitung.
Sehr billige, aber feste Preise.

Alle Größen, auch für korpulente wie schlanke Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Ankleide-Zimmer in allen Abteilungen.
Der neue Katalog gratis und franko.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maß-Anfertigung.

Ulster, Paletots, Anzüge fertig von 18.00 Mark an.



Leske & Lehrer
78 Kottbuser 78
Damm 78

ULSTER

von 24 Mck. bis 75 Mck.

Paul Ihlenfeld Herren- u. Knaben-Kleidung **Turmstr. 44** Anzüge, Paletots, Ulster. Vornehme Maß-Anfertigung. Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.

Möbel F. Janitzkow, Großes Lager einfacher wie eleganter Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage. Berlin NW. 21, Turmstr. 45. Besichtigung erbeten. Fernruf: Amt Mosbit No. 7647.

Stück 35 Pf. Stück 35 Pf. Stück 35 Pf. **Wir geben 3 Artikel für 1⁰⁰** Stück 35 Pf. Stück 35 Pf. Stück 35 Pf.

35 Pf.-TAGE

Lachmann & Scholz
Turmstrasse 76 WARENHAUS Ottostrasse 1

35 Pf.-TAGE

Wäsche

- Kinder-Jäckchen 35 Pf.
- Kinder-Leibchen 35 Pf.
- Kinder-Hemdchen m. Spitze 35 Pf.
- Kinder-Lätzchen m. Sticker 35 Pf.
- Gummi-Lätzchen 35 Pf.
- Gesundheits-Windel 35 Pf.
- Wickelband 35 Pf.
- 10 Meter Langette 35 Pf.

Kleiderstoffe

- Seide versch. Farben Mtr 35 Pf.
 - Schiffen-Stoffe Mtr 35 Pf.
 - Blusen-Neuheiten Mtr. 35 Pf.
 - 2 Meter Batist à jour 35 Pf.
- Federn u. Phantasie**
- Straußfedernköpfe 35 Pf.
 - Fügel, viele Farben 35 Pf.
 - 1 Post. Phantasie z. Aussch. 35 Pf.

Leinen-Abteilung

- 6 Servietten mit Franzen 35 Pf.
- 2 Leinen-Tischläufer 30/100 35 Pf.
- 3 Abwaschtücher 35 Pf.
- Croisé u. Piqué-Barch. Mtr. 35 Pf.
- Hemdenbarchent Mtr. 35 Pf.
- Rockbarch. einf. u. gestr. Mtr. 35 Pf.
- Dimiti für Leibwäsche Mtr. 35 Pf.
- 2 Staub- u. 2 Wischtücher 35 Pf.

Schürzen

- Knaben-Schürzen 35 Pf.
- Tändel-Schürzen 35 Pf.
- Bunte Kinder-Hänger 35 Pf.
- Blaudruck-Schürzen 35 Pf.

Gürtel

- Lackleder Gürtel 35 Pf.
- Samt-Gürtel 35 Pf.
- Gestickte Gürtel 35 Pf.

Weisswaren

- Samtschleife mit Perlen 35 Pf.
- Selbstbinder od. Knoten 35 Pf.
- Stickerel-Stehkragen 35 Pf.
- Kragenschoner 35 Pf.
- Matrosenkragen 35 Pf.
- Eisfell-Käppchen 35 Pf.
- Tüll-Jabott, lange Form 35 Pf.
- Tüll- od. Batist-Bäffchen 35 Pf.

Bijouterie- und Lederwaren

- 1 Brieftasche 35 Pf.
- 1 Visittasche 35 Pf.
- 1 Bartbürste 35 Pf.
- 1 Taschenspiegel 35 Pf.
- 1 Herrenportemonnaie 35 Pf.
- 1 Damenportemonnaie 35 Pf.
- 1 Garn, Zigarren- u. Brieftasche zuz. 35 Pf.
- 1 Frühstückstasche 35 Pf.

- 1 Armband (Reifen) 35 Pf.
- 1 Wachspferkette 35 Pf.
- 1 Paar Ohrringe 35 Pf.
- 1 Vorstecknadel 35 Pf.
- 1 Paar Manschettenknöpfe 35 Pf.
- 1 Zigarrenspitze 35 Pf.
- 1 Zigarrenabschneider 35 Pf.
- 1 Serviettenring 35 Pf.

Lebensmittel

- 1/2 Pfd. Kakao, gar rein 35 Pf.
- 1/4 Pfd. Holländ. Kakao 35 Pf.
- 1 Pfd. Hausmach.-Nudeln 35 Pf.
- 1 Pfd. Zucker, 1 Pfd. Mehl 35 Pf.
- 2 Pfd. Weizenmehl 35 Pf.
- 2 Pfd. kleine Bohnen 35 Pf.
- 2 Pfd. kleine Linsen 35 Pf.
- 2 Pfd. Viktoria-Erbisen 35 Pf.

Trikotagen

- Kopftuch 35 Pf.
- Gestr. Kinderschuhe Paar 35 Pf.
- Barchent-Herren-Chemise 35 Pf.
- Barchent-Halstuch 35 Pf.
- 2 Korsettschoner 35 Pf.
- 4 Lagen Zephir-Wolle 35 Pf.
- 1 Lage Castor-Wolle 35 Pf.
- Gestreifte Kindermütze 35 Pf.

Vorgez. Handarbeiten

- Topflappentasche 35 Pf.
- Frühstückstasche 35 Pf.
- Beckenschoner 35 Pf.
- Küchenwandschoner 35 Pf.
- Eimersplüdecke 35 Pf.
- Klamertasche 35 Pf.
- Nachtische 35 Pf.
- Nachtschdecke 35 Pf.

Handschuhe

- Damen-Trikot Paar 35 Pf.
- Damen-Handschuh 10 Kn. lg. 35 Pf.
- Herren-Trikot, weiss. Paar 35 Pf.
- Kinder-Strickhandsch. Paar 35 Pf.

Trotz der billigen Preise **Rabatt-Marken**

Schuhwaren

- Damen-Filz-Pantoffel. Paar 35 Pf.
- Herren-Filz-Pantoffel. Paar 35 Pf.
- Kinder-Pantoffel, Lin.-Sohle 35 Pf.
- Kind-Filzschuhe, Led.-Sohle. 35 Pf.

Trotz der billigen Preise **Rabatt-Marken**

Strümpfe

- Herren-Socken, leinwand. Paar 35 Pf.
- Woll. Herren-Socken. Paar 35 Pf.
- Damen-Strümpfe Paar 35 Pf.
- Woll. Damen-Füßlinge Paar 35 Pf.

Taschentücher

- 3 Linontücher 35 Pf.
- Seidenbatist-Herrentücher 35 Pf.
- 3 bunte Herrentücher 35 Pf.
- 6 Kindertücher 35 Pf.
- Herrentücher mit Buchstab. 35 Pf.
- 3 Damen-Seidenbatist-tücher 35 Pf.

Herren-Artikel

- Hosenträger 35 Pf.
- 2 Krage für Knaben 35 Pf.
- Kragen, garant. 4 fach, Stück 35 Pf.
- Chemisettes, weiss u. farbig 35 Pf.
- Manschetten, gar. 4 fach, Paar 35 Pf.
- Krawatten, alle Sorten 35 Pf.

Spitzen u. Kurzwaren

- Goldgestickt Tüllstoff, Meter 35 Pf.
- Seidengest. Einsätze, Meter 35 Pf.
- Samtband 12 Meter 35 Pf.
- 2 Paar Schweissblätter 35 Pf.
- 2 Dtz. Zukunift-Druckknöpfe 35 Pf.
- 10 Mtr. gest. Wäschebändch. 35 Pf.

Wirtschafts-Artikel

- 4 Teller, blau Zwiebelmuster 35 Pf.
- 3 Gewürzrönnen 35 Pf.
- 1 Kaffeekanne, weiss Porz. 35 Pf.
- 1 gr. bunter Milchtopf 35 Pf.
- 5 Teller, gerippt 35 Pf.
- 1 Vorratstonne, bunt 35 Pf.
- 3 Paar Tassen 35 Pf.
- 2 runde Bratenplatten, bunt 35 Pf.
- 2 Salatieren 35 Pf.
- 1 Kleiderbügel m. Hosentr. 35 Pf.
- Kammkasten mit Spiegel . 35 Pf.
- Metallrahmen 35 Pf.
- Konfekttschale 35 Pf.

- 1 Haarbürste 35 Pf.
- 1 Küchenlampe 35 Pf.
- 1 Nachtlampe 35 Pf.
- 3 Bierbecher, hohe Form 35 Pf.
- 2 Glasvasen 35 Pf.
- 2 Grützergläser 35 Pf.
- 4 Kompotteller m. Goldrand 35 Pf.
- 1 grosse Salatiere, bunt 35 Pf.
- 3 Essgabeln 35 Pf.
- 1 Deckelhalter 35 Pf.
- 1 Küchenspiegel 35 Pf.
- 1 Schreibzeug mit 3 Fässern 35 Pf.
- 1 Bürstenbreit, 2 Bürsten 35 Pf.

Seifen - Kämmen

- 4 Stück Sparkerseife 35 Pf.
- 4 Stück Zierkerzen 35 Pf.
- 2 Stück Mandelblütenseife 35 Pf.
- 4 grosse Pack Blutzblank . 35 Pf.
- Haarpflege Paar 35 Pf.
- Kammgarnitur 35 Pf.
- Seitenkämmen Paar 35 Pf.
- Wellenscheren Stück 35 Pf.

Spielwaren

- Laternen Magika m. 3 Bild. 35 Pf.
- Schachtel bemalte Holztiere 35 Pf.
- Gesellschaftsspiel 35 Pf.
- Möbelgarnitur, fünfteilig 35 Pf.
- Schachtel Blechspielzeug . 35 Pf.
- Ziehharmonika 35 Pf.
- Sportwagen, zweisitzig 35 Pf.
- Katze mit Stimme 35 Pf.

Schreibwaren

- 1 Tischläufer, 12 Servietten 35 Pf.
- Karton Leinenpapier 35 Pf.
- Federkass. m. Füll. u. 1 Blocklöschpap. 35 Pf.
- Lampenschirme 35 Pf.
- 3 Rollen Toilettenpapier 35 Pf.
- Bunglaspapier Meter 35 Pf.
- 2 Rollen Butterbrotpapier 35 Pf.
- Sortiment Karten, 20 Stück 35 Pf.

Konfitüren

- 1 Pfund Konfekt-Melange 35 Pf.
- 1/4 Pfd. Praline u. 1 Taf. Schokolade 35 Pf.
- 1/2 Pfd. Haus.-Cakes u. Block-Schok. 35 Pf.
- 1/2 Pfd. Biakult-Cakes 35 Pf.
- Runde Alpen-Cakes u. Tafel Schokol. 35 Pf.
- 4 Rollen Cakes 35 Pf.

Engl. Tüll-Gardinen Mtr. 35 Pf. Kongressstoff Mtr. 35 Pf.

Läuferstoffe Meter 35 Pf. Möbel-Kattun Meter 35 Pf.

Wachstuch-Decke 35 Pf. 2 Tablett-Decken 35 Pf.